



Foto: Martin Shakeshaft

Die Royals, die Firma, das Empire

Eine skandalträchtige wie reformfähige Institution zur Bewahrung der Ungleichheit

SIGRUN MATTHIESEN

Zehn Schlösser, ein Flughafen, unzählige Immobilien in bester Londoner Innenstadtlage, dazu noch diverse Hektar Ackerland. All das gehört zum »Duchy of Lancaster«, jenem Herzogtum, das seit anno 1300 dem jeweils gekrönten Haupt des Vereinigten Königreiches gehört. Jetzt also König Charles III. Allein mit diesem Erbe wächst sein Vermögen um umgerechnet rund 750 Millionen Euro, so der geschätzte Wert des Herzogtums. Charles' Mutter hat es allein in ihrem letzten Lebensjahr 27,6 Millionen Gewinn beschert. Ähnlich lukrativ ist das »Duchy of Cornwall«, das, ebenfalls traditions- wie rechtmäßig, dem jeweiligen Thronfolger (notfalls auch einer Frau) gebührt, also von Prinz Charles an Prinz William übergang. Die Erbschaftsteuer von immerhin 40 Prozent, die das britische Recht für Vermögen über 375.000 Pfund vorsieht, müssen weder König noch Prinz zahlen. Auch das ist geltendes Recht, eingeführt 1993 als Teil einer größeren Steuerreform unter der konservativen Regierung von John Major.

In Zeiten, da immer mehr Brit:innen jeden Teebeutel zweimal aufbrühen, wird die Kritik an derartigen ganz legalen Steuertricks wieder lauter. Was verlässlich zur Folge hat, dass Reichtums- und Unternehmensexperten wie die »Forbes«-Redaktion darauf verweisen, welchen enormen ökonomischen Wert »die Firma« für die Volkswirtschaft darstelle: Hunderte Millionen würde dieses königliche Unternehmen Jahr um Jahr in die britische Wirtschaft pumpen, hauptsächlich in Form von Tourismus sowie Werbung und PR im globalen wie nationalen Wettbewerb um Absatzmärkte. Da es aus dieser Volkswirtschaft angeblich kein Entrinnen gibt, sie eigentlich identisch ist mit dem Wohl der Bürger:innen, seien die Steuerzahlungen, die jene an die Firma leisten, nur scheinbar hoch: Rund 100 Millionen pro Jahr, oder knapp ein Euro pro Kopf. Vielleicht zwei, wenn die Renovierungskosten von Buckingham Palace eingerechnet werden. Weniger als der Preis einer Tasse Tee.

Das leisten wir und das gönnen wir uns, mögen sich viele der Untertan:innen denken, die als Konsument:innen schließlich wirklich daran gewöhnt sind, Schlechteres für ihr Geld zu bekommen: Die Windsors, the Crown, die Royals, MegDiKateWillHarryAndrewFergie-Camilla: Zuverlässig liefert der Hof Liebe, Wahnsinn, Familiendrama. Lange bevor Celebrities dieses Geschäftsmodell für sich entdecken konnten. Auf besonders brillante Art und Weise verkörpere die Royal Family universelle Fakten, damit hatte Walter Bagehot, Herausgeber der liberalen Zeitschrift »The Economist«, schon 1867 gegen die Abschaffung dieser Institution argumentiert.

Tatsächlich fordert das seit der bürgerlichen Aufklärung zuverlässig ein Viertel bis ein Drittel der britischen Bevölkerung – abhängig auch davon, wer gerade dazu gezählt wurde. In den kolonisierten Weltregionen lag die Ablehnung weit höher. Ernsthaft versucht hat es dennoch seit dem 19. Jahrhundert keine der amtierenden Regierungen, auch dann nicht, wenn die Labour-Partei an der Macht war. Vielmehr begnügten sie sich damit, die Royals politisch einzuhegen und den steuerfinanzierten Luxusausgaben gesetzliche Grenzen zu setzen. Jonathan Parry, Philosoph und Historiker, formuliert es so: Der britische Staat, dessen führendes Symbol das Königshaus war, habe sich bis zur beinahe vollständigen verfassungsrechtlichen Neutralisierung der Monarchie gereinigt und liberalisiert. Die akzeptierte, wenn auch murrend, beides, den tagespolitischen Maulkorb wie die Ausgabenkontrolle. Diese Light-Version der Monarchie hatte angeblich den Vorteil, einen politisch unschädlichen Populismus zu ermöglichen. Sie habe also dazu beigetragen, Autokraten und Diktatoren zu verhindern: »Als Hitler während des Zweiten Weltkriegs seine Macht durch Massenmobilisierung ausspielte, stotterte Georg VI für England«, schrieb Parry 2020 in einem Beitrag für die »London Review of Books«.

Das ist ein sehr schönes Bild und bester britischer Humor. Die Richtigkeit der Einschätzung muss dennoch bezweifelt werden. Denn die leicht herablassende Ironie, mit der

auch viele Linksliberale die Monarchie als liebenswerte bis bestenfalls schrullige Folklore abtun, verkennt oder verschleierte das systemerhaltende Teamplay von Krone und Kapital. Anpassungsfähigkeit an den jeweiligen Zeitgeist gehört dabei zu ihren leichteren Übungen, egal ob nun gerade schlankes Management gefragt ist und sich also auch die fürstlich finanzierte Führungsebene der royalen Firma verkleinert, oder ob König Charles wie die HSBC-Bankengruppe mehr Nachhaltigkeit und Naturschutz verspricht. Unberührt von noch jeder derartigen Reform, ob nun im Haus des Geldes oder dem House of Windsor, bleibt die soziale Ungleichheit. Also dass es Besizende gibt und Besessene, Chef:innen und Untergebene, solche, die zur Feder greifen, und andere, die das königliche Tintenfass wegräumen, Belieferte und Lieferdienste, volle und eingeschränkte Bürgerrechte, Außengrenzen und Aufnahmelager, uns und die anderen.

Dabei ist es dann auch nicht mehr entscheidend, ob die einen zu Höherem geboren oder berufen wurden oder sich das Höhere durch Leistungen angeblich verdient haben. Dieses globale wie nationale Herrschaftssystem zu verinnerlichen und zu akzeptieren, trotz täglicher gegenteiliger Erfahrungen mit Teebeutel, kalter Heizung, überhöhter Miete, rassistischen Polizeikontrollen und überfüllter Notaufnahme, dazu trägt die britische Monarchie jahrhundertaltes Know-how bei, das anderswo die Marketingexperten des Status quo mit Neid erfüllt. Als die Queen am 19. September 2022 mit insgesamt rund sechs Milliarden teurem Pomp & Circumstance beigesetzt wurde, verschoben britische Gewerkschaften klaglos ihre Streiks, Familien den Beerdigungstermin ihrer Angehörigen. »Lizzy is in a box«, sangen despektierlich Fans der Fußballclubs Dundee United und Shamrock Rovers. Das könnte hoffen lassen. Oder auch wieder nur Folklore sein. Der nordirische Soziologe Richard Seymour schrieb nach dem Tod der Queen bei »Jacobin«: »Um in Großbritannien ein wirklicher Republikaner zu sein, muss man zuerst Sozialist sein.«

SCHWERPUNKT GROSSBRITANNIEN

Seite 8 »Ich würde der Existenz einer Schwarzen Mittelklasse nicht zu viel Bedeutung beimessen«
Adam Elliott-Cooper und Tahir Della im Gespräch über Kämpfe gegen institutionellen Rassismus in Großbritannien und Deutschland

Seite 14 Material für Theoriearbeit
Was Karl Marx und Friedrich Engels in England suchten und fanden

Seite 18 Ein Spiel, ein Geschäft
Die Aufkündigung des Solidarprinzips beim Fußball korrespondierte mit dem neoliberalen Zeitgeist des Thatcherismus

MURX

KATHRIN GERLOF

In Berlin gibt es im März einen Feiertag. Der 8. war es, und die politische Entscheidung, diesen Internationalen Frauentag so zu würdigen, war eine von den richtig guten. Wahrscheinlich verbringen trotzdem viele Frauen den Tag mit unbezahlter Care-Arbeit. Der Equal Pay Day fiel in diesem Jahr auf den 7. März und eine wegweisende Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts dazu sogar schon im Februar. Wird doch langsam mit dem allgemeinen Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern. In einhundert Jahren gibt es den nicht mehr.

Vor nicht allzu langer Zeit ist die Linksfraction im Bundestag mit einem Antrag gescheitert, auf ein Wochenende fallende gesetzliche Feiertage an Werktagen nachzuholen, weil diese Tage nicht nur der kulturellen Besinnung (was ist das?) dienen, sondern auch für die Erholung wichtig seien.

Ein vernünftiger Antrag, der abgelehnt wurde. Die Begründung: Auf diesem Weg ließen sich Arbeitsbelastung und Stress nicht reduzieren, es würde in die Tarifautonomie eingegriffen und (sic!) die Standortattraktivität Deutschlands sei bedroht.

Wenn das Leben der Standortattraktivität davon abhängt, steht es wirklich schlimm. Lautet der Umkehrschluss. Es sei denn, dieses Argument gegen Ausgleich ist schlicht und einfach dumm. Auch gut möglich.



EDITORIAL

Man muss nur oft genug auf eine Rede-wendung starren, dann kommen die Zweifel von allein. Was heißt eigentlich »in eigener Sache« reden? Und wieso sagt man dann Sache, statt Angelegenheit oder gar Interesse? Wir haben es trotzdem bei der nebenstehenden Überschrift belassen, obwohl uns der Begriff Sache ein wenig kühl erscheint, aber auch klar war, dass wir mit »Herzangelegenheit« ins Fahrwasser von Groschenromanen gelangen könnten. Womit sich fast nahtlos überleiten lässt zu jenen, die in eigener Sache streiken.

In Großbritannien zum Beispiel. Hier auch, aber mit der Wucht der Streikenden im Brexitland können wir nicht mithalten. Hat viel mit dem Streikrecht zu tun. Aber auch ohne dessen Hürden, von denen eine ganz grässliche ist, dass Generalstreiks, die ein politisches Ziel verfolgen, verboten sind: Schwer vorstellbar, dass Lehrer:innen, Bahnarbeiter:innen, Grenzbeamte, Krankenpfleger:innen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und an Universitäten zusammen für bessere Löhne streiken. Streik ist ein fundamentales Recht. Eines, das hier wie dort immer wieder Versuchen ausgesetzt ist, es kleinzumachen, einzuhegen, zu fragmentieren, so dass man zwar für sich, aber nicht für die anderen streiken darf. Auch dann nicht, wenn man deren Anliegen und Kämpfe zur eigenen Sache macht. Ihre Redaktion



Wer hören möchte, womit wir uns in der jeweils aktuellen Ausgabe der Zeitung beschäftigen und was die nächste bringen wird, kommt mit unserem Podcast ein gutes Stück weiter. Uns macht es Spaß, Ihnen gefällt es hoffentlich. Ihre Redaktion

4/23 SCHWERPUNKT STROM

Die Aprilausgabe kommt am 14. April zu unseren Abonnent:innen.

IMPRESSUM

OXI – Wirtschaft anders denken
herausgegeben von der
common Verlagsgenossenschaft eG
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
www.oxiblog.de

Redaktion: Philip Blees, Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.),
Tobias Lambert, Sigrun Matthiesen, Anne Schindler,
Andrea Wierich (Korrektur)

Gestaltung: Michael Pickardt, Schroeter & Berger
Fotos: Martin Shakeshaft

Tel. (030) 2978-4678, kontakt@oxiblog.de
Abobestellungen:
abo@oxiblog.de oder unter Tel. 030-2978-1737
Einzelhefte können bestellt werden unter
abo@oxiblog.de

OXI – Wirtschaft anders denken
erscheint bei nd.Genossenschaft eG
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vorstand: Rouzbeh Taheri, Birthe Berghöfer,
Ulrike Kumppe, Christof Meueler
Tel. (030) 2978-1615

Anzeigenverkauf:
Anne Schindler, anzeigen@oxiblog.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

INHALT

Seite 1 Die Royals, die Firma, das Empire Eine skandalträchtige wie reformfähige Institution zur Bewahrung der Ungleichheit
Sigrun Matthiesen

Seite 2 Märchen des Neoliberalismus Nr. 58 »Freie Finanzmärkte führen zur effizienten Verwendung von Kapital!«
Kai Eicker-Wolf und Patrick Schreiner

Seite 3 In eigener Sache Liebe Lesende, Neugierige, Sympathisierende, nicht Abgeneigte

Seite 4 Die als Gentlemen's Agreement getarnte eiserne Faust Die gegenwärtig streikenden Berufsgruppen sind Ausdruck einer erfolgreich umgebauten Industrie und machen Hoffnung auf neue Bündnisse
Peter Kern

Seite 5 Salamtaktik der Krämerseelen Das öffentliche Gesundheitssystem NHS wird seit drei Jahrzehnten unter tätiger Mithilfe des Parlaments zugunsten der Privatwirtschaft ausgeplündert
Sigrun Matthiesen

Seite 6 Niederlage im letzten Gefecht Vor fast vier Jahrzehnten endete der legendäre einjährige Streik der britischen Bergarbeiter. Die Deindustrialisierung des Mutterlandes des Kapitalismus begann
Axel Berger

Seite 8 »Ich würde der Existenz einer Schwarzen Mittelklasse nicht zu viel Bedeutung beimessen« Adam Elliott-Cooper und Tahir Della im Gespräch über Kämpfe gegen institutionellen Rassismus in Großbritannien und Deutschland

Seite 10 Posttraumatische Störungen Der Brexit wird den politökonomischen Degenerierungsprozess nicht beenden
Heinz-J. Bontrup

Seite 11 Eine Quadratmeile pure Wirtschaftskraft Die Finanzdienstleister in der City of London strukturieren die britische Ökonomie intern wie extern
Philip Blees

Seite 12 Potenzial nicht ausgeschöpft Die politische Krise, die in Nordirland auf den Brexit folgte, schadet der Region mehr als der Brexit selbst
Dieter Reinisch

Seite 13 Das Ende Großbritanniens, wie wir es kannten Empire und wirtschaftlicher Liberalismus: Die Insel lebt von Mythen, doch Linke hoffen auf etwas Neues
*Howie Rechavia-Taylor**

Seite 14 Material für Theoriearbeit Was Karl Marx und Friedrich Engels in England suchten und fanden
Ingo Stützle

Seite 15 Riff-Raff Es gibt wenige Filmemacher wie Ken Loach, den britischen Meister des Sozialrealismus
Kathrin Gerlof

Seite 16 Rule, Britannia! Wie englische Handelshäuser und Reedereien den globalen Seehandel unter ihre Kontrolle brachten
Andreas Wassermann

Seite 17 Gut, aber mit Vorsicht zu genießen Real existierender Liberalismus seit 180 Jahren und eine interessante Erfolgsgeschichte: »The Economist«
John Malamatinas

Seite 18 Ein Spiel, ein Geschäft Die Aufkündigung des Solidarprinzips beim Fußball korrespondierte mit dem neoliberalen Zeitgeist des Thatcherismus
Dietrich Schulze-Marmeling

Seite 19 Ökonomische Abhängigkeiten. Alter Machtglaube Gewalt gegen Frauen gehört noch immer zum Alltag. Es mangelt an bedarfsgerechten Hilfen und politischem Willen, das zu ändern
Paula Hansen

Seite 20 »Der Staat ist Schutzengel des Finanzkapitals« Fabio Vighi über die Rettung der Wirtschaft durch Covid und die damit einhergehenden sozialen Verwüstungen

Seite 21 »Wer die Wirtschaft kontrolliert, ist letztlich eine Klassenfrage« In den USA haben sich im Kalten Krieg die militärische Agenda und keynesianische Ideen zum Militärkeynesianismus verbunden.
Tim Barker im Gespräch

Seite 22 Lassen Sie uns über Ökonomie reden ... Finanzen? Das kann ich nicht!
Magdalena Sporkmann im Gespräch

Seite 23 Kolumnen

Absurde Blüten der Verdrängungsgesellschaft
Christiane Kliemann

Unterschreibe nix, lies alles
Elmar Wigand

Seite 24

Seite 25

Seite 26

Seite 27

Seite 28

Seite 29

MÄRCHEN DES NEOLIBERALISMUS NR. 58

»Freie Finanzmärkte führen zur effizienten Verwendung von Kapital!«

KAI EICKER-WOLF UND
PATRICK SCHREINER

Es war einmal ein Bundesbankpräsident, der schon qua Amt »Falke« sein musste. Er hieß Axel Alfred Weber, und wie jedes Exemplar dieser geldpolitischen Vogelgattung vertraute er auf den Segen des freien Marktes – komme, was da wolle. Bevor der Falke Anfang 2011 aus seinem Amt in Richtung Großbank UBS davonflog, sagte er im Dezember 2010 bei einer Feier der Börse München über den Trend, Gelder wieder stärker im eigenen Land anzulegen: »Ein dauerhafter Rückzug auf den Heimatmarkt wäre die falsche Schlussfolgerung, da die Chancen einer internationalen Diversifizierung des Risikos und einer effizienten Kapitalallokation ungenutzt blieben.«

Weber führt hier die beiden zentralen Argumente an, die Marktgläubige regelmäßig zur Begründung freier internationaler Finanzmärkte vorbringen: die breite, also internationale Streuung (»Diversifizierung«) von Risiken und den optimalen Einsatz von Kapital (»effiziente Kapitalallokation«). Streuung meint, dass ein Finanzinvestor eine möglichst breite Palette von Wertpapieren besitzen solle: Nie alle Eier in einen Korb! Eine solche Strategie begrenze mögliche Zahlungsausfälle, da bei Verlusten immer nur ein Teil der Papiere betroffen sei. Optimaler Einsatz von Kapital wiederum bedeutet, dass Kapital dorthin fließen

können solle, wo die höchsten Profite winken. Denn hohe Profitmöglichkeiten zeigten einen Mangel an Kapital an. Werde dieser Mangel behoben, sei dies stets zu unser aller Nutzen. Freie und unregulierte Finanzmärkte sowie ein freier Kapitalverkehr seien für all dies die Voraussetzungen.

Wer nach all den Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte denkt: »Die haben doch einen Vogel!« – der liegt so falsch nicht. Denn im Märchen vom Segen der freien Finanzmärkte werden die Effekte wie Herdenverhalten, spekulative Verhaltensweisen und Blasenbildungen gänzlich ausgeblendet. So können steigende Kurse von Wertpapieren beispielsweise dazu führen, dass Marktakteure diese nur erwerben, weil sie auf weitere Wertsteigerungen spekulieren. Den gleichen Effekt kann es auch bei Immobilien, Kryptowährungen, Edelmetallen und anderen Vermögensgütern geben. Solche Käufe können zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führen: Die steigende Nachfrage erhöht den Preis des Wertpapiers bzw. Vermögensguts, was weitere Käuferinnen und Käufer anzieht. Es entsteht eine Preisblase. Wenn sie kreditfinanziert ist, wird sie besonders gefährlich. Platzt die Blase, können Kredite nicht mehr getilgt werden. Es kommt zu Zahlungsausfällen und schlimmstenfalls einem wirtschaftlichen Einbruch.

Die internationale Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab dem

Jahr 2008 verlief geradezu schulbuchmäßig nach diesem Muster. In den USA war es nach der Jahrtausendwende zu einem spekulationsgetriebenen Anstieg der Immobilienpreise gekommen. Angefeuert war dies von Krediten, für die steigende Immobilienwerte als Sicherheit dienten. Die Kreditforderungen wurden in Wertpapiere gepackt und in einem komplizierten Verfahren weltweit über die Finanzmärkte verkauft. Die Risiken waren also breit gestreut. Als die Preisblase schließlich platzte, zeigte sich: Durch die breite Streuung der Risiken hatte die Krise rasch den ganzen Globus im Griff, denn viele große Banken und Fonds hatten sich mit den Schrottpapieren eingedeckt. Auch von effizienter Kapitalverwendung konnte keine Rede sein, im Gegenteil. Weltweit stockte die Kreditvergabe der Banken. Die Weltwirtschaft stand vor dem Abgrund. Unternehmen und Produktion brachen zusammen. Arbeitsplätze gingen verloren.

Freie Finanzmärkte machen auch die Spekulation mit Währungen, Rohstoffen oder Nahrungsmitteln überhaupt erst möglich. Dabei wetten Finanzakteure wie Banken, Hedgefonds, Versicherungen, Staats- oder Pensionsfonds auf steigende oder fallende Kurse bzw. Preise. Dies führt immer wieder zu Kursschwankungen, für die es keine in der Sache liegenden Gründe gibt. Die Folgen dessen sind verheerend:

Steigende Nahrungsmittel-Preise etwa führen zu Hungerkrisen insbesondere in ärmeren Ländern. Und ein stark schwankender Außenwert einer Währung hat verheerende Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze des betreffenden Landes.

Von all dem aber wollen Neoliberale nichts wissen. Für Axel Alfred Weber hat sich seine neoliberale Haltung übrigens ausgezahlt. Schon vor Beginn seines neuen Jobs als Präsident des Verwaltungsrats bei der UBS kassierte er die märchenhafte Antrittsprämie von vier Millionen Schweizer Franken.



Kai Eicker-Wolf ist Ökonom und arbeitet als Gewerkschafter in Frankfurt am Main.



Patrick Schreiner arbeitet als Gewerkschafter in Berlin und betreibt den Blog www.blickpunkt-wiso.de.

Bei OXI waren dies die letzten »Märchen des Neoliberalismus«. Wir danken den Autoren für die lehrreiche Serie und empfehlen ihr im Laufe des Jahres im PapyRossa-Verlag erscheinendes Buch. Es enthält neben den in unserer Zeitung abgedruckten vielen weitere ihrer Texte über zeitgenössische Wirtschaftsmärchen.

In eigener Sache

Liebe Lesende, Neugierige, Sympathisierende, nicht Abgeneigte

Mit dieser Ausgabe über die Ökonomie eines Landes, das als Wiege der Industrialisierung gilt und uns viel darüber lehren kann, wie Kapitalismus funktioniert, verabschieden wir uns aus einer fast sechs Jahre dauernden und guten Kooperation. Seit Oktober 2017 konnten alle Abonnentinnen und Abonnenten der Tageszeitung »nd« und der Wochenendausgabe »nd.Die Woche« einmal im Monat die Wirtschaftszeitung OXI lesen. 24 Seiten Wirtschaft, anders gedacht. Es war für beide Seiten eine gute Zusammenarbeit und hoffentlich für die Lesenden ein inhaltlicher Mehrwert. Nun also der »OXIT«.

Dies ist das letzte Mal, ab April wird es diese Beilage im »nd« nicht mehr geben. Stattdessen wird die Monatszeitung »OXI – Wirtschaft anders denken« als Abo-Zeitung erhältlich sein. Digital oder gedruckt. Weiterhin mit 24 Seiten, weiterhin aus der Überzeugung gespeist, dass der Neoliberalismus eine Ideologie ist, die ihre Aufgabe darin sieht, uns weiszumachen, dass es nur die eine und kapitalistische Wirtschaftsweise sein kann, die den Laden am Laufen hält. Kritik daran ist – in Abwandlung eines Marx-Zitates – nicht nur eine Leidenschaft des Kopfes, sondern im klugen Fall der Kopf der Leidenschaft.

Die Kooperation ist seitens des »nd« aus wirtschaftlichen Gründen beendet worden. Was wir verstehen, schließlich schreiben wir andauernd darüber, wie Wirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen funktioniert und wissen, dass sich an be-

triebswirtschaftlichen Zahlen nicht vorbeireden lässt. Und natürlich wissen wir auch, wie schwer und schwierig es ist, eine linke Tageszeitung, die sechsmal in der Woche erscheint, am Leben und am Laufen zu halten.

Bedauern tun wir es trotzdem. Denn in gewisser Weise haben sich durch die Kooperation zwei materiell nicht üppig ausgestattete, aber zielstrebig linke – und wir finden, kluge – Zeitungsprojekte gegenseitig stützen und ermutigen können. Nun gehen wir getrennte Wege. Mit solidarischem Blick auf die jeweils andere Publikation.

Allen Leserinnen und Lesern des »nd«, die OXI vermissen werden, empfehlen wir den Abschluss eines Einzelabonnements. Das kostet gedruckt 44 Euro im Jahr. Dafür gibt es 12 Ausgaben, und im April sogar noch ein zweites Exemplar zum verschenken und weiter empfehlen. Wer uns abonniert, bekommt also viel geboten. Nur eines nicht: **Mainstream**. Und wer es sich leisten kann und uns über dieses Abo hinaus unterstützen möchte, verschenkt vielleicht noch eins oder schließt ein Förderabonnement ab, das 60 Euro im Jahr kostet.

Mit den gegenwärtig vorhandenen Einzelabonnements können wir nach Beendigung der Kooperation noch eine Weile eine Monatszeitung produzieren, drucken und verteilen. Aber die aktuelle Zahl der Abonnements genügt nicht, um das über einen längeren Zeitraum zu schaffen. Wir wollen aber noch lange diese Zeitung machen.

5.000 Abonnements würden das ermöglichen. Digital als E-Paper ist die Zukunft und auf jeden Fall ein klein wenig ökologischer, aber gedruckt ist auch sehr schön.

Wir jedenfalls werden uns mit unseren bescheidenen finanziellen Mitteln, aber großem Verve und Optimismus, der nicht aus dem Wol-

kenkuckucksheim kommt, darüber Gedanken machen, in welchen Formen, mit welchen Mitteln und Möglichkeiten wir und unsere Autor:innen weiterhin anders über Wirtschaft denken und schreiben können. Worauf es auf längere Sicht hinausläuft, können wir jetzt noch nicht sagen. Nur versprechen, dass wir uns anstrengen.

Vielleicht fragen sich manche: Soll ich wirklich eine Zeitung abonnieren, deren Macherinnen und Macher nicht genau wissen, ob es die noch lange geben kann? Ganz sachlich lautet die Antwort: Auf jeden Fall und ohne Risiko. Denn sollte ein Jahresabonnement nicht mit den versprochenen 12 Ausgaben vertraglich eingelöst werden, bekommt jede und jeder das entsprechende Geld zurück.

Wir gehen aber vom besseren Fall aus.

In dem Buch »Kanailen-Kapitalismus – eine literarische Reise durch die Geschichte der freien Marktwirtschaft« schreibt der spanische Soziologe César Rendueles: »Die orthodoxen Wirtschaftswissenschaften und die hegemoniale Politik sind lebende Tote, die sich noch bewegen. Leiden aller Art verursachen und unverständliche Geräusche von sich geben. Zugleich sind Probleme, wie der Klassenkampf, die wir für friedlich überwunden hielten, mit voller Wucht zurückgekehrt. Die gute Nachricht lautet, dass wir zum ersten Mal seit Jahrzehnten ahnen, dass es einen – wenn auch schwierigen und teilweise verschütteten – Notausstieg in Richtung einer radikalen Demokratie geben könnte.«

Wenn Sie uns abonnieren, werden wir mit OXI weiterhin Argumente und Wissen liefern, die über die Gegenwart ohne Ewigkeitsklausel hinausweisen.

Ihre Redaktion



Erinnerungs-Bilder

Die Fotos zum Schwerpunkt dieser OXI-Ausgabe entstanden vor fast 40 Jahren. Martin Shakeshaft, der sie gemacht hat, war 1984 noch Krankenpfleger. Doch die Arbeitsbedingungen im britischen Gesundheitsbereich erschienen ihm schon damals miserabel, und als politischer Aktivist wollte er den gerade ausgerufenen landesweiten Streik der Bergarbeiter unterstützen. Zwölf Monate fotografierte Martin Shakeshaft den Kampf zwischen den Arbeiter:innen und der Staatsmacht in all seinen Facetten – und studierte im Anschluss Dokumentarfotografie. Wir bedanken uns herzlich, dass wir eine Auswahl seiner Bilder nutzen können und empfehlen auch sein Fotoprojekt »Looking back in Anger« (Blick zurück im Zorn), in dem er die Orte und Personen des Bergarbeiterstreiks 30 Jahre danach porträtiert. *sim* Zu finden im Internet: <https://strike84.co.uk/>



Die als Gentlemen's Agreement getarnte eiserne Faust

Die gegenwärtig streikenden Berufsgruppen sind Ausdruck einer erfolgreich umgebauten Industrie und machen Hoffnung auf neue Bündnisse

PETER KERN

Eine Debatte in der britischen Öffentlichkeit, die Frage betreffend, warum das staatliche Gesundheitswesen Tote zur Folge hat, statt Tote zu vermeiden. Die Tories insinuieren, die Streiks der Pflegekräfte und Rettungssanitäter seien mitverantwortlich und es bräuchte ein neues, die lebensgefährlichen Folgen von Streiks verhinderndes Gesetz. Kommt das »Minimum Services Agreement« durch, ermächtigt es die Konzernleitung bestreikter Betriebe, namentlich benannte Beschäftigte zur Arbeit zwangsweise zu verpflichten. Wer sich weigert als Streikbrecher herzuhalten, dem droht die sofortige Kündigung. Seine dem Gesetz den Gehorsam verweigernde Gewerkschaft sieht sich mit der Forderung nach Schadenersatz konfrontiert.

Die in Großbritannien als »Streiksommer« bezeichneten Ausstände des vergangenen Jahres finden trotz derartiger Drohungen ihre Fortsetzung. Die mit Kurzzeitverträgen ausgestatteten Amazon-Lagerarbeiter haben gestreikt, darunter viele Migrant:innen. Es sind sogenannte Ungelernte, Einwanderer:innen aus den verschiedensten Ländern. Ihnen gönnt Amazon einen knapp über der Armutsgrenze liegenden Lohn. Sie gehören der von Marx als »Lazarusschicht« bezeichneten Kaste an; denn für sie gilt, wie zu Zeiten des marxischen »Kapitals«, »Maximum der Arbeitszeit und Minimum des Salairs«. Wer mit einer Familie über die Runden kommen will, muss 60 Wochenstunden Arbeit abliefern. Amazon UK Services Limited hat in 2021 einen Vorsteuergewinn von 204 Millionen Pfund erzielt (bei gerade mal 11 Millionen gezahlten Steuern). Mehr als 50 Pence pro Stunde mehr könne man nicht zahlen, so die CEOs. Dieses Angebot war das Fanal zum Streik. Über Tiktok feuerten sich die »Fulfilment-Workers« der verschiedenen Lagerhäuser wechselseitig an.

Seit Margaret Thatcher die Gewerkschaften »an die Wand genagelt hat«, wie der »Spiegel« damals schrieb, ist die für einen Streik zu nehmende Hürde hoch. 50 Prozent einer Belegschaft müssen für die Arbeitsniederlegung votieren; da ist viel Spielraum für die Profis des Union Bashing. Bei Amazon hat eine riesige Mehrheit sich nicht einschüchtern lassen und von ihrem Recht Gebrauch gemacht.

Vergegenwärtigt man sich, welche Berufsgruppen die Arbeit niederlegten oder demnächst niederlegen wollen – die Kran-

kenpfleger, Sanitäter, Assistenzärzte, Physiotherapeuten, Eisenbahner, Call-Center-Angestellte, Grenzschilder, Feuerwehrleute, Busfahrer, Lehrer, Hafenarbeiter, Müllwerker und Briefträger (jeweils in männlicher und weiblicher Spezies) –, dann fällt auf, welche Berufe nicht streiken: die der klassischen Industrie.

Der Grund ist ein zweifacher. Man erinnere sich an den Thatcherismus; der sah seine historische Mission darin, eine für seine Begriffe völlig veraltete Erzeugungsform des »Wohlstands der Nation« abzuschaffen. Sein Sieg war der des in der Londoner City angesiedelten Finanzmarktkapitalismus über die Old Economy der Midlands. Die industriellen Zentren wurden geschleift und mit ihnen die in diesem Milieu beheimateten Gewerkschaften. Die Industriearbeiterschaft ist seither mächtig geschrumpft. Ganze Branchen haben aufgehört zu existieren. So die britische Hausgeräte-Industrie, die in den 1980er Jahren noch 20.000 Beschäftigte aufwies, von denen noch 1.000 Kundendiensttechniker übrig geblieben sind.

Betrachtet man die für Großbritanniens Ökonomie viel bedeutendere Automobilindustrie, kommt der zweite Grund in den Blick. Als die deutschen Konzerne britische Fabriken und ihre Marken billig übernahmen, fanden sie eine völlig überalterte Produktionsweise vor. In Deutschland längst automatisierte Fertigungsschritte wurden noch mit Muskelkraft ausgeführt. Die Bodengruppe eines Automobils mit der Karosserie zusammenzufügen – im Jargon der Autoleute die Hochzeit genannt –, ging in Rüsselsheim und Untertürkheim schon wie von Geisterhand vor sich, während sich die Monteure an den Bändern von Rover noch mit Brett und Holzkeil abmühten. Die deutschen Geschäftsführer verordneten den britischen Fabriken erst einmal einen Modernisierungsschub. Die Manager von Toyota fingen das Modernisieren gar nicht erst an, sondern stellten ihre nagelneue Fabrik auf die grüne Wiese.

Der große Rationalisierungsschritt hatte die damals noch spektakulären Mikrochips zur technischen Voraussetzung und eine neue Zusammensetzung der alten Arbeiterklasse zur Folge. Die Fabrikarbeit mutierte in den zentralen Bereichen zur qualifizierten Arbeit. In der vorherigen, der Thatcher-Ära war hohe industrielle Produktivität ein Fremdwort, ein Argument für die Neoliberalen, mit dem in ihren Augen archaischen Archipel namens Industrie aufzuräumen. Das vom Festland importierte neue Produktionskonzept sorgte nun für ein

reibungsloses Zusammenspiel von Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Produktion und Vertrieb, was wiederum den erwünschten hohen Output und die gute Qualität der Produkte zur Folge hatte.

Der Taylorismus – die zerlegten, in immer kürzeren Takten zu verrichtenden Arbeitsvorgänge – galt nicht länger als der Weisheit letzter Schluss. Das ihn ersetzende Produktionsparadigma verlangte nach Facharbeit, flachen Hierarchien und dem Zusammenführen von planenden und ausführenden Jobs. Heutige Industriearbeiter müssen ständig neue Produktanläufe bewältigen. Die von ihnen überwachten automatisierten Fertigungsanlagen erfordern ein hohes Maß an IT-Kenntnissen. Sie warten die Anlagen, beseitigen Störungen, sorgen für die Instandhaltung. Das erledigt man nicht mit ein paar schnell angelernten Handgriffen, das verlangt einen hochprofessionellen Aufgabenzuschnitt. Und solche Industriearbeit lässt sich nicht mit Akkordlohn bezahlen. Ein für die Maschinerie des Fertigungsprozesses beim Mini-Cooper Verantwortlicher verdient mehr als ein für den Lernprozess im Chemieunterricht Verantwortlicher. Für das Selbstverständnis der Arbeiterschicht bleibt dies natürlich nicht folgenlos.

Abgeflachte Hierarchien sind gefordert, weil das Erfahrungswissen der Produktionsarbeiter:innen den Produktionsprozess reibungslos macht und nicht der kontrollierende Vorgesetzte. Extreme Arbeitsteilung würde untergraben, worauf es den Fabrikmanagern ankommt: das Gefühl von Verantwortung für die Qualität des Arbeitsproduktes. Dieses Gefühl bringt nur auf, wer eine qualitativ aufgewertete Arbeit leisten kann.

Zwar gibt es das alte Fertigungsregime noch, die stupide, als Hilfsarbeit organisierte Einleigerarbeit, das Schweißen, Lackieren, Montieren; aber das sind an Charlie Chaplins »Modern Times« erinnernde Reminiszenzen, die sich noch bei den Zulieferern in den Kleinbetrieben finden lassen. Wo solche dequalifizierten Jobs an den Fertigungslinien großer Fabriken noch zu sehen sind, sind sie das Los der bei Zeitarbeitsfirmen Beschäftigten. Diese schlecht bezahlten und in der Krise schnell zu feuernden Massenarbeiter:innen machen längst nicht mehr das Gros der Industriearbeiterschaft aus.

Was hat dieser Modernisierungsschub nun mit den gegenwärtigen Streiks in Großbritannien zu tun? Der soziologische Effekt dieser Modernisierung ist ein neu zusammengesetzter »ideeller Gesamtarbeiter« (Marx), der in

großen Teilen qualifiziert und gut bezahlt ist. Diese Industriearbeiter:innen haben nichts mehr gemein mit dem alten, klassischen Proletariat im Blaumann und mit Gewerkschaftsbuch. Sie bilden eine vergleichsweise privilegierte Arbeiterklasse und in ihrem Habitus haben sie sich den Angestellten angeglichen. Den Ingenieur:innen der Betriebe begegnen sie auf Augenhöhe, den am Band Malochenden fühlen sie sich kaum zugehörig. Von der Umwälzung durch die schlanken Produktionskonzepte haben die Gewerkschaften im Übrigen nicht profitiert, weder in Großbritannien noch in den Ländern Kontinentaleuropas.

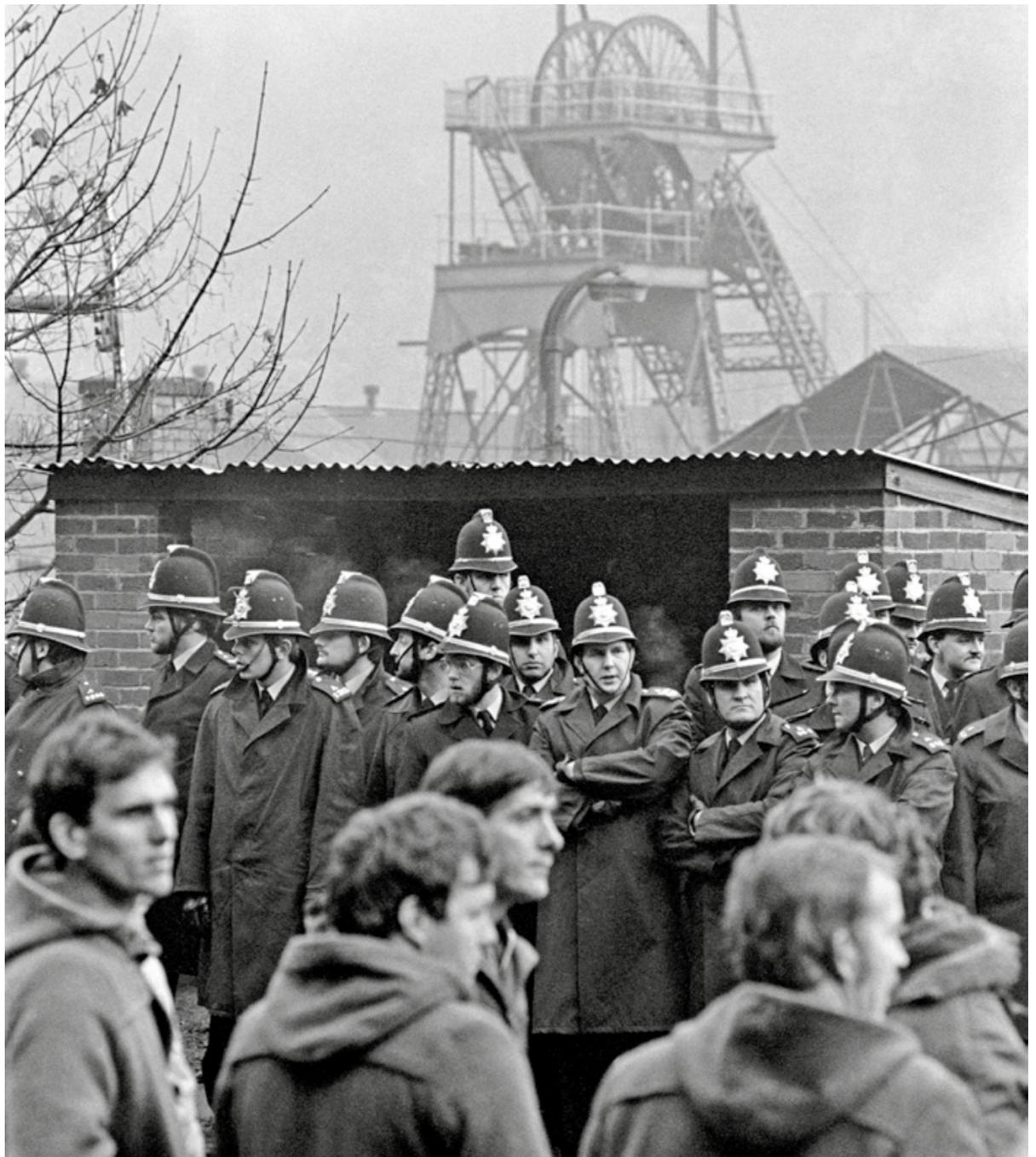
Vor mehr als 150 Jahren schilderte Friedrich Engels in einem Brief an Karl Marx das englische Proletariat »als faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen«. Hat sich diese Prognose bewahrt, und zeigt sich dies in der Abwesenheit, mit der die Beschäftigten der Privatindustrien in der gegenwärtigen Streikbewegung glänzen? Es will dem Autor so scheinen.

Damit diese Abstinenz anhält, schiebt die rechte Kampfpresse Sonderschichten. Ihre Kommentatoren dämonisieren diese Bewegung, und die Tories sind für jede Tatarenmeldung dankbar. Es braucht aber kein »Minimum Services Agreement«. So sorgten die Streikkomitees in den Krankenhäusern selbst dafür, dass für Dialyse, Chemotherapie, Geburtshilfe und Intensivstation genug Leute bereitstehen. Selbst Putins Krieg muss für die Diskreditierung herhalten. Der Vorsitzende der konservativen Partei ruft die Streikenden mit Pastorenpathos zur Besinnung auf: »Sie sollten das wirklich überdenken und nachdenken. Das ist genau das, was Putin sehen will – diese Spaltung. Lasst uns nicht spalten, lasst uns zusammenkommen.«

Zusammenkommen ist eigentlich immer gut. Gibt es gar keine Anzeichen für eine überschwappende Solidarität? Doch, die gibt es. Eine Generation der Jungen ist nachgekommen, die den Thatcherismus nur noch vom Movie kennt. Der akademische Standesdünkel ist ihr fremd. Das Mittel des Streiks hält sie nicht für unter ihrer Würde. Die »Junior Doctors«, die Assistenzärzte, die akademischen Subproletarier, greifen zu diesem Mittel. 45.000 von ihnen sind aufgerufen, für einen dreitägigen Streik zu stimmen. Studierende übersetzen Streikaufrufe von Amazon-Lagerarbeitern in die benötigten Sprachen. Die Gewerkschaften, anfänglich von den Arbeitsniederlegungen eher überrascht, haben sich schnell berappelt und stellen den im Ausstand Befindlichen ihren Apparat zur Verfügung. Das Know-how des Apparats wird dankbar genutzt, und die migrantischen Arbeitskräfte begreifen rasch, wofür eine Trade Union gut ist.

Die hohe Inflation tut das ihre, um einem Erlahmen der Proteste vorzubeugen. Die Streikwelle geht ja auf keine Laune wiedererstarkter Gewerkschaften zurück, sondern auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Inflationsrate für Lebensmittel lag Ende des letzten Jahres bei über 16 Prozent und ist nur mäßig gesunken. Die hohen Kosten für Gas und Strom sind für die Leute in den unteren Lohngruppen eine Katastrophe. Laut der regierungsammtlichen Statistik müssen »7,2 Millionen Haushalte mit niedrigem Einkommen [...] auf das Nötigste verzichten, und 4,7 Millionen sind mit ihren Rechnungen im Rückstand«. Die einkommensschwachen Haushalte sind gezwungen, ihre Ausgaben für das Heizen der Wohnungen einzuschränken und hoffen auf den Beistand von Frühling und Sommer.

Können sie auf den Beistand von Labour hoffen? Die Partei führt in den Umfragen, und alles deutet auf Regierungswechsel hin. Das von den Konservativen mit semantischem Schmelz Agreement genannte Antistreikgesetz lehnt Labour ab, aber für die im Ausstand will man sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Der Parteivorsitzende spricht sibyllinisch vom Chaos; das lässt offen, wer dafür verantwortlich ist, die in der Regierung oder die im Streik. Das Kabinett der Tories hat bei der schweigenden Mehrheit abgewirtschaftet, aber eine an Corbyn erinnernde Labourpartei würde die Chance auf Regierungswechsel wohl verspielen. Und wie schnell schlägt die Stimmung um, und was eben noch als respektabler Fight für gerechten Lohn erschien, erscheint morgen als Aufstand der außer Rand und Band geratenen Underdogs? Die britische Mehrheitsgesellschaft ist verführbar; die Brexiteers haben es bewiesen.



Salamitaktik der Krämerseelen

Das öffentliche Gesundheitssystem NHS wird seit drei Jahrzehnten unter tätiger Mithilfe des Parlaments zugunsten der Privatwirtschaft ausgeplündert

SIGRUN MATTHIESEN

Noch in den 1980er Jahren kursierten in der kleinen BRD immer mal wieder Geschichten über besonders gewiefte Mitbürger:innen, die sich während des Urlaubs in Großbritannien ihre maroden Wohlstandgebisse durch Jacketkronen aufmöbeln ließen. Zahnersatz, der hierzulande schon damals einiges an finanzieller Eigenbeteiligung erforderte, wurde jenseits des Kanals noch aus dem Budget des National Health Service (NHS) bezahlt. Einer öffentlichen, im Wortsinn gemeinnützigen Einrichtung, gewissermaßen Bürger-Versicherung und Rundum-Gesundheitsversorger in einem. Sie stand allen offen, die ihren ständigen Wohnsitz in Großbritannien hatten – was damals noch nicht durch einen Personalausweis nachgewiesen werden musste, eine Strom- oder Wasserabrechnung reichte. Im Notfall wurden auch durchreisende EU-Bürger:innen behandelt.

Das ist alles längst Vergangenheit, nicht erst seit dem Brexit, der von seinen Propagandisten um Boris Johnson auch mit der Lüge vorangetrieben wurde, die eingesparten EU-Beiträge könnten wöchentlich zusätzliche 350 Millionen britische Pfund mehr für den NHS bedeuten. Das Wohlergehen dieser Institution, 1948 unter der Labour-Regierung von Premierminister Clement Attlee ins Leben gerufen, ist der großen Mehrheit aller Brit:innen bis heute eine Herzensange-

legenheit. Bis auf wenige Ausnahmen wollen sie genauso wenig in einem Krämerladen leben, wo alles seinen Preis hat, wie der überwiegende Rest der Menschheit, sondern sich darauf verlassen können, wenigstens im medizinischen Notfall ohne Ansehen der Person versorgt zu werden.

Genau das ist aber nicht mehr gewährleistet, spätestens seit dem im Juli 2022 in Kraft getretenen »Health and Care Act«. Es ist das vorerst letzte einer Folge von Gesetzen, mit denen seit drei Jahrzehnten angeblich versucht wird, die chronische Finanzmiserie und die daraus folgende mangelhafte Gesundheitsversorgung zu beheben. Tatsächlich handelt es sich aber eher um eine systematische Ausplünderung und Privatisierung öffentlicher Gelder, die jene Unterfinanzierung, die sie vorgibt beseitigen zu wollen, überhaupt erst verursacht hat. Das belegt eine Analyse* der Gesundheitswissenschaftlerin Allyson Pollock und des Juristen Peter Roderick, die nachzeichnet, mit welcher Salamitaktik das staatliche Gesundheitssystem in England seit drei Jahrzehnten heruntergewirtschaftet wird.

Ursprünglich war der NHS eine ziemlich einleuchtend und übersichtlich konzipierte Einrichtung der allgemeinen und umfassenden Gesundheitsversorgung. Sie stand allen Nutzer:innen im Bedarfsfall kostenfrei zur Verfügung, war aus direkten wie indirekten Steuermitteln finanziert, öffentlich verwaltet und entsprechend auch rechenschaftspflichtig gegenüber den demokratisch gewählten Vertreter:innen der Bevölkerung.

Organisatorisch gab es mehr oder weniger eine Dreigliederung zwischen unterschiedlichen Versorgungsarten und Verwaltungsebene: Für die Krankenhausplanung war die Regierung direkt zuständig. Sie hatte sicherzustellen, dass pro 100.000 bis 150.000 Einwohner:innen ein Krankenhaus existierte, welches von den entsprechenden regionalen Verwaltungseinheiten betrieben wurde. Diese waren gleichzeitig dafür verantwortlich, dass es in ihrem Einzugsbereich ausreichend niedergelassene Allgemeinärzte, Apotheken und Optikerinnen gab, deren Gehälter und Verträge ebenfalls durch die Regierung festgelegt wurden. Was den gesamten nicht-medizinischen Bereich anging, also die Unterstützung von längerfristig hilfsbedürftigen Bürger:innen im Einzugsbereich des jeweiligen Distrikt-Krankenhauses, verließ man sich auf die lokalen Verwaltungen. Sie organisierten, in Absprache mit Krankenhaus und niedergelassenen Ärzten, die nötigen Unterstützungsmaßnahmen und bekamen sie aus dem Etat des NHS finanziert.

Der war, anders als in der BRD, nie von speziellen Krankenkassenbeiträgen abhängig, sondern die Bürger:innen finanzierten ihr Gesundheitssystem indirekt durch einen Teil ihrer Steuern. Damit war das NHS-Budget in den Haushaltsverhandlungen immer Gegenstand politischer Auseinandersetzungen – insbesondere nachdem die Tochter eines Krämerladenbesitzers in ihrer Funktion als Premierministerin verkündet hatte, dass es so etwas wie Gesellschaft gar nicht gebe. Nur folgerichtig also, dass Thatchers Tory-Par- ▶

► tei seitdem an der Zerstörung des staatlichen Gesundheitssystems arbeitet, und sei es auch nur als Trockenübung. Als eine solche lässt sich rückblickend das 1990 mit Tory-Mehrheit verabschiedete Gesetz zur Neuregelung der kommunal organisierten Pflegedienstleistungen bezeichnen, der »NHS and Community Care Act«. Er führte im englischen Gesundheitswesen erstmals eine Unterscheidung zwischen »Auftraggebern« in den Regionalverwaltungen und kommunalen, gemeinnützig organisierten, »Dienstleistern« ein. Letztere hatten eigene Budgets und Haushaltspflichten und mussten jeweils eigene Verträge mit den Auftraggebern aushandeln. Als »interner Markt« wurde diese Spaltung bezeichnet, deren Intention und Folge, so Roderick /Pollock in ihrer Studie, die Entwicklung einer Markt-Bürokratie samt Preisverhandlungen und Konkurrenz gewesen sei. Die Ablösung des Gesellschaftsvertrags durch die Krämerladen-Ideologie. Nicht zufällig nahm sie ihren Anfang in jenem Sektor des NHS, in dem es nicht um spektakuläre Operationen am offenen Herzen ging, sondern um die unscheinbare, überwiegend von Frauen verrichtete Langzeitpflege chronisch kranker, behinderter oder einfach alter Menschen.

Parallel wurden zu jener Zeit die Bürger:innen nicht nur Großbritanniens auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge daran gewöhnt, dass der Zugang komplizierter, aufwendiger, häufig teuer und damit ungerechter war als zuvor, was ihnen aber als Wahlfreiheit für Kund:innen verkauft wurde. Public Private Partnership (PPP) bedeutete im britischen Gesundheitswesen, dass die nötigen Investitionsmittel nicht mehr von einer gewählten Regierung bereitgestellt wurden, sondern von Banken, Bauunternehmen, Dienstleistungsfirmen und Finanzdienstleistern. An diese Profitinteressierten band sich der britische Staat in Verträgen mit Laufzeiten von 30 bis 60 Jahren und beauftragte sie nicht mehr nur mit dem Bau und der Finanzierung von Gesundheitseinrichtungen, sondern in zunehmendem Maße auch mit deren Betrieb. Ursprünglich von der Tory-Regierung unter John Major initiiert, nahmen diese Politik erst 1997, unter Tony Blairs New-Labour, richtig Fahrt auf. »Das ermöglichte den Verkauf und die Schließung öffentlicher Krankenhäuser und Einrichtungen in einem enormen Ausmaß«, schreiben Roderick/Pollock und folgern, es habe letztlich den Weg bereitet für Arrangements, bei denen der Staat über Leasing-Verträge von privaten Anbietern Krankenhäuser und Leistungen der Gesundheitsversorgung einkauft. Das schloss auch niedergelassene Allgemeinmediziner:innen ein, deren Praxen gemeinsam mit Bibliotheken und Immobilien als Teil von »Investitionspaketen« an Konzerne verkauft wurden.

Ab 2003 begannen diese Investitionen sich richtig auszuzahlen. Der in jenem Jahr verabschiedete »Health and Social Care Act« sicherte privaten Anbietern das Recht zu, im stationären wie ambulanten Bereich eigenständige Dienstleistungsverträge mit dem NHS abzuschließen. Noch allerdings waren mit diesem Recht auch gewisse Pflichten verbunden. Die Gesundheitskonzerne konnten sich in England noch nicht auf besonders lukrative medizinische Bereiche konzentrieren oder bestimmte »kostspielige« Patienten ausschließen beziehungsweise ihnen Dienstleistungen der Grundversorgung in Rechnung stellen. Diese Profitrisiken wurden dann 2012 durch die Regierungskoalition aus Tories und Liberaldemokraten aus dem Weg geräumt. Mit dem gegen massive Widerstände verabschiedeten neuen »Health and Social Care Act« beendeten sie die Verpflichtung der Regierung, die notwendige ambulante medizinische Versorgung für alle Bürger:innen Englands sicherzustellen. Stattdessen wurden gut 200 sogenannte klinische Auftragskommissionen geschaffen, die jeweils Verträge mit niedergelassenen Ärzten abschlossen und dann in deren Einzugsbereich und auf der Grundlage von deren Patientenstamm eine angemessene stationäre und Pflege-Versorgung sicherstellen sollten. Gleichzeitig verpflichtete das Gesetz alle niedergelassenen Mediziner:innen, mit kommerziellen Methoden um Patient:innen zu werben und zu konkurrieren. Ein in mehrfacher Hinsicht kostspieliger Wettbewerb: Zum einen wurden in den Arztpraxen

wie im NHS-Budget insgesamt zunehmend Ressourcen von der eigentlichen Behandlung abgezogen und in nicht medizinische Bereiche, also Marketing und Verwaltung verlagert. Wofür die kommerziellen Gesundheitsunternehmen selbstverständlich schnell passende Angebote entwickelten, die sich positiv auf ihre Bilanz auswirkten, waren sie doch sehr viel einfacher zu kalkulieren als die fragile menschliche Gesundheit. Zum anderen führte die Konkurrenz zwischen den niedergelassenen Ärzt:innen zu »Patientenhopping« in großem Stil. Das wiederum machte die Budgets der Arztpraxen unberechenbarer und entzog den mit der Krankenhaus- und Pflegeplanung beauftragten Auftragskommissionen endgültig jede seriöse Grundlage. Erleichtert wurde dagegen jede Form der Kooperation von gemeinnützigen Trägern mit kommerziellen Anbietern unter dem Dach des NHS. Erstere durften von nun an 49 Prozent ihrer Einnahmen durch die Behandlung privat versicherter Personen und andere nicht zum NHS gehörende Aufgaben erzielen. Seitdem werden in öffentlichen Krankenhäusern ganze Flure für Schönheitsoperationen freigehalten, während Betten für Notfall-Patientinnen fehlen. Nicht zuletzt war es dieses 2012 verabschiedete Gesetz, das dem NHS die Zuständigkeit für öffentliche Gesundheitsvorsorge entzog, um sie zwischen Innenministerium und lokalen Verwaltungen aufzuteilen, was während der Corona-Pandemie genau zu jenen Zuständen führte, vor denen die Kritiker:innen in den Parlamentsdebatten gewarnt hatten.

Diese für die Anbieter von »Gesundheitsdienstleistungen« lukrative Politik setzte sich auch deshalb durch, weil deren Protagonisten und Profiteure immer leichtfüßiger zwischen Management-Positionen und politischen Ämtern wechselten. Der von 2010 bis 2012 amtierende Tory-Gesundheitsminister, Andrew Lansley, mittlerweile in den Adelsstand erhoben, agierte seit 2015 als Berater in Sachen Gesundheitsreform. Einer seiner Amtsvorgänger, der Labour-Politiker Alan Milburn, der die Krankenhaus-Privatisierung von 1999 bis 2003 vorangetrieben hatte, arbeitete anschließend unter anderem für die Unternehmensberatung PwC, den Finanzinvestor Bridgepoint Capital sowie den spanischen Ableger des US-amerikanischen Centene-Konzerns, die allesamt im Gesundheitssektor Geld verdienen.

Centene habe sich in jüngster Zeit, so Roderick /Pollock, »mit rund 500.000 Patient:innen zum wohl größten Anbieter ambulanter Gesundheitsversorgung in England« entwickelt. Entscheidend dafür war die Übernahme zahlreicher NHS-Verträge im Großraum London Anfang 2021. Kurz nach Geschäftsabschluss wechselte die dafür verantwortliche britische CEO des Unternehmens, Samantha Jones, in die Politik – als Beraterin in Gesundheitsfragen für Premierminister Johnson. Nur folgerichtig also, dass mit dem im Sommer 2022 in Kraft getretenen jüngsten »Health and Care Act« auch die noch verbliebenen Zugeständnisse an Gesundheit als öffentliches Gut inkassiert wurden: Nicht einmal mehr die Notfallversorgung für jede Person innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs müssen die neu geschaffenen Verwaltungseinheiten des NHS garantieren. Vielmehr gesteht das Gesetz ihnen und ihren Dienstleistern ausdrücklich das Recht zu, auch Unfall- und Notfall-Patient:innen abzuweisen und anderswohin zu schicken. Sollten sich Bürger:innen darüber oder über andere unmenschliche Zustände bei ihren gewählten Bürgermeister:innen oder Abgeordneten beschweren wollen, wird das meist folgenlos bleiben. Die Lokalpolitik hat nämlich kaum Einfluss auf die Unternehmensentscheidungen der in ihrem Gebiet tätigen Gesundheitskonzerne, denen zukünftig bestenfalls das Gesundheitsministerium noch politische Vorgaben machen kann. Derzeit wird es geführt von Steve Barclay, einem Tory, der als Jurist auch schon für den Versicherungskonzern Axa gearbeitet hat.

Im Krämerladen sind Kranke nur noch Kollateralschäden.

*Allyson M. Pollock, Peter Roderick: »Dismantling the National Health Service in England«; in: »International Journal of Social Determinants of Health and Health Services«, Vol. 52 No. 4, 10/2022.



Niederlage im letzten Ge

Vor fast vier Jahrzehnten endete der legendäre einjährige Streik der

AXEL BERGER

Als alles vorbei und verloren ist, erscheint dem Miner Martin, einem der geschlagenen Helden in David Peaces großem Roman »GB84« über die Streikbewegung der britischen Bergarbeiter der Jahre 1984 und 1985, im Schlaf sein fürchterlichster Albtraum: »An der Spitze ihres Stammes und triumphierend auf den Bergen unserer Schädel« feiert Margaret Thatcher darin ihren Sieg und verkündet einen totalen Neuanfang für das kriselnde Land: »Erwacht! Erwacht! Dies ist England! Euer England – im Jahre null«, ruft die damalige britische Premierministerin den ihren zu. Und längst weiß Martin, dass diese Zukunft für die arbeitende Klasse eine sein wird, »die sich keiner von uns leisten kann«.

Ganz einfach war es aber nicht gewesen. Immerhin ein Jahr hatten die seit 1979 regierenden konservativen Tories gebraucht, um dieses »New Britain«, das keine oder kaum noch Blockaden kapitalistischer Wettbewerbsfähigkeit aufweisen sollte, gegen die traditionell widerpenstigste Bastion der britischen Arbeiter:innenklasse durchzukämpfen. Umso euphorischer fiel ihre Reaktion nach dem Triumph aus. »An die Wand genagelt« habe Thatcher den Chef der National Union of Mineworkers (NUM), Arthur Scargill, höhnte Schatzkanzler Nigel Lawson im Namen des Kabinetts noch am Tag der endgültigen Beendigung des Streiks: am 5. März 1985. »Jedes Pfund« – nach den Berechnungen des Labour-Abgeordneten und ehemaligen Energieministers Tony Benn waren es immerhin 8 Milliarden Pfund, damals mehr als 30 Milliarden D-Mark – »das uns der Streik gekostet hat, war zum Wohl des Volkes angelegt«, triumphierte Lawson weiter. Und in ihren Erinnerungen bezeichnete Thatcher selbst die Ereignisse als wichtigsten Sieg ihrer Politik. »Der einjährige Bergarbeiterstreik von 1984 war das letzte Aufbäumen des alten Gewerkschaftssystems«, heißt es dort, »seit jenem Jahr hat Großbritannien keinen bedeutenden Arbeitskampf mehr erlebt.«

Wie entschlossen die Regierung bei der Verfolgung ihrer Ziele vorgehen würde, war bereits in den ersten Streikwochen deutlich geworden. Keine zwei Wochen nach dessen Ausrufung durch die NUM wurden in Notting-

ham am 12. März 1984 zwei Streikposten, David Jones und Joe Green, von der Polizei getötet und mehr als 4.000 Kumpel zeitweise inhaftiert. »Die Demokratie wäre am Ende, wenn der Herrschaft des Mobs nachgegeben würde«, kommentierte Thatcher die Ereignisse in dem ihr eigenen Zynismus im Unterhaus. Dann folgte für die NUM das Desaster der »Battle of Orgreave«. Hier, nur wenige Kilometer von ihrer Zentrale in Sheffield entfernt, erstickten im Juni 6.000 Polizisten der neu gebildeten »Riot Squad Police“-Einheiten mit bis dahin nie gesehener Brutalität – vor allem die immer wieder in die Masse hinein getriebenen Polizeipferde hinterließen Hunderte Verletzte – den Versuch von über 10.000 mobilisierten Gewerkschaftern, die riesige Kokerei, die die Stahlwerke der Umgebung versorgte, zu blockieren und den Streik so auf andere Wirtschaftssektoren auszudehnen.

Dabei hatte Orgreave eigentlich zu dem werden sollen, was Sattley bei Birmingham 1972 gewesen war: Der Sieg der NUM über eine den britischen Klassenkompromiss fundamental in Frage stellende Regierung. Gegen die Regierung des Konservativen Edward Heath hatten die Miners die Strategie der »flying pickets« entwickelt und die Stahl- und die Transportarbeiter der Region zu gemeinsamen Streikaktionen und zur Blockade des dortigen Kohlendepots bringen können. Nach Jahren des Lohnstopps konnten so Lohnerhöhungen von 27 Prozent in dem seit 1947 verstaatlichten Kohlebergbau durchgesetzt werden, die als Fatal auch auf andere Branchen übertragen wurden. Wie bedeutsam dieser Sieg war, konnte man noch im Wahlkampf von 1974 sehen. Heath führte diesen unter der Parole: »Wer regiert das Land – die Gewerkschaften oder das Parlament?« – und verlor.

1984 erwiesen sich die Tories jedoch als besser gerüstet. Dies betraf nicht nur die Bildung der gefürchteten Bürgerkriegspolizei, die wie später in einem Untersuchungsausschuss zutage gefördert wurde, zusätzlich von unter Ex-Soldaten, Hooligans und National-Front-Anhängern angeworbenen »inoffiziellen« Schlägertrupps unterstützt wurde, die den Terror in die Bergarbeitersiedlungen trugen. Vor allem politisch hatte sich die Thatcher-Regierung auf die Entscheidungsschlacht gegen die Kumpel, die seit dem Generalstreik von 1926 stets die Speerspitze aller sozialen Auseinandersetzungen



fecht

britischen Bergarbeiter. Die Deindustrialisierung des Mutterlandes des Kapitalismus begann

dargestellt hatten, langfristig vorbereitet. Bereits in der Opposition hatte die erste Frau an der Spitze der Tories Pläne zur Umsetzung des von ihr unter dem Dreischritt »freier Markt, starker Staat, eiserne Zeiten« propagierten Programms zur Revitalisierung des ökonomisch schwächelnden Vereinigten Königreiches nach neoliberalen Muster erarbeiten lassen. Der »Lösung des Gewerkschaftsproblems«, so der Titel der Denkschrift für die künftige Regierungspraxis des Vordenkers des Thatcherismus und späteren Industrieministers, Keith Joseph, sollte dabei neben den Privatisierungen die zentrale Aufmerksamkeit gelten.

Präzisiert wurde das spätere Vorgehen 1978 schließlich von Josephs künftigen Staatssekretär Nicholas Ridley. In dessen Plan, der durch Indiskretionen noch im selben Jahr vom »Economist« veröffentlicht worden war, wurde empfohlen, Sektor für Sektor von Gewerkschaften, Tarifbindungen und Mitbestimmung freizukämpfen, Streikbrecher frühzeitig anzuwerben, die Polizei aufzurüsten und Streikende künftig von Sozialleistungen auszuschließen, um den finanziellen Druck auf diese zu erhöhen. Als »wahrscheinlichstes Schlachtfeld«, auf dem die Kämpfe um das »Neue Britannien« stattfinden würden, machte Ridley wenig überraschend den Bergbau aus. Er empfahl hier zusätzlich die Kohlereserven langfristig aufzustocken, Importabkommen abzuschließen, gegen eventuelle Solidaritätsstreiks der Eisenbahner gewerkschaftlich unorganisierte Lkw-Fahrer anzustellen und frühzeitig die Kraftwerke so umzurüsten, dass sie notfalls auch auf den Betrieb mit Erdöl umgestellt werden könnten.

An die Macht gekommen, begannen die Konservativen umgehend mit den Umsetzungen ihrer Vorhaben. Nachdem im Herbst 1979 trotz regionaler Solidaritätsstreiks der NUM die Stahlarbeiter gemessen an der Inflationsrate Lohnleinbußen von über 20 Prozent und den Abbau von etwa 150.000 Arbeitsplätzen hatten hinnehmen müssen und vor allem die Sozialleistungen im großen Maßstab eingeschränkt worden waren, kündigte das National Coal Board (NCB), die staatliche Bergbauaufsicht, 1981 die Schließung von 23 Gruben an. Noch aber bekam die Regierung den sofort einsetzenden landesweiten Streik der NUM nicht in den Griff. Auf rechtlicher Basis allerdings schuf sie mit dem Employment Act eine

der Grundlagen ihres späteren Sieges. Das Verbot gewerkschaftlicher Organisation im öffentlichen Dienst und von Solidaritätsstreiks, die Begrenzung auf sechs Streikposten pro Betrieb, die Verpflichtung der Gewerkschaften zu Schadenersatzzahlungen an bestreikte Betriebe, die schließlich zur Pfändung der Kassen der NUM führen sollte, und die Absage an das Prinzip des »Closed Shop«, also des Vetorechts der Betriebsräte bei der Einstellung nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, waren Maßnahmen, die es allesamt der Regierung und dem späteren NCB-Chef, Ian MacGregor, ermöglichen sollten, ihren historischen Sieg über die NUM zu erringen.

Nach dem gewonnen Falklandkrieg, in einem Klima eines aufgeheizten Nationalismus, war es dann 1984 so weit. Nun blies Thatcher zum Sturm auf den »inneren Feind«, wie sie, sekundiert von fast allen Massenmedien, die Gewerkschaften nunmehr bezeichnete. Die Kohlehalde, die zu Beginn dieses Jahres bereits 38 Millionen Tonnen gelagert hatten, wurden in wenigen Wochen auf 57 Millionen Tonnen aufgestockt und vier Atomkraftwerke vorzeitig ans Netz genommen, um die Stromversorgung von der Kohle unabhängiger zu machen. Verträge mit den USA, Australien, der Bundesrepublik und sogar der Volksrepublik Polen sorgten dafür, dass im Falle eines Streiks große Kontingente von Kohle nach Großbritannien geliefert werden würden. Am 1. März schließlich verkündete McGregor die Schließung von 25 »unrentablen Minen« und die Einsparung von insgesamt 25.000 Arbeitsplätzen. In einem weiteren Schritt sollten weitere 45.000 Jobs gestrichen, Privatisierungen vorgenommen und langfristig alle Subventionen, vor allem die 1,1 Milliarden Pfund für den Bergbau, zugunsten der Förderung des Nordseeöls und der Weiterentwicklung der Atomenergie abgeschafft werden.

Diesmal gelang es der NUM nicht, einen landesweiten Streik dagegen zu organisieren. In Nottinghamshire, dem nach Yorkshire zweitgrößten Bezirk der Gewerkschaft, verweigerten wie schon 1926 die dort traditionell konservativeren Bergarbeiter mehrheitlich dem Ausstand, auch gelockt durch die bereits unter der Labour-Regierung eingeführten Prämiensysteme in den produktiveren Minen und die Garantie, dass die dortigen Minen von den Schließungen nicht betroffen sein würden.

Auch unterblieben jenseits kurzer Ausstände der Liverpools Docks, der Eisenbahner und der eigenständig organisierten Steiger längerfristige Unterstützungstreiks der anderen Gewerkschaften des TUC, des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften. Vor allem die Verweigerung der mächtigen Stahlarbeitergewerkschaft ISTC, der die NUM 1979 ausgerechnet gegen den damals noch an der Spitze von British Steel stehenden MacGregor zu Hilfe geeilt war, verringerte die Handlungsmöglichkeiten der britischen Arbeiter:innenklasse gegen die Sektor für Sektor abräumenden Reformpläne der Regierung. Und auch die Labour Party, deren Vorsitzender Neil Kinnock beim Parteitag im Herbst die »Gewalt der Streikposten« aggressiv diffamierte, stellte sich demonstrativ nicht an die Seite der 170.000 Streikenden.

Die Hunderttausenden Unterstützer:innen aus sozialistischen Organisationen, Frauen- oder Umweltinitiativen und autonomen Gruppen überall im Land konnten diese Lücke letztlich nicht schließen. Denn trotz der legendären Opferbereitschaft der häufig in den finanziellen Ruin getriebenen Miners, deren Dörfer in einem ständigen Belagerungszustand lagen und von denen 300 zu langen Haftstrafen verurteilt und Tausende verletzt wurden, deren Kindern zeitweise sogar die Schulspeisung verweigert wurde, konnte die relative Schwäche der britischen Bergarbeiter kaum verborgen werden. Das galt zunächst quantitativ. Von den 1,25 Millionen Bergarbeitern Großbritanniens der 1920er Jahre und den immer noch 700.000 im Jahre 1947 waren bei Regierungsantritt Thatchers nur noch 270.000 übrig geblieben. Und auch deren gesellschaftliche Macht war verringert, da sowohl Labour als auch die Konservativen zunehmend auf die Umstellung der Energieversorgung auf Öl und Kernenergie setzten. Diese veränderten »energiepolitischen Konzepte« waren letztlich die »Basis für eine entschlossene konservative Regierung, die Gewerkschaftspolitik im Kohlesektor zu ihren Gunsten zu verändern« und die Bergarbeiter in die Knie zu zwingen, wie Gero Fischer in seiner bis heute maßgeblichen Untersuchung »United We Stand – Divided We Fall« folgte.

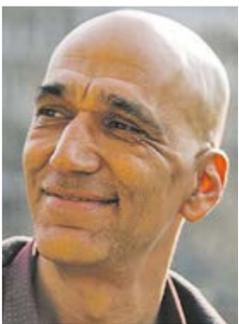
Letztlich war es aber vor allem die Globalisierung der Produktion als Antwort auf die sinkenden Profitraten, die der von der NUM in ihrem »Plan for Coal« vorgesehenen kon-

zeptionellen Mischung aus Importkontrollen und Subventionen im vom IWF mitverwalteten Großbritannien genauso wie in den anderen Industriestaaten die Grundlage entzog. Der Übergang von der Labour Party des Klassenkompromisses zu New Labour, der sich bereits in der Lohnstopp-Politik der Labour-Regierungen der 1970er Jahre abgezeichnet hatte, von Kinnock weitergetrieben und schließlich von Tony Blair endgültig vollzogen wurde, hatte hier seinen Ursprung. Weder die NUM in ihrem letzten Gefecht der alten Arbeiter:innenbewegung noch die nach ihr kommenden Bewegungen der Arbeiter:innen haben auf die Standortkonkurrenz mit ihrer permanenten Infragestellung des bisher gültigen »historisch-moralischen Elements« (Marx) der Lohnhöhen eine adäquate Antwort finden können.

Im Ergebnis ist nicht nur die 1994 endgültig privatisierte britische Kohleindustrie, wie viele andere traditionelle Industriezweige auch, annähernd verschwunden – aktuell gibt es gerade noch 6.000 Bergarbeiter in Großbritannien –, auch die Streikbereitschaft sank dramatisch, wie überall in den OECD-Ländern. Hatte es in den 1970er Jahren noch durchschnittlich 12,9 Millionen Streiktage pro Jahr gegeben, waren es in den 1990er Jahren lediglich noch 660.000. Der von Scargill nach der Niederlage angekündigte »permanente Guerilla-Krieg der Arbeiterklasse« blieb nur ein Wunsch. Direkt nach der Niederwerfung des »längsten, härtesten und wahrscheinlich bittersten Streiks, den die Welt gesehen hat« (Scargill) wurden so die Eisenbahner, Drucker und Hafendarbeiter fast kampfflos zur Schlachtbank geführt. Für die herrschende Klasse wollten die Feste dagegen gar nicht mehr aufhören. Die Vermögensverteilung hat sich, auch dank der von Thatcher, ihrem Nachfolger John Major und Blair betriebenen regressiven Lohnpolitik und der großzügigen Steuersenkungsprogramme, seit Mitte der 80er Jahre permanent zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben. Allein in den drei Jahren nach der Niederlage der Bergarbeiter sank die Lohnquote in Großbritannien um 5 Prozent. Auch dies ein internationales Phänomen, für das neben den USA auch Großbritannien stilbildend war. MacGregor hatte dies alles bereits im März 1985 im konservativen »Sunday Telegraph« triumphierend und martialisch angekündigt: »Jetzt machen wir sie alle fertig.«

»Ich würde der Existenz einer Schwarzen Mittelklasse nicht zu viel Bedeutung beimessen«

Adam Elliott-Cooper und Tahir Della im Gespräch über Kämpfe gegen institutionellen Rassismus in Großbritannien und Deutschland



Adam Elliott-Cooper hat Politikwissenschaft studiert und engagiert sich in zahlreichen antirassistischen Organisationen Großbritanniens, unter anderem bei »The Monitoring Group«, einer Basisgruppe, die sich seit rund 40 Jahren für die Opfer rassistischer Gewalt einsetzt (www.tmg-uk.org). **Tahir Della** ist seit der Gründung 1987 Aktivist der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland ISD (www.isdonline.de) und mittlerweile deren Pressesprecher sowie Fachreferent Dekolonisierung im Berliner Promotorenprogramm »Eine Welt« für Postkolonialismus und Antirassismus. **Sigrun Matthiesen** hat mit den beiden Aktivisten gesprochen.

Sie sind beide für Organisationen aktiv, die sich schon lange mit Rassismus in den jeweiligen Gesellschaften auseinandersetzen. Welche Schwerpunkte gibt gegenwärtig in Ihrer Arbeit, und wie hängt das mit der aktuellen politischen Situation zusammen?

Adam Elliott-Cooper: Ich beschäftige mich gegenwärtig vor allem mit Polizeiarbeit. Schon seit 30 oder 40 Jahren sind Polizei und Justizvollzug immer mächtiger geworden, aber in den letzten Jahren hat es sich noch einmal massiv ausgeweitet: Migration und Bewegungsfreiheit werden zunehmend kriminalisiert. Verstärkt werden auch Angestellte des Gesundheitswesens, Lehrer:innen, Vermieter:innen oder einfach Vorgesetzte zur Überwachung von verdächtigten Menschen ohne Ausweispapiere herangezogen. Außerdem bauen die Behörden umfangreiche Datenbanken von Personen ohne Ausweispapiere oder mit unklarem Immigrationsstatus auf. Wir erleben auch eine Ausweitung des Spielraums der Polizei für Vorladungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen bis zur Anwendung potenziell tödlicher Gewalt gegenüber diesen Personen. Mit genau den gleichen Methoden erweitert die Polizei ihre Macht auch im Bereich der sogenannten »Banden- bzw. Clankriminalität« und nicht zuletzt bei sogenannten »Anti-Terror-Maßnahmen« sowie der Kriminalisierung von Rom:nja und Sinti:zze. Was all diese Formen zunehmender Polizeimacht eint, ist dass sie sich gegen Gruppen richten, die in Großbritannien in unterschiedlichem Maße rassifiziert werden.

Tahir Della: Die ISD besteht jetzt seit 36 Jahren und seitdem versuchen wir deutlich zu machen, wie tief Rassismus in allen gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Das schließt natürlich Polizei und Justiz ein, aber auch den Bildungsbereich oder das Gesundheitswesen. Es gab in der Vergangenheit ja reihenweise Fälle – Stichwort NSU, rassistische Morde in Hanau, die Ermordung von Oury Jalloh –, die deutlich machen, dass Rassismus vor allem ein systemisches Problem ist. Dieser ist nicht davon abhängig, ob es dort eine bewusst rassistische Agenda oder einzelne rassistische Personen gibt. Genau das wird aber suggeriert, wenn jedes Mal von »Einzelfällen« die Rede ist. Was dieses Bewusstsein für strukturellen Rassismus angeht, ist Großbritannien, glaube ich, weiter als Deutschland.

Adam Elliott-Cooper: In Großbritannien ist der Anteil postkolonialer Migrant:innen an der Bevölkerung deutlich größer als in Deutschland, und das hatte wahrscheinlich einen gewissen zivilisierenden Einfluss. Aus den karibischen, afrikanischen, asiatischen und arabischen Communitys heraus hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine anti-rassistische Bewe-

gung entwickelt. Die hat das britische Establishment gewissermaßen gezwungen, die Existenz von institutionalisiertem Rassismus zuzugeben. In Deutschland gab es zwar diese Art der antirassistischen Bewegungen nicht, aber zum Erbe des Nationalsozialismus gehörte die Auseinandersetzung mit einer anderen Art des staatlichen Rassismus. Das bedeutet vielleicht, dass Deutschland antimuslimischen, antischwarzen oder antimigrantischen Rassismus vernachlässigt hat. Obwohl es gezwungen ist, sich mit dem Erbe des Antisemitismus und Faschismus zu beschäftigen. Großbritannien wiederum hat sich zwar in einem gewissen Maße dem Rassismus gegenüber Schwarzen und anderen Gruppen, aber noch längst nicht wirklich den Folgen seiner imperialen Ambitionen und Geschichte gestellt. Darin ähnelt es Deutschland wahrscheinlich.

Tahir Della: Da stimme ich zu, wobei man auch sagen muss, dass die Geschichtsschreibung in Deutschland die Kolonialepoche lange weitgehend ausgeblendet hat. Dazu gehören auch Aktivist:innen aus den Kolonien die in den 1920er Jahren beispielsweise in Hamburg oder Berlin politisch tätig waren. Kolonialmigration hat auch in Deutschland eine Rolle gespielt, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie in England, allein schon aufgrund der Dauer der kolonialen Bestrebungen. Trotzdem werden die Kontinuität zwischen Kolonialepoche, deutschem Faschismus und Nachkriegsepoche ganz klar, wenn man sich etwas gründlicher damit beschäftigt. Der ISD ist es sehr wichtig, uns in der Erklärung rassistischer Verhältnisse auf die koloniale Epoche zu beziehen. Zu zeigen, dass sich bereits in den 1920er Jahren Aktivist:innen aus den Kolonien gegen Polizeikontrollen zur Wehr gesetzt haben, oder sich für ein erweitertes Staatsbürgerschaftsrecht eingesetzt haben, für die Möglichkeit zu arbeiten, sich frei zu bewegen. Diese Themen sind noch immer aktuell und machen deutlich, dass diese Einordnung »Schwarz gleich fremd gleich nicht dazugehörig gleich Gefährder« sich über ganze Epochen hinweg erhalten hat. Das erklärt vielleicht auch noch mal, wie Rassismus in Deutschland etwas anders angelegt ist als in Großbritannien.

Aus der unterschiedlichen Kolonialgeschichte und dem anderen Umgang mit kolonialer Migration resultiert auch, dass es in Großbritannien schon länger eine sichtbare Schwarze Mittelschicht gibt. Welche Rolle spielt die für Ihre Arbeit Herr Elliott-Cooper?

Adam Elliott-Cooper: Diese Mittelschicht existiert bei uns genau wie in den USA und ist überwiegend Teil des britischen Establishments. Die konservative

Partei hat mittlerweile zahlreiche Schwarze und Asiatische Abgeordnete oder gar Kabinettsmitglieder. Aktuell haben wir einen Premierminister, dessen Vorfahren aus Südasien kommen – was ihn nicht daran hindert, eine Politik zu betreiben, die Menschen ohne Papiere deportiert oder an der Überquerung des Ärmelkanals hindert. Da unterscheidet sich seine Politik in keinsten Weise von der seiner weißen Amtsvorgänger:innen. Ich glaube, die Integration einer verhältnismäßig kleinen Gruppe Schwarzer oder asiatischer Personen in die Mittelschicht erzeugt die Illusion von Fortschritt. Darin waren die Briten schon immer gut, auch in ihren Kolonien in Indien oder Afrika vergaben sie Machtpositionen in der Polizei, der Justiz oder als Steuereintreiber an lokale Personen. Dadurch schufen sie die Illusion, das Britische Empire funktioniere weniger rassistisch als andere Kolonialmächte. Etwas Ähnliches sehen wir meines Erachtens heute. Angesichts der weiterhin bestehenden tiefgreifenden Ungleichheiten würde ich der Existenz einer Schwarzen Mittelklasse nicht zu viel Bedeutung beimessen.

Tahir Della: Wir haben aktuell jetzt einige Parlamentarier:innen in Landesparlamenten und im Bundestag sowie Minister:innen. Die stehen natürlich vor der Herausforderung, einerseits der kritischen Zivilgesellschaft Gehör zu verschaffen und sich andererseits einer Struktur anpassen zu müssen, die nicht sonderlich offen für Kritik ist. Das trifft noch stärker auf Menschen zu, die sich im Wirtschaftsleben bewegen, wo sie kleinere Spielräume haben, als ich jetzt beispielsweise als Aktivist. Aber – auch wenn ich persönlich den Aktivist:innen der Kommunistischen Internationale in den 1920er Jahre näher stehe als jemandem, der im Management von BMW oder Siemens arbeitet – auch diese Leute machen sichtbar, dass wir in Deutschland eine wachsende und starke Schwarze Community haben. Wir sind inzwischen, glaube ich, bei 1,2 Millionen afrodiasporischer Menschen, die potenziell zu einer sukzessiven Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Das heißt nicht, dass ich erwarte, dass sie mit uns auf die Straße gehen und politische Kämpfe austragen. Aber sie könnten dazu beitragen, in Strukturen, wo wir als Aktivist:innen gar nicht reinkommen, Debatten anzustoßen – beispielsweise über die Frage, wer gehört dazu und wer muss gehört werden wenn es darum geht, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

Adam Elliott-Cooper: Einverstanden, Pragmatismus ist wichtig und dazu gehört es auch, den Mainstream und die parlamentarische Politik so gut wie möglich zu nutzen. Aber wir dürfen uns auch nichts vormachen: Viele Schwarze

haben die britische Staatsbürgerschaft und gelten als Briten, wenn sie beispielsweise für das Amt des Premierministers kandidieren wollen. Doch wenn sich jemand bestimmte Straftaten zuschulden kommen lässt, wird ihr oder ihm diese »Britishness« wieder abgesprochen. Man kann ihnen die Staatsbürgerschaft aberkennen und sie in ein Land deportieren, in dem sie zwar nie gelebt haben, dessen Staatsangehörigkeit aber ihre Eltern oder Großeltern vielleicht mal besaßen. Zu dieser »bedingten Britishness« passt eine bestimmte Terminologie der Medien, die jemanden als »in Großbritannien geboren« bezeichnen, was einen sehr subtilen Unterschied zu einfach nur »britisch« darstellt. Es steht für »ja, diese Person wurde zwar hier geboren, aber sie ist trotzdem nicht wirklich eine von uns«. Ich glaube, die Zugehörigkeit ist weiterhin an eine bestimmte Loyalität zur britischen Nation geknüpft oder mindestens an die Anpassung an bestimmte Normen.

Ich möchte noch mal auf den Zuwachs rassistischer Polizeimaßnahmen zurückkommen.

Womit erklären Sie das, und inwieweit hängt es mit der ökonomischen Situation beider Länder zusammen?

Adam Elliott-Cooper: Stuart Hall hat dazu 1979 ein hervorragendes Buch mit dem Titel »Policing the Crisis« veröffentlicht. Darin erklärt er, dass in einer Krise des Kapitalismus, die von der Regierung nicht gut bewältigt wird, diese Regierung in den Augen der Wähler:innen an Legitimität verliert. Weil sie nicht für die erwarteten Renten, Arbeitsplätze oder die nötigen sozialstaatlichen Maßnahmen sorgt, oder was die Bevölkerung ansonsten erwartet. Wenn der Staat also nicht willens oder in der Lage ist, die ökonomische Krise zu bewältigen, muss er zum Erhalt seiner Legitimität eine andere Krise in den Fokus rücken. Statt einer Krise des Kapitalismus also eine Krise bei Sicherheit und Ordnung. Indem eine Regierung die bewältigt, verschafft sie sich die nötige Legitimierung bei den Wähler:innen und sichert ihren Machterhalt. Ich finde, das beschreibt exakt die gegenwärtige Situation: Wir haben eine Krise der Sozial- und Gesundheitssysteme, eine Pandemie, eine drastische ökologische und Klimakrise – eigentlich multiple Krisen, mit denen die Regierungen nicht umgehen können oder wollen. Deshalb versuchen sie, eine reale oder imaginierte Krise bei Sicherheit und Ordnung für ihre Legitimationszwecke auszunutzen. Ich finde, das ist in den westlichen Demokratien inzwischen zu einem der mächtigsten Wahlkampfinstrumente überhaupt geworden.

Tahir Della: Das finde ich spannend, denn obwohl die konkreten Krisen und Debatten und ihre



Anlässe in unseren beiden Ländern unterschiedlich sind, beobachten wir identische Mechanismen des politischen Umgangs. Beispielsweise vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine: Vor sechs, sieben Jahren wurde in Deutschland noch behauptet, der Zuzug Geflüchteter, und Migration ganz allgemein, stelle das Land vor unlösbare Herausforderungen. Jetzt ist diese Gesellschaft plötzlich gewillt, Menschen in einer viel höheren Anzahl aufzunehmen, ohne Kontrollmechanismen einzuführen, ohne die Menschen in einem Lagersystem unterzubringen oder vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Einfach nur, weil die Markierung wegfällt, es handele sich um Menschen aus sogenannten »anderen Kulturkreisen«. Über die inneren Logiken derartiger rassistisch durchtränkter Strukturen gibt es aber keine systematischen Debatten. Stattdessen ist die einzige Antwort des Staates, mit repressiven Maßnahmen gegen marginalisierte Gruppen vorzugehen. Er etabliert ein Grenzregime, das nicht Fluchtursachen beseitigt, sondern Menschen auf der Flucht bekämpft und tötet. Innenpolitisch werden Vorfälle wie die Angriffe gegen Rettungskräfte in der

Silvesternacht in Berlin anders eingeordnet, wenn sie von migrantisch gelesenen Menschen ausgeübt werden. Es gibt eine völlig andere, komplett rassistisch durchzogene Einschätzung, welche Konsequenzen das angeblich für die Gesellschaft hat. Der Umgang mit solchen Krisen läuft deshalb letztlich immer darauf hinaus, die Sicherheitskräfte noch besser dafür auszustatten, diese Gruppen noch stärker ins Visier zu nehmen und ihre Rechte weiter zu beschneiden. Meiner Ansicht nach besteht die alles überwältigende Krise darin, dass es in der Politik gar keine Antworten darauf gibt, wie verantwortlich mit Debatten, Konflikten und Krisen umgegangen werden kann. Darunter leiden letztlich immer dieselben Gruppen am stärksten, was sich ja auch in der Pandemie besonders deutlich gezeigt hat.

Was folgt daraus für die Arbeit in Ihren Organisationen?

Tahir Della: Zumindest für Deutschland würde ich sagen, wir nutzen die konkreten Herausforderungen und Konflikte zu wenig dafür, mal eine Systemdebatte zu organisieren. Denn wie Adam richtig sagt, haben wir es ja mit

multiplen Krisen zu tun. Die haben aber alle ihre Ursache darin, dass wir in Systemen leben, die bis heute von der jahrhundertelangen globalen wie lokalen Ungleichheit profitiert haben. Weil das aber nicht mehr so funktioniert, stehen wir vor der Herausforderung, Debatten zu führen, die das System mal in der Mittelpunkt stellen. Statt immer nur auf einzelne Vorkommnisse zu reagieren, müssten wir uns für Zusammenhänge und Ursachen interessieren. Davor schreckt die Gesamtgesellschaft aber immer noch zurück.

Adam Elliott-Cooper: Mein Eindruck ist schon, dass Debatten über Systeme zunehmen. Zum Beispiel dadurch, dass wir in Großbritannien und Deutschland, aber auch den Niederlanden und Frankreich mehr über das imperiale Erbe nachdenken und diskutieren. Das zwingt Europa zuzugeben, dass Rassismus eben nicht entstanden, weil Menschen mit schwarzer und brauner Hautfarbe im Laufe des 20. Jahrhunderts in beträchtlicher Anzahl hier ankamen. Ganz im Gegenteil wurde Rassismus seit 400 Jahren von Europa im Zuge seiner imperialen Ausdehnung in die Welt exportiert. Auf diese Weise lassen sich auch die

rassistischen Strukturen der Institutionen leichter verstehen, die während dieser imperialen Expansion entstanden sind. Egal ob es sich um Institutionen der kapitalistischen Ökonomie handelt oder um politische, staatliche oder auch kulturelle. Mit einem derartigen postkolonialen Verständnis können wir uns besser auf Strukturen konzentrieren statt auf persönliche Vorurteile.

Tahir Della: Ja, und damit wird auch erklärbar, warum die europäischen Mächte sich bislang ihrer imperialen und kolonialen Geschichte nie gestellt haben und für deren bis heute spürbare Folgen Verantwortung übernommen haben. Dann hätten sie nämlich zugeben müssen, dass die Strukturen und Institutionen, die im Laufe dieser 400 oder 500 Jahre entstanden sind, dringend durch etwas Besseres ersetzt werden müssen. »Postkolonial« ist für mich mittlerweile ein bisschen zur Phrase verkommen. Aber wenn tatsächlich Verantwortung übernommen würde für die koloniale Vergangenheit, hätte das ernsthafte strukturelle Konsequenzen für die heutigen Gesellschaften in Deutschland, Großbritannien und anderen europäischen Staaten.



Posttraumatische Störungen

Der Brexit wird den politökonomischen Degenerierungsprozess nicht beenden

HEINZ-J. BONTRUP

Am 18. Juni 2016, fünf Tage vor dem Brexit-Entscheid in Großbritannien, habe ich in der Zeitung »nd« geschrieben: »Die Briten werden nicht aus der Europäischen Union austreten. Am 23. Juni wird auf der Insel die ökonomische Vernunft siegen. Allerdings würde ich auch nicht verzweifeln, sollte es anders kommen. Die neoliberalen britischen Regierungen nerven einfach nur. Die Labour-Partei unter Tony Blair reiht sich da nahtlos ein. Ob Falkland-Krieg oder als Anhängsel der US-Amerikaner im Nahostkrieg, die Briten scheren aus – ohne Rücksicht auf die Europäische Union.«

Die Vernunft siegte am 23. Juni 2016 aber bekanntlich nicht. Das Referendum war jedoch knapp. Für einen EU-Austritt stimmten 51,9 Prozent der Wähler:innen (etwa 17,4 Millionen bzw. 37,4 Prozent der wahlberechtigten Bürger:innen). Für einen Verbleib in der EU 48,1 Prozent (etwa 16,1 Millionen bzw. 34,6 Prozent der Wahlberechtigten). Eine Mehrheit für den Nichtaustritt aus der EU gab es in London, Schottland sowie in Nordirland – und unter den jungen Wähler:innen, die aber überwiegend nicht zur Wahl gingen. Es war ein großer Fehler, den aber offensichtlich bis heute auf der Insel keiner bemerkt hat, das Referendum nicht an ein höheres Abstimmungs-votum als an eine einfache Mehrheit zu knüpfen, z.B. an eine Zweidrittelmehrheit, wie es auch bei Verfassungsänderungen üblich ist. Selbst Gewerkschaften verlangen bei Streik-Abstimmungen wesentlich mehr als nur 50 Prozent, bevor ein Streik beginnen kann.

So konnte dann der damalige Premierminister, David Cameron, von den konservativen Tories, die Brexit-Abstimmung völlig unverantwortlich für seinen polit-egomanischen Machterhaltskurs missbrauchen. Cameron war ab 2013 immer mehr unter politischen Druck geraten. Die Anti-EU-Partei UKIP mit ihrem Anführer Nigel Farage bekam wegen ihrer rassistischen Politik starken Zulauf und auch viele erzkonservative Tories standen nicht mehr hinter ihm. Deshalb verkündete Cameron, selbst EU Befürworter, die Briten bis spätestens 2017 über den Verbleib in

der EU abstimmen zu lassen. Nach der kassierten Niederlage erklärte er dann postwendend seinen Rücktritt und ist heute Investmentbanker und in Skandale verwickelt. Auch Farage verabschiedete sich, selbst nach seinem zerstörerischen Sieg, ohne je Verantwortung dafür zu übernehmen, sofort ins Privatleben. So viel zum Niveau von Politiker:innen.

Der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke von den »Blättern für deutsche und internationale Politik« schrieb kurz nach dem Brexit: »Die Kampagne der Brexiteers basierte auf einem ungeheuren Lügegebäude [unterstützt vom Medienmogul Rupert Murdoch, HJB] – und das ungeachtet der Tatsache, dass es sich um eine Entscheidung handelte, die die Entwicklung Großbritanniens und der EU auf Generationen bestimmen wird. Die neuen Spielertypen können jedoch nur deshalb Erfolg haben, weil sie auf eine infantilisierte Spaßgesellschaft treffen. Diese hat die Unterschiede zwischen Politik und Unterhaltung weitgehend eingeebnet. Wo aber Politik zur bloßen Unterhaltung, zur bloßen Konsumentendemokratie – und zum Wettbewerb der Egomane – verkommt, werden andere, genauer: keine Ansprüche mehr an die Wahrheit gestellt.«

Nach der Wahl war der Kater auf der Insel groß. »Das ganze Land leidet derzeit unter einem Post-Brexit-Trauma. Die britische Gesellschaft ist nach dem Referendum tiefer gespalten denn je«, so 2016 der Ökonom Michael R. Krätke von der Universität Lancaster in Großbritannien. Nach 43 Jahren Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft kam es dann zu einem unwürdigen politischen Geschacher mit der EU. Jetzt musste nämlich die Frage beantwortet werden, wie sich denn konkret der Brexit vollziehen sollte. Unter den Nachfolgern von Cameron als Premierminister, Theresa May und Boris Johnson, beide Tories und neoliberale Hasardeure wie Cameron, dauerte es noch bis zum 1. Januar 2021, bis ein sogenannter »Partnerschaftsvertrag« zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich den endgültigen Austritt aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion besiegelte.

Seitdem kommen die Briten auch politisch im eigenen Land nicht mehr zur Ruhe. Nach dem Rücktritt von Johnson wurde für nicht einmal 50 Tage Liz Truss, ebenfalls von den

Tories, Premierministerin, die dann aber aufgrund ihrer wahnwitzigen Steuersenkungspläne und dadurch ausgelöster Unruhen auf den Finanzmärkten zurücktreten musste und von einem weiteren Neoliberalen und Investmentbanker, Rishi Sunak, abgelöst wurde. Aber auch der wird im nächsten Jahr bei den Unterhauswahlen abgewählt werden und nach kurzer Zeit Geschichte sein. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit musste er den wegen einer Steueraffäre belasteten Generalsekretär seiner Tory-Partei, Nadhim Zahawi, aus dem Kabinett werfen.

Der mit der Einführung des Euros in der EU 1999 vollzogenen Währungsunion war Großbritannien erst gar nicht beigetreten, man wollte auf eine eigene Währung mit dem Pfund Sterling nicht verzichten. Das kann man ökonomisch durchaus nachvollziehen. Denn: Einer europäischen Einheitswährung, die automatisch ein festes Wechselkursregime impliziert, fehlt die Möglichkeit einer nationalen Geldpolitik. Dies hat weitreichende Folgen. So kann durch Ab- und Aufwertungen der Währung kein Einfluss mehr auf die wirtschaftliche Entwicklung im Land genommen werden. Und außerdem geht auch eine ökonomische Abstimmungsmöglichkeit mit der nationalen Fiskalpolitik, also der Staatsausgaben-, Steuer- und Staatsverschuldungspolitik, verloren.

Es gab für die Briten aber wohl auch emotionale und historische Gründe: Vor dem Ersten Weltkrieg war Großbritannien auf der Welt die führende Handelsnation. Die Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalgeschäfte, die man mit der ganzen Welt unterhielt, wurden weitgehend mit dem Pfund Sterling abgewickelt. Dies blieb auch so, bis nach dem Ersten Weltkrieg der Goldstandard zusammenbrach und mit dem Gold-Devisen-Standard das britische Pfund einer Konkurrenz durch die wirtschaftlich stark aufkommenden USA und den US-Dollar ausgesetzt wurde. Jetzt waren zwei Leitwährungen für die Welt maßgebend. Und es kam noch schlimmer für die Briten. In Bretton-Woods (USA), wo 1944 das neue Währungssystem für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen wurde, blieb nur der US-Dollar als weltweite Leitwährung übrig. Konnten bis dahin auch die Briten weitgehend Geld

LINKSVERKEHR

Von 221 Ländern weltweit erklären 59 die rechte Spur zur Überhol-, die linke zur Fahrspur.

Man sagt, es habe an den Rechtshändern gelegen, dass es so etwas wie Linksverkehr gibt. Deren entsprechende Neigung zu Pferd oder mit Kutsche war der Linksverkehr. Wer sein Schwert links am Gürtel trug, bestieg das Pferd von der linken Seite. Die meisten steigen auch heute so aufs Fahrrad. Kutscher saßen am liebsten rechts, damit sie beim Ausholen mit der Peitsche die hinter ihnen sitzenden Fahrgäste nicht aus Versehen trafen. Unsere Vorfahrinnen und Vorfahren fanden Linksverkehr also ziemlich logisch, praktisch und gut.

Die Französische Revolution, namentlich ihr Anführer Robespierre, verordnete Rechtsverkehr. Per Gesetz. Napoleon beherzigte das bei seinen Feldzügen, eroberte auf der rechten Spur und befahl den Eroberten ebenfalls Rechtsverkehr. Österreich weigerte sich, blieb beim Linksverkehr bzw. einem Heidendurcheinander, bis Adolf Hitler einheitliche Straßennutzung befahl. Das Gleiche tat er in der Tschechoslowakei und in Ungarn.

Schweden, weder von Napoleon noch von Hitler okkupiert, blieb bis 1967 beim Linksverkehr. Großbritannien wird ihn auf alle Ewigkeit beibehalten. Vermutlich. Das ist und bleibt eine mindestens königliche, wahrscheinlich vernünftige Entscheidung. Eine Umstellung auf Rechtsverkehr zöge nicht unerhebliche Kosten nach sich. Ampeln versetzen, Schilder austauschen. Leider ist nirgendwo zu finden, wie teuer das Schweden im Jahre 1967 gekommen ist. Und was in der Kosten-Nutzen-Rechnung auf der Habenseite gestanden hat. kg

drucken, so können seitdem nur noch die USA mehr importieren als exportieren und die Negativdifferenz mit selbst geschaffenen (gedruckten) Dollars bezahlen.

Trotzdem kam es auch in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer prosperierenden ökonomischen Entwicklung. Ab etwa Mitte der 1970er Jahre setzte jedoch immer mehr ein Verfall der ökonomischen Verhältnisse ein. Wie in anderen Ländern, auch in der Bundesrepublik, kam es sogar zu einer widersprüchlichen stagflatorischen Entwicklung, dem gleichzeitigen Auftreten von Stagnation mit Arbeitslosigkeit und Inflation. Dies wurde in der Wirtschaftswissenschaft von Neoklassikern und Neoliberalen zum Generalangriff, zum Rollback, auf den bis dahin praktizierten Keynesianismus benutzt. Seitdem wird eine mehr oder weniger weltweit verheerende Austeritätspolitik praktiziert.

Das gilt insbesondere für die neoliberal (radikal) ausgerichtete britische Politik, die auf der Insel seit Margaret Thatcher von allen Regierungen, auch von der Labour-Partei unter Tony Blair, umgesetzt wurde. Es kam zu heftigen Umverteilungsprozessen zulasten der Arbeiterschaft, aber auch des Mittelstands. Profiteur war das von der Politik hofierte international agierende Großkapital. Die Gesellschaften in der EU haben sich so immer mehr in Arm und Reich aufgespalten. Auch hier zahlt Großbritannien, die drittgrößte Volkswirtschaft in der EU nach Deutschland und Frankreich, einen hohen Preis.

Mit der ökonomischen Segmentierung geht gleichzeitig ein starker politischer Rechtsrutsch einher. Die Rechtspopulisten wurden durch den Neoliberalismus mit seinem inhärenten Wirtschaftskrieg aufgewertet und wieder hoffähig gemacht. Sie wettern gegen die EU-Blackbox. Der Brexit ist nur ein Indiz für eine schwerwiegende Verbitterung, Wut und Angst vor der Zukunft, schreibt der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister. »All das findet sich bei den Deklassierten wie auch bei immer breiteren Schichten der Bevölkerung – und es richtet sich nicht zuletzt gegen die Eliten einer neoliberal deformierten EU.« Der Brexit, und das ist das besonders fatale, wird diesen gesamten politökonomischen Degenerierungsprozess in Großbritannien aber nicht beenden. Im Gegenteil: Er wird den Prozess noch nachhaltig verschärfen, wozu auch die ungelösten politischen Probleme und Auseinandersetzungen um die Autonomiebestrebungen von Schottland und Nordirland beitragen werden.

Wenn es auch heute noch schwierig ist, die kausalen Zusammenhänge der ökonomischen Auswirkungen des Brexits zu beziffern, so dürfte die langfristige Prognose aber eher negativ ausfallen. Das britische Pfund ist in Relation zum Euro, ohne Binnenmarktabsicherung, seit dem Brexit allerdings nicht so stark gesunken wie erwartet. Im Trend aber immerhin von 1,27 Euro für ein Pfund Sterling im Juni 2016 auf 1,14 Euro im Januar 2023, um gut 10 Prozent. Der niedrigste Kurs wurde im August 2019 mit 1,09 Euro erreicht. Das war ein Rückgang um gut 14 Prozent. Ähnlich sieht die Entwicklung im Verhältnis zum US-Dollar aus. Ein schwaches Pfund Sterling verteuert die eh schon zu hohen britischen Importe und heizt so die Inflation im Land an. Der Vorteil: Die Abwertung fördert den Export. Dies wird aber das viel zu hohe Leistungsbilanzdefizit Großbritanniens kaum verbessern. Ob hier das Ausland zukünftig den Briten weiter ein Leben über ihren ökonomischen Verhältnissen erlaubt und sie mit Kapital versorgt, das man dringend zur Finanzierung der binnenwirtschaftlichen Nettoinvestitionen benötigt, kann stark bezweifelt werden. Denn neben dem Leistungsbilanzdefizit ist zusätzlich der Staatssektor hoch verschuldet. Er absorbiert bereits einen Großteil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis. Hinzu kommt ein fehlender (weil neoliberal zerstörter) Industriesektor und eine weitgehend abgeschriebene öffentliche Infrastruktur. Verknappte Arbeitsmärkte werden zudem das Wirtschaftswachstum belasten.

In Großbritannien wird man in Zukunft mehr produktiv und innovativ arbeiten müssen und gleichzeitig weniger konsumieren können. Die zusätzlichen Ersparnisse werden im Inland benötigt, was bedeutet, das Leistungsbilanzdefizit ist drastisch zu reduzieren. Kommt es dazu, wird es auf der Insel noch viel ungemütlicher, als es heute schon ist. Jedenfalls für die breiten Massen der Briten. Es sei denn, die vermögenden Briten geben von ihrem Reichtum einen Großteil ab. Aber wer glaubt schon daran.



Eine Quadratmeile pure Wirtschaftskraft

Die Finanzdienstleister in der City of London strukturieren die britische Ökonomie intern wie extern

PHILIP BLEES

Zweikommanen Quadratmeter geben den Ton an: Die City of London im 243.610 Quadratmeter großen Vereinigten Königreich gilt als weltweiter Knotenpunkt des Finanzsystems. Im globalen Finanzzentren-Index steht sie auf Platz 2 direkt hinter New York. Die Bank of England hat hier ihren Sitz, auf dem Parkett der Londoner Börse handeln Tausende Banken, Versicherungsunternehmen und Investor:innen. Dafür legte die Politik schon früh die Grundlage: Die britische Krone verlieh der Gebietskörperschaft über die Jahrhunderte immer mehr Privilegien, spätestens Margaret Thatchers Deregulierung der Finanzindustrie Mitte der 1980er machte sie als entsprechendes globales Zentrum attraktiv. Heute regieren die Finanzunternehmen die City of London. Sogar buchstäblich: Die eigenständige Regierung der »Square Mile«, wie sie mit Blick auf ihre Größe auch genannt wird, besteht zur Mehrheit nicht aus britischen Bürger:innen, sondern ansässigen Unternehmen und Körperschaften, und verfügt unter anderem über eine eigene Polizeibehörde.

Diese politische Besonderheit hängt mit der ökonomischen Position der City of London im Vereinigten Königreich zusammen: Mit der großflächigen Deindustrialisierung des Landes im Zuge von Thatchers neoliberaler Feldzug und der Verlagerung ökonomischer Aktivität in den Dienstleistungssektor gewann das traditionsreiche Zentrum der Weltmacht Großbritannien noch einmal an Bedeutung. Diesen Prozess der Agglomeration um die nationale Hauptstadt kann man in beinahe allen europäischen Ökonomien und sogar weltweit beobachten. Paris stellt beispielsweise unangefochten das wirtschaftliche Zentrum Frankreichs dar. In der Bundesrepublik hingegen wurde der Prozess, der sich auch hierzulande vor den beiden Weltkriegen abzeichnete, durch diese und die nachfolgende Teilung unterbrochen.

Wirtschaftsgeografische Theorien der Agglomeration sehen zwei Kräfte wirken: Agglomerationskräfte, welche einen ökonomischen Kern herausbilden, und Dispersionskräfte, welche eine gleichmäßige Verteilung begünstigen und der Agglomeration entgegenwirken. Von den leidigen Faktoren in geografischen Zentren haben die meisten schon gehört: Mieter:innen protestieren gegen höhere Mieten, die von einer hohen Nachfrage getrieben werden, während auch in anderen Bereichen das Leben in der Großstadt einfach teurer ist. Das Gleiche gilt auch für Unternehmen. Diese müssen sich in

Wirtschaftszentren gegen eine größere Konkurrenz durchsetzen, was weniger konkurrenzfähige Firmen dazu verleitet in die Peripherie abzuwandern. Auf der anderen Seite sprechen jedoch Nachfrage- und Kostenvorteile für die Agglomeration. Bei steigendem Anteil an Unternehmen und Arbeiter:innen an einem Ort vergrößert sich auch der lokale Markt, was wiederum neue Firmen anzieht, da sie so nah wie möglich an den größtmöglichen Märkten sein möchten. Der Prozess verstärkt sich selbst. Zudem sinken auch die Kosten bei einer größeren Ansammlung von Unternehmen. Transportwege werden kürzer, die Auswahlmöglichkeiten an Zwischenprodukten nehmen zu. Das lohnt sich.

Dieser Prozess zeigt sich beispielhaft am Großraum London. Zwischen 1995 und 2005 stieg der Anteil der Metropole am gesamten Bruttoinlandsprodukt des Vereinigten Königreichs um 0,3 Prozent, während er in den nördlichen Regionen abnahm. Zeitgleich lässt sich eine Landflucht aus dem Norden in die Großstadt beobachten.

Doch welche Rolle spielt darin die wiederum kleine City of London mit ihren etlichen Finanzdienstleistern? Sie ist das Tor zur Welt, verbindet den wirtschaftlichen Großraum der Metropole mit den internationalen Finanzmärkten und strukturiert so neben

der internen Agglomeration, deren finanziellierter Wasserkopf sie ist, die britische Wirtschaft auch nach außen. Nur durch die massiven Zahlungszuflüsse in die City of London kann das Vereinigte Königreich seinen Importüberschuss finanzieren. Die Brit:innen geben anders als die Deutschen mehr aus, als sie produzieren. Das resultiert aus einer schwachen Produktion im Land und dem Import grundlegender Waren aus dem Ausland. Der wirtschaftliche Fokus liegt auf dem Dienstleistungssektor, im Besonderen auf den Finanzdienstleistern. Das ist das Ergebnis von Thatchers Vorstoß gegen die keynesianische Industriepolitik, der bis heute nachwirkt. Somit ist das Vereinigte Königreich abhängig vom Rest der Welt und anfälliger für Schwankungen. Nicht ohne Grund entfaltete die sogenannte »Cost of Living«-Krise vor allen anderen europäischen Ländern in Großbritannien ihre Wirkung. Eine industriepolitische Antwort auf diese Krise, wie sie beispielsweise der in London lehrende Ökonom Costas Lapavistas jüngst mit ähnlicher Argumentation begründet, würde Produktion im Inland stärken, die Handelsbilanz ausgleichen und grün investieren. Doch das wäre ein Angriff auf grundlegende Struktur der britischen Wirtschaft: Ein Angriff auf die City of London und ihre Finanzdienstleister.

ANZEIGE

PROKLA

PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktt Themen

- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)
- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)
- Nr. 210: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien (1/2023)

Probeheft anfordern!
 PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de
 Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de

Einzelhefte: ca. 184 S., € 15,-
 ISBN 978-3-86505-907-9

Jetzt auch im
**Digital- und
 Sozial-Abo***
 ab 29,- Euro im Jahr
 * und im Förder-Abo!

BERTZ + FISCHER



Potenzial nicht ausgeschöpft

Die politische Krise, die in Nordirland auf den Brexit folgte, schadet der Region mehr als der Brexit selbst

DIETER REINISCH

Laut Berechnungen des Unternehmensberaters Grant Thornton wird die nordirische Wirtschaft in diesem Jahr um 1,3 Prozent schrumpfen. Daran ist nicht direkt der Brexit schuld. Denn lange Zeit stand die Provinz besser da als andere Regionen des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit. Doch dieser hat Nordirland in eine tiefe politische Krise gestürzt: Seit über einem Jahr hat die Provinz keine Regierung – und wahrscheinlich wird sie auch in den kommenden zwölf Monaten keine bekommen. Denn der Nordirland-Staatssekretär hat erst im Februar die Frist für Neuwahlen zum dritten Mal – diesmal bis 2024 – verschoben. Aufgrund der politischen Krise der Region konnte Nordirland sein wirtschaftliches Potenzial nicht ausnutzen.

Dabei hätte alles ganz anders kommen können: Der damals für den Brexit zuständige britische Kabinettsminister Michael Gove verkündete am 8. Dezember 2020 nach langen und zähen Verhandlungen zwischen London und Brüssel, dass Nordirland am Ende der Brexit-Übergangszeit das »Beste aus beiden Welten« erhalten werde.

Dem war der Abschluss einer Sonderregelung vorausgegangen: das Nordirland-Protokoll. Damit blieb Nordirland nach dem EU-Austritt Großbritanniens im europäischen Binnenmarkt. Die Regelung war notwendig geworden, da das EU-Mitglied Irland durch die auf der gleichen Insel liegende britische Provinz Nordirland die einzige EU-Landgrenze mit dem Vereinigten Königreich aufweist.

Durch das Nordirland-Protokoll wurden Warenkontrollen in der Irischen See notwendig. Doch Nordirland hatte von nun an Zugang zu beiden Märkten: EU und Großbritannien. Auf der erwähnten Pressekonferenz sagte Gove, das Abkommen stelle sicher, dass es keine zusätzlichen Zölle für Unternehmen im Land und »unbeschränkter Zugang für Waren gibt, die von Nordirland nach Großbritannien kommen«.

Zunächst sah es ganz gut aus: Das Centre for European Research in London behauptete im Dezember 2022, dass die britische Wirtschaft aufgrund des Brexits um 5,5 Prozent geschrumpft sei. Während das die Regierung beratende Büro für Budgetverantwortung ebenso davon ausgeht, dass der Brexit in den ersten 15 Jahren nach dem Austrittsbeschluss 2016 das britische Bruttoinlandsprodukt um 4 Prozent schmälere, schien die nordirische Wirtschaft davon nicht betroffen.

Laut den Daten des nationalen Statistikamtes wuchs diese um 1,4 Prozent im dritten Quartal 2021, wogegen jene in Schottland und England nur um 0,9 beziehungsweise 0,6 Prozent zulegte. In Wales sanken die wirtschaftlichen Aktivitäten im selben Zeitraum sogar um 0,3 Prozent. Im zweiten Quartal 2022 betrug das Wirtschaftswachstum Nordirlands 2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, die Region wurde aber von Schottland und England überholt.

Dies lag laut dem Internet-Portal Investment Monitor aber daran, dass die nordirische Wirtschaft während der Pandemie weniger geschrumpft war als jene der anderen Regionen: England, Wales und Schottland holten also lediglich auf.

Der Grund für die besseren Wirtschaftsdaten in Nordirland ist der Zugang zum europäischen Binnenmarkt: Seit dem Inkrafttreten des Nordirland-Protokolls stieg der Handel zwischen Nordirland und der Republik im Süden monatlich auf neue Höchststände an, ebenso wie der zwischen der Republik und Großbritannien: In den ersten neun Monaten des Jah-

res 2022 stiegen die Warenexporte von Irland nach Großbritannien um 2,4 Milliarden Euro auf fast 13 Milliarden Euro, während die Importe um 7 Milliarden Euro auf 17,5 Milliarden Euro im Jahresvergleich zulegten. Auch die Lebensmittelexporte stiegen um 400 Millionen Euro auf 2,86 Milliarden Euro. Die Regierung in Dublin war daher von Beginn an ein starker Unterstützer des in Brüssel ausgehandelten Nordirland-Protokolls.

Seit 2019 ist Nordirland nach London die Region mit den höchsten ausländischen Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich. Die nordirische Wirtschaftsagentur Invest NI kommentierte, der duale Marktzugang der Region habe großes Interesse bei ausländischen Unternehmen geweckt und deren Investitionsangebot gestärkt. Schon zuvor habe man über einen Pool an qualifizierten Arbeitskräften, relativ niedrige Betriebskosten und ein investitionsfreundliches Umfeld verfügt, so Invest NI.

Doch seit die republikanische Partei Sinn Féin (SF) die Wahlen im Mai 2022 gewonnen hat, boykottiert die probritische Democratic Unionist Party (DUP) das Parlament. Eine Frist für Neuwahlen ließ London mehrmals verstreichen. Losgetreten hatte die Krise die DUP, als sie im Februar 2022 aus der Koalition mit Sinn Féin austrat. Die DUP, die jede Sonderstellung Nordirlands ablehnt, fordert die Aufhebung der Regelungen, nach denen die Provinz trotz des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs im EU-Binnenmarkt verbleibt. Die Neuwahlen im Mai verschärfen die Situation weiter, da bei diesen Sinn Féin erstmals in der Geschichte Nordirlands stärkste Partei wurde. Den Republikaner:innen steht nun das Amt des Regierungschefs zu. Die DUP setzt ihren Boykott seither fort.

Laut einer neuen Studie, der »Cost of Living« Pulse Survey, fiel der Anteil nordirischer Haushalte, die ihre Rechnungen ohne Verzögerung zahlen können in den vergangenen sechs Monaten von 56 auf 45 Prozent. Mittlerweile gibt ein Viertel der Nordiren an, dass ihnen nach Zahlung der Rechnungen monatlich nur noch 50 Pfund oder weniger zum Leben bleiben.

Nordirland hätte von der Sonderregelung profitieren können, doch der von den pro-britischen, unionistischen Brexiteers provozierte politische Stillstand verhindert dies. Im Februar verhandelten London und Brüssel eine modifizierte Adaptierung des Nordirland-Protokolls: Waren, die von Großbritannien über Nordirland in die Republik ein-, aber nicht auf den Kontinent weitergeführt werden, sollen von den Kontrollen in der Irischen See ausgenommen werden. Auch werden London und Brüssel in Zukunft eine gemeinsame elektronische Datenbank für die Waren verwenden, die durch Nordirland geführt werden, wodurch der administrative Aufwand für Unternehmen minimiert wird.

Der DUP und anderen Hardlinern wird dies nicht ausreichen: Sie fordern weiterhin eine gänzliche Abschaffung des Nordirland-Protokolls. Dafür haben sie weder in London noch bei der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung Unterstützung. Dennoch boykottiert die DUP die politische Arbeit im Regionalparlament Stormont weiter. Die politische Krise führt daher zu weiterem wirtschaftlichem Niedergang. Statt der besten von zwei Welten ist Nordirland trotz zwei Jahren Brexit-Sonderregelung weiterhin die ärmste Region des Vereinigten Königreichs.

Dieter Reinisch forscht zur Geschichte und Politik Irlands und Großbritanniens und lebt in Galway und Wien. Zuletzt erschien von ihm »Learning behind bars: How IRA Prisoners Shaped the Peace Process in Ireland« bei University of Toronto Press (2022).



Das Ende Großbritanniens, wie wir es kannten

Empire und wirtschaftlicher Liberalismus: Die Insel lebt von Mythen, doch Linke hoffen auf etwas Neues

HOWIE RECHAVIA-TAYLOR*

Die niedrigsten Reallöhne, die höchsten Immobilienpreise, der am wenigsten regulierte Mietmarkt, die höchsten Energierechnungen seit einer Generation sowie eine wieder erstarrende und militante faschistische Rechte: Es ist der perfekte Sturm für die Bewohner:innen jener Insel, die als Großbritannien bekannt ist, und auf den die Linke zu reagieren versucht. Zu Lebzeiten habe ich keine größere Verelendung erlebt.

Welche Antwort hat unsere Regierung auf all das parat? Der reichste Mann im Parlament, unser Premierminister, versucht ein Gesetz zu verabschieden, das Streiks gänzlich verbietet. Die Grenzen werden gesichert und Asylbewerber:innen nach Ruanda geschickt. Öffentliche Proteste sollen mit drakonischen Gesetzen gestoppt werden, die es potenziell verbieten, sich zu versammeln. Und die Mieten steigen weiter um bis zu 70 Prozent, ohne dass versucht wird, sie einzufrieren.

Wir leben also anscheinend mit einer Regierung, die die Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit stark einschränken, die Arbeiter:innenklasse massiv vergrößern und zum Aufstieg des Faschismus beitragen will. Was unsere Regierung jedoch nicht zu verstehen scheint, ist das Politisierungspotenzial, das sich aus der Senkung des Lebensstandards im ganzen Land ergibt. Wie Amardeep Singh Dhilon in einem Bericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung darlegt, bedeutet die »Krise der Lebenshaltungskosten« materiell gesehen »die Ausweitung von Prekarität und Armut auf Teile der Mittelschicht« Damit unterlaufe sie »unbeabsichtigt die Entpolitisierung von Armut im Mainstream-Diskurs«.

Die Arbeiter:innenklasse wächst, und mit ihr eine Linke, die Klassenpolitik intersektional angeht. Viele verstehen, dass es in Großbritannien keinen fortschrittlichen Wandel geben wird, wenn man sich nicht mit dem Erbe des Empire und dem Fortbestehen des Rassismus in unser aller Leben auseinandersetzt. Mehr Rücksichtnahme auf die »vernachlässigten« weißen Arbeiter schreibt sich fast niemand mehr auf die Fahne, selbst ein Gewerkschaftsführer wie der Eisenbahner Mick Lynch nicht.

Infolgedessen sind wir alle im Streik: Lehrer:innen, Krankenpfleger:innen, Postange-

stellte, Akademiker:innen, Grenzbeamte:innen sowie Mieter:innen. Hatten sich die Progressiven nach der Niederlage der Labour Party bei den letzten Parlamentswahlen noch zerstört und ziellos gefühlt, gibt es jetzt ein Momentum, das die Linke wiederbelebt. Selbst wenn die Büros linker Organisationen im Osten Londons aufgrund steigender Mieten räumungsbedroht sind, Krankenpfleger:innen sowie Lehrer:innen vor den Lebensmittelbanken Schlange stehen und trans* Menschen von Faschist:innen ermordet werden.

Unsere Regierung regiert also in einer kollektiven Illusion, mit der sie sich womöglich ihr eigenes Grab schaufelt. Denn die britische Regierungsklasse, einschließlich eines Teils der Labour Party, hat immer geglaubt, dass ihr Sieg über die Achsenmächte den überlegenen moralischen, wirtschaftlichen und politischen Wert britischer Institutionen und Kultur beweist. Das ist natürlich eine Illusion. Großbritannien war nie dazu in der Lage, die angestrebte Lebensqualität aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten. Vor dem Krieg hatte Großbritannien das weltweit größte Empire gebildet und konnte sich in den 1950er und -60er Jahren trotz einiger Verluste weiterhin auf seine »imperiale Gemeinschaft« verlassen, die es mit Wohlstand und wirtschaftlicher Stärke ausstattete. So konnte Großbritannien sich der 1952 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den mit ihr verbundenen Wünschen der liberalen Kapitalist:innenklasse Europas verweigern.

Doch nach dem Ende des Kolonialreichs musste Großbritannien anderswo nach Reichtum und Arbeitskräften suchen, die es ausbeuten konnte. Die teilweise Verschmelzung mit den westeuropäischen Volkswirtschaften, insbesondere nach der Gründung der Europäischen Union 1993 (vier Jahre vor der Übergabe Hongkongs), verschaffte Großbritannien erneut Zugang zu einem Pool von Arbeitskräften. Margaret Thatcher verwandelte das britische Kolonialreich in ein britisches Finanzimperium (nicht, dass Ersteres tot wäre) und in eine Eigentumsdemokratie, die dann im Dienste der Eliten finanzialisiert werden konnte. Nachfolgende Generationen von Tories und Thatcher-Sympathisanten wie Tony Blair haben versucht, den letzten Nagel in den Sarg des britischen Wohlfahrtsstaates zu schlagen und die ewige Herrschaft des Finanzkapitals in Großbritannien zu bestätigen. Der Mythos beziehungsweise die kollektive

Vorstellung von einem Großbritannien, das die Achsenmächte allein aufgrund seines liberalen Charakters besiegt hat, wurde durch den Mythos ergänzt (nicht ersetzt), das Land könne aufgrund seiner neoliberalen Wirtschaft auch innerhalb einer Europäischen Union »allein dastehen«.

Diese kollektive Täuschung bröckelt im Zuge von Brexit, Coronapandemie und der Regierung Truss. Nicht nur hat sich gezeigt, dass die staatlichen Institutionen im Neoliberalismus nicht in der Lage sind, sich um die Bürger:innen und Einwohner:innen zu kümmern. Auch die Idee, Großbritannien sei irgendwie national überlegen, zerbricht.

Worauf können wir als Progressive im heutigen Großbritannien also hoffen? Wahrscheinlich auf eine ganze Menge: Wie uns antikapitalistischen Denker:innen von Karl Marx bis Rosa Luxemburg immer wieder gesagt haben, schaffen die Verarmung und das Wachstum der Arbeiter:innenklasse die Voraussetzungen für einen Kampf, der zuvor aufgrund der Bequemlichkeit der Mittelklasse unmöglich war. Darüber hinaus haben uns anticoloniale Denker von Frantz Fanon bis Stuart Hall gesagt, dass ein Imperium nicht ohne Kampf endet. Das britische Imperium ist nicht einfach am Ende. Es ist ein rassistisches/koloniales System und ein Finanzimperium.

Der Lebensstandard, den unsere Eltern hatten und von dem einige Progressive nostalgisch schwärmen, war das Ergebnis der Umverteilung des aus den britischen Kolonien gestohlenen imperialen Reichtums und nicht etwa einer besseren Politik. Heute stellen sich viele Linke eine Zukunft vor, die nicht auf dieser Art von Ausbeutung beruht. Von Bewegungen, die Reparationen für den britischen Kolonialismus und die Sklaverei fordern, bis hin zum Wachstum Hunderter Mieter:innengewerkschaften, die sich der Idee verweigern, wir müssten alle zu Hausbesitzer:innen werden – viele von uns hoffen, dass der unwiederbringliche Verlust der Mythen zu etwas völlig Neuem führen wird: dem Ende Großbritanniens, wie wir es kannten.

Der Kulturanthropologe **Howie Rechavia-Taylor** lebt in London und ist dort in der Mieter:innengewerkschaft aktiv. Er hat an der Columbia-Universität New York promoviert und beschäftigt sich vor allem mit den Zusammenhängen von Eigentum, Rassismus und Imperien.



Material für Theoriearbeit

Was Karl Marx und Friedrich Engels in England suchten und fanden

INGO STÜTZLE

In England ist immer Wales eingeschlossen, in Großbritannien England, Wales und Schottland, im Vereinigten Königreich jene drei Länder und Irland.« (Karl Marx: »Das Kapital«, Bd. 23, S. 683, Fn. 107)

Im Vorwort zur Erstauflage des »Kapitals« von 1867 schreibt Karl Marx, dass die »klassische Stätte« der kapitalistischen Produktionsweise England ist. Dies sei der Grund, warum er es zur »Hauptillustration« seiner »theoretischen Entwicklung« herangezogen habe. Wer glaube, mit den Achseln zucken zu müssen, so Marx weiter, dem rufe er zu: »Über dich wird hier berichtet!« Sein Hauptwerk »Das Kapital« erschien fast 20 Jahre nachdem er auf die Insel geflüchtet war; die englische Übersetzung des ersten Bandes des »Kapitals« sollte er jedoch nicht mehr erleben. Sie erschien vier Jahre nach seinem Tod im Jahr 1883. Warum fand Marx England so zentral für die Analyse des Kapitalismus, stellte diese aber auf Deutsch an?

England war nicht Marx' Wahlheimat, sondern das Land, das ihn noch aufnahm, nachdem er aus einigen europäischen Ländern ausgewiesen wurde. Seit Ende 1845 war er staatenlos. Die Muttersprache seiner jüngsten Tochter, Eleanor, 1855 in London geboren, lernte er spät: Englisch. In der Schule wurde sie nicht gelehrt und im Gegensatz zu seiner Frau, Jenny Marx, hatte er keinen Privatunterricht. Französisch war seine Passion. Selbst die Klassiker der Politischen Ökonomie, Adam Smith und David Ricardo, las und exzerpierte Marx zunächst in französischer Übersetzung – im Pariser Exil. Bis zu einem Studienaufenthalt im Sommer 1845 findet sich in seinen Exzerpten kein einziges englischsprachiges Buch. Diese Studienreise unternahm Marx mit Friedrich Engels – nach dem Verbot der »Rheinischen Zeitung«, die Marx leitete und vor den Revolutionen und demokratischen Massenbewegungen, die 1848 fast ganz Europa erfassten. Was man sich heute kaum mehr vorstellen kann: Der Aufenthalt galt der Lektüre. Viele Bücher gab es auf dem Festland weder käuflich zu erwerben noch in Bibliotheken. Kopiergeräte existierten nicht, also lasen und exzerpierten Marx und Engels gemeinsam über mehrere Wochen Bücher aus diversen Bibliotheken und Leihgaben sozialistischer Kampfgefährten.

Engels hatte einen anderen Werdegang, wengleich auch er nach der gescheiterten Revolution nach England emigrierte. Aber nicht in Armut und Ungewissheit wie Marx, sondern in die Chefetage einer Fabrik. Auch konnte er schon fließend Englisch. Schon lange schwebte Engels' Vater vor, dass »Ermen & Engels« ein geachtetes deutsch-englisches Familienunternehmen werden sollte, geleitet von den Söhnen. Bereits im Frühjahr 1840 hatte Engels' Vater den angehenden Kaufmann Friedrich auf eine Reise nach England mitgenommen. Ende März 1841 beendete dieser zwar seine Lehre im Handelshaus Heinrich Leupold in Bremen, aber

sie war für die ihm zugedachte Zukunft nicht ausreichend. Er sollte in Manchester »English commercial methods« erlernen: Kalkulationen, Preise, Geschäftspraktiken, Maschinenparks, Technologien, um diese recht schnell nach Engelskirchen zu bringen – so die Idee des Vaters. Der junge Friedrich Engels sollte als »General Assistent« Peter Ermen in Manchester zur Seite stehen, davor jedoch Land und Leute kennenlernen. Von Anfang Dezember 1842 bis Mitte August 1844 lebte er in England. Die Berichte aus dieser Zeit sind weniger schmeichelhaft. Peter Ermen gab zu Protokoll: »Er arbeitete so wenig für die Firma, wie er sich leisten konnte, und verbrachte seine meiste Zeit auf politischen Versammlungen und mit dem Studium der sozialen Zustände Manchesters.« Das stimmt natürlich nicht ganz, denn nach zehn Stunden Arbeit besuchte er sogar noch die Nachtschule, um sein Englisch zu verbessern. Diesen Aufenthalt nutzte er aber auch, seine Sozialstudie »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« auszuarbeiten, die 1845 erschien, eine Arbeit, die Marx immer wieder in höchsten Tönen lobt. In einem zu Lebzeiten nicht publizierten Manuskript heißt es: »Die beiden Schriften von Dr. Ure und Friedrich Engels sind unbedingt die besten über das Fabrikssystem und beide dem Inhalt nach identisch, nur das Ure als Knecht dieses Systems ausspricht, als innerhalb des Systems befangener Knecht, was Engels als freier Kritiker.«

Was Engels in seinem Buch dokumentierte, war jedoch keine Analyse des Kapitalismus, sondern Material, das Marx für die Illustration seiner »theoretischen Entwicklung« im »Kapital« verwendete, wie er sich ausdrückt. Dennoch war es nicht nur Engels' Buch, das Marx für sein »Kapital« zur Rate zog, sondern er profitierte über Jahre auch von dessen Praxiswissen. In den vielen Briefen, die sie austauschten, erkundigte sich Marx immer wieder nach Praktiken in der Buchhaltung oder nach Berufsbezeichnungen und maschinellen Vorgängen. Aber nicht nur das: Marx besuchte sogar einen Kurs an der »Royal School of Mines«, bei Professor Robert Willis, um mechanische Prozesse im Bergbau besser zu verstehen.

England war jedoch nicht nur industrieller Vorreiter, sondern die koloniale Weltmacht und kapitalistische Avantgarde auch in anderen Bereichen. Nicht zuletzt aufgrund des entwickelten Bankensystems, in dessen Zentrum die Bank of England stand, mit dem britischen Pfund als Weltgeld, was wiederum Kapital anzog, das sich dank der modernen englischen Industrie optimal verwerten ließ. England war um die Mitte des 19. Jahrhunderts also der ideale Ort, um darüber nachzudenken, was den Kapitalismus eigentlich kapitalistisch macht.

England war auch Ursprungsland der kapitalistischen Logik. Damit ist nicht die Erfindung der Dampfmaschine gemeint. Damit diese neue Antriebstechnik überhaupt ihren Zweck erfüllen konnte, bedurfte es zweier Voraussetzungen: des modernen Eigentums und einer Produktionstechnik, an der man die industri-

elle Revolution tatsächlich festmachen kann. Modernes Eigentum ist nicht allein durch das Recht bestimmt, Dritte von Nutzungsrechten ausschließen zu können, sondern Eigentum ist zentrales Moment des ökonomischen Reproduktionsprozesses, der Akkumulation. Die Spezifik des kapitalistischen Eigentums ist, dass sich auf seiner Grundlage die Bewegung G-G' vollzieht, dass aus vorgeschossenem Geld mehr Geld wird, sich Kapital verwertet. Dafür bedarf es jedoch Eigentumslose, die gezwungen sind, im Dienst des neuen Eigentums zu arbeiten – als Lohnabhängige.

Der Scheidungsprozess vollzog sich im Bereich der Agrikultur, auf dem Land, schaffte Grundeigentümer auf der einen und doppelte freie Lohnarbeiter auf der anderen Seite. Dieser Prozess revolutionierte die Eigentumsverhältnisse. Im Zuge der Einhegung und der Zerstörung der Gemeingüter, der Enteignung der Bauernschaft von Grund und Boden, wurde die moderne Form des Privateigentums durchgesetzt, die ökonomische Voraussetzung dafür organisiert, dass die eigene Arbeitskraft verkauft werden musste. Marx nannte diesen Prozess ironisch die sogenannte ursprüngliche Akkumulation und sah England lange als das Land, in dem der Prozess in idealtypischer Weise stattgefunden hatte.

Diese Voraussetzung ermöglichte laut der Historikerin Ellen Meiksins Wood eine Dynamik, die in den spezifisch englischen Bedingungen gründete, der Dreierkonstellation aus Grundeigentümern, Pächtern und Lohnarbeitern. »Pächter waren gezwungen, nicht nur auf einem Markt um Konsumenten zu konkurrieren, sondern auf einem Markt für den Zugang zu Land.« Diese Konkurrenz um Land brachte den Zwang, möglichst gute Renten zahlen zu können, was durch die Erhöhung der Produktivität ermöglicht werden sollte.

Aus dem Markt als Möglichkeit wurde ein Imperativ. Um in der Konkurrenz mithalten zu können, wurde die Steigerung der Produktivität das zentrale Mittel. Sie ist aufs Engste mit dem Begriff der industriellen Revolution verknüpft. Was macht diese aus, wenn es nicht die Dampfmaschine ist? Der Technikhistoriker Acoş Paulinyi argumentiert, aufbauend auf Marx, dass die Produktionstechnik den Ausschlag gibt, nämlich die Ablösung der Hand-Werkzeug-Technik durch die Maschinen-Werkzeug-Technik – und zwar nicht nur punktuell, sondern als vorherrschendes Prinzip. Den unmittelbaren Produzenten wurde also das Werkzeug »aus der Hand« genommen, ihre Arbeitsqualifikationen entwertet. Erst indem das Werkzeug selbst Teil einer Maschinerie wurde, konnte die Antriebskraft (Dampfmaschine) den Arbeitsprozess in einem Maße beschleunigen, die mit Handarbeit niemals denkbar gewesen war – ein Prozess der sich in England zwischen 1760 und 1860 vollzog. Dieser Paradigmenwechsel in der Produktionstechnik markiert die industrielle Revolution; das Elend, das sie produzierte, zeigte Engels in seinem Buch von 1845.

PLANWIRTSCHAFT IS POSSIBLE

Kulinarisch ist Eipulver möglicherweise eine etwas zweifelhafte Angelegenheit. Aber, Trekking-Fans können es bestätigen, verglichen mit echten Eiern hat es eindeutige Pack-Vorteile. Exakt aus diesem Grund wurde es während des Zweiten Weltkriegs erfunden, und zwar in Großbritannien. Dort, wo zuvor 70 Prozent der Lebensmittel importiert worden waren, benötigte man zwischen 1939 und 1945 den Schiffsladeraum überwiegend für Waffen und Militärausrüstung. Also verlegte sich die britische Regierung auf Planwirtschaft in einem heute kaum vorstellbaren Ausmaß und mit Gründlichkeit. Der Bedarf der Bevölkerung wurde kalkuliert – 2.800 Kalorien pro Kopf und Tag –, dann berechnete man wie der verfügbare Laderaum der Schiffe dafür optimal genutzt werden könnte. Hierbei stellte sich heraus: In 1.000 Kubikfuß Schiffsraum konnten 83.000 Zuckerkalorien, über 100.000 Fettkalorien und 56.000 Getreidekalorien transportiert werden – aber nur 12.000 Kalorien, wenn frische Eier verschifft werden sollten. Also: Eipulver. Um daraus und aus den anderen nahrhaften platzsparenden Rohstoffen Nahrung herzustellen, verließ sich die britische Planwirtschaft auf das existierende privatwirtschaftlich organisierte Produktions- und Handelssystem. Das allerdings vermochte sie eben durch die staatliche Zuweisung nicht nur der knappen Rohstoffe, sondern auch der ebenso knappen Arbeitskräfte ziemlich effektiv zu steuern. Wenn auch mit einigem Personalaufwand: 1943 waren 39.000 Menschen im neu geschaffenen Ernährungsministerium beschäftigt. Neben den rationierten, aber auch garantierten kalkulierten Mindestkalorien gab es für die Konsument:innen ein Punktekonto, mit dem sie nach eigenem Gutdünken umgehen konnten – im Rahmen der standardisierten, weil auf Materialeinsparung angelegten Produktion von Kleidung oder Möbeln. Ältere Brit:innen, vor allem aus den ärmeren Schichten, erinnern sich bis heute mit Wehmut an diese Zeit. Sie und ihre Familien hatten nämlich oft mehr zu essen als in der Vorkriegszeit, wo fast ein Drittel der Bevölkerung als dauerhaft unterernährt gegolten hatte und von so etwas wie der nun eingeplanten wöchentlichen 500-Gramm-Fleischration nur hatte träumen können. *sim*

Für Marx hingegen war England der ideale Ort für die Analyse des Kapitalismus, weil dort die bürgerliche Gesellschaft in Form der Wissenschaft »Politische Ökonomie« bereits früh begann, Anschauungen von sich selbst zu erarbeiten. Deshalb musste Marx trotz der Studienreise von 1845, wie er es 1859 rückblickend ausdrückte, »ganz von vorn wieder anfangen« und sich »durch das neue Material kritisch« durcharbeiten, weil das »ungeheure Material für Geschichte der politischen Ökonomie, das im British Museum aufgehäuft ist« einen günstigen Standpunkt für die Beobachtung der bürgerlichen Gesellschaft gewährte. In den 1850er Jahren war Marx noch ganz eingenommen davon, dass England den Fortschritt in die Welt trägt – und sei es als brutale Kolonialmacht. Das lässt sich in seinen Artikeln für die »New York Daily Tribune« (NYDT) nachlesen. Dieses »Zeitungsschmier« (Marx), mit dem er sein Lebensunterhalt verdiente, war es auch, das ihm zunehmend ein schriftliches Englisch abverlangte. Erst ab Januar 1853 begann er, seine Artikel für die NYDT auf Englisch zu schreiben, nachdem sie Engels zuvor übersetzt hatte. Dieser schreibt anerkennend: »Je t'en fais mon compliment. Das Englisch ist nicht nur gut, es ist brilliant.«

Marx sah lange in der englischen Entwicklung die Zukunft für andere Länder, die Dynamik betrachtete er als alles andere als zufällig. Das änderte sich in den 1870er Jahren, seine Aussagen waren jedoch Anlass für kritische Fragen, deren Beantwortung ihm alles andere als leichtfiel. So konfrontierte die russische Revolutionärin Wera Sassulitsch Marx kurz vor seinem Tod mit seinem Satz zu England aus dem »Kapital« und fragte, was das für Russland bedeute, einem Land, in dem etwa die Dorfgemeinde eine soziale Eigentumsform darstelle, die noch nicht von der kapitalistischen Logik vereinnahmt sei. Marx' »Kapital« wurde bereits 1872 ins Russische übersetzt. Es war die erste fremdsprachige Ausgabe überhaupt. Somit prägte diese den Diskurs des radikalen Milieus in Russland, wenn auch viele im Exil lebten und, wie Sassulitsch in Genf, das »Kapital« auch auf Deutsch oder Französisch hätten lesen können. Die Briefe an Marx formulierte Sassulitsch auf Französisch, der wiederum in der gleichen Sprache antwortete und auch die französische »Kapital«-Ausgabe zur Beantwortung der Frage heranzog.

In der 1. und 2. Auflage des »Kapitals« schreibt Marx noch davon, dass die Geschichte der »Expropriation der Arbeiter von Grund und Boden« als Grundlage der sogenannten ursprünglichen Akkumulation »in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung« annehme und nur in England ihre »klassische Form« besitze. In der französischen Übersetzung spricht er nicht mehr allgemein von »verschiedenen Ländern«, sondern von den »pays de l'Europe occidentale« (den westeuropäischen Ländern) und vermeidet den Ausdruck »klassische Form« für England. Gegen Ende des Lebens gewinnt zudem der sich in den USA entwickelnde Geld- und Kapitalmarkt zunehmend für Marx' Analyse an Bedeutung, wie auch die Peripherie für ihn nicht mehr nur defizitär gegenüber der kapitalistischen Entwicklung ist. Keine zwei Jahre vor seinem Tod kündigt er schließlich an, das »Kapital« grundlegend umzuarbeiten. England berichtet nicht mehr von unserer Zukunft.

Und Engels? Auf die Frage August Bebel, ob er nach dem Ende des Sozialistengesetzes, das im Herbst 1890 der Sozialdemokratie endlich wieder erlaubte, legale Strukturen und Publizistik zu haben, wieder nach Deutschland komme und der sozialistischen Bewegung zur Seite stehe, präsentierte Engels ganz ungewohnte Vorteile des englischen Exils: »Seit dem Ende der Internationale ist hier absolut keine Arbeiterbewegung außer als Schwanz der Bourgeoisie, Radikalen und für kleine Zwecke innerhalb des Kapitalverhältnisses. Also hier allein hat man Ruhe für theoretisches Weiterarbeiten.«

Ingo Stütze ist Mitglied der PROKLA-Redaktion und betreut die Marx-Engels-Werke beim Karl-Dietz-Verlag.



Riff-Raff

Es gibt wenige Filmmacher wie Ken Loach, den britischen Meister des Sozialrealismus

KATHRIN GERLOF

Esther könnte die Hauptrolle in einem Film des britischen Regisseurs Ken Loach bekommen. Drehte er einen Film über eine Pflegerin, die aus dem Nachtdienst in ihre Erdgeschosswohnung bei den Garagen kommt. Die nicht einschlafen kann und deshalb noch ein Bier trinkt. »Sie sorgt sich heute Nacht um die Welt. Sie sorgt sich pausenlos. Sie hat keinen Schimmer, wie sie das bloß rausbekommt aus ihrem Hirn.«

Aber Esther ist eine Erfindung der britischen Lyrikerin und Rapperin Kate Tempest. Geboren 1985 in London, 49 Jahre jünger als Ken Loach. Tempest hat Esther und sechs anderen Menschen in »Let Them Eat Chaos« (Sollen sie doch Chaos fressen) eine wütende und zugleich sehr lyrische Hommage gewidmet. Ken Loach hat in den meisten seiner Filme Menschen in den Mittelpunkt gestellt, denen nur selten die Hauptrolle zugeacht ist. Obwohl sie die Hauptarbeit machen. Den Reichtum schaffen, der anderen zukommt, den Überfluss produzieren, den andere konsumieren, die Kohle fördern, die andere scheffeln, die Schecks zustellen, die andere einlösen, die Häuser hochziehen, die andere verscherbeln, die Kinder großmachen, die andere ausbeuten, wenn sie groß geworden sind.

Tempest lebt in einer Welt, die Loach in den meisten seiner Filme als Missgeburt vorwegnimmt oder beschreibt. Er ist ein Dinosaurier. Nicht des Alters wegen – das auch –, sondern weil er immer noch analog Filme macht. Zum Beispiel. Das Lineare des analogen Schnitts gebe ihm ein besseres Gefühl für Rhythmus, sagt er. Vor allem aber, weil er immer noch Filme macht, in denen das Proletariat, Prekariat ist der genauere Begriff, die Geschichte erzählt. In Büchern über Film und bei Wikipedia steht, er habe den italienischen Neorealismus zu einem britischen Sozialrealismus weiterentwickelt.

Am Anfang, ganz am Anfang, war es sogar so, dass dieser Sozialrealismus unmittelbar etwas bewirkte. »Cathy Come Home« entstand 1966, wurde im Fernsehen ausgestrahlt, und handelt von einem Paar, das unverschuldet erst arbeits-, dann obdachlos wird. Die gemeinsamen Kinder werden von den Sozialbehörden in Obhut genommen. Die Empörung des Publikums führte tatsächlich zu einer Gesetzesänderung, so dass Familien in einer solchen Situation nicht mehr getrennt werden durften. So etwas ist heute undenkbar.

Wie auch gegenwärtig undenkbar ist, dass in Kunst und Kultur (der sogenannten ernsten und der zur Unterhaltung) jene Menschen, die eine Gesellschaft und die Wirtschaft tragen, das Zentrum ausmachen, den Inhalt bestimmen, die Ausdrucksform prägen, die Helden sind.

Vor knapp zehn Jahren resümierte Loach in einem Interview lakonisch, es sei in den Sixties sexy gewesen, links zu sein. »Überall liberale,

progressive Strömungen. In den 70ern wurden sie ausgebremst, in den 80ern kam Margaret Thatcher. Die Radikalität wich der Regeneration des Kapitals.« Vielleicht ließen sich noch die Brüder Dardenne (Belgien) nennen, die mit Filmen wie »Zwei Tage, eine Nacht« oder »Das Kind« Menschen ein Denkmal setzen, die ansonsten unsichtbar sind.

Für Ken Loach kam der Durchbruch mit dem Film »Kes« – aber dies soll keine Filmerzählung sein. Der 15-jährige Billy Casper ist trotzdem immer ein Topos geblieben. In ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, Außenseiter, die Zukunft im Bergwerk scheint schon festzustehen, durchbricht der Junge die Trostlosigkeit des Seins mit Hilfe eines jungen Falken, den er raubt und abrichtet und dem er den Namen Kes gibt. Kein Happy End. Wie auch?

In den Augen vieler sind die Hauptfiguren bei Ken Loach »Riff-Raff« (Gesindel). Titelgebend für den 1991 entstandenen Film über Arbeiter auf einer Baustelle am Rande Londons. Allesamt Underdogs, die einander andauernd ein Bein stellen und zu übervorteilen versuchen und gleichzeitig zusammenhalten wie Pech, weil sie den Chefs stinken wie Schwefel. Wird als Komödie gehandelt, was ein wenig krass ist, aber Schublade taugen eh nicht fürs Leben. Am Ende jedenfalls fackelt Stevie, die Hauptfigur, die Baustelle (ein einstiges Krankenhaus, das zu Luxuswohnungen umsanziert wird) ab.

Im Januar 2023 erschien beim Verlag S. Fischer ein schmales Bändchen mit dem Titel »Gespräch über Kunst und Politik«. Darin reden der Autor Édouard Louis (55 Jahre jünger als Ken Loach) und der Regisseur über die Möglichkeiten der Kunst, ins Politische einzugreifen. Der Junge widmet sich in seinen Büchern auto- und familienbiografischer der Frage, wie sehr Herkunft aus und Aufwachsen in sozial prekären Lebenswelten prägt, der Alte beschreibt in seinen Filmen vor allem, wie sich Ausbeutungsverhältnisse in die Körper einschreiben und welche Kraft den Ausgebeuteten und Verfemten innewohnt. Beide stellen die Frage, welche Auswirkungen der Sieg des Neoliberalismus in ihren jeweiligen Ländern hat.

Hat man die Bücher gelesen und die Filme gesehen, ist dies kein überraschendes Gespräch. Die Befunde der beiden sind fast deckungsgleich. All die Bemühungen, der Armut zu entfliehen oder in und trotz Armut um Würde zu kämpfen, sind ihnen Symptome einer Systemfrage.

Im öffentlichen Diskurs, sagt Ken Loach, kämen die Probleme, denen Menschen im Alltag begegnen, nicht mehr vor, denn der politische Raum sei vergiftet. Und der immer noch lebendige Trotz ist in Loach sagt: »Ich denke, wir müssten uns diejenigen, die an der Macht sind, vom Hals schaffen. Sie werden sich nie ändern.«

Diese Haltung wohnt den Filmen inne. Die damit auf ihre Art schwarz-weiß sind, obwohl sie einer Verklärung jener Ausgebeuteten und Ausgegrenzten abhold bleiben. Das ist kein Widerspruch. Denn »Moral ist Glückssache und

setzt die Deckung der wichtigsten Lebensbedürfnisse voraus«, schrieb Dietmar Dath in »Maschinenwinter«. Das stimmt in die Ewigkeit.

Und so beginnt einer der schönsten Filme von Ken Loach, »Raining Stones«, auch damit, dass zwei Arbeitslose, von denen der eine sich in den Wunsch verbissen hat, seiner siebenjährigen Tochter ein nagelneues Kommunionkleid zu kaufen, damit sie schön aussieht und glücklich sein kann wie alle anderen, versuchen, ein Schaf zu stehlen, um es später an einen Schlachter zu verkaufen, der ihnen klar macht, dass sie sich einen alten Schafbock geschnappt haben, den wohl niemand wird essen mögen.

Ken Loach ist altmodisch. Auf eine Art, die wirklich fehlt und Teil des Dilemmas ist. »Empathie entsteht aus Solidarität, oder? In dem Augenblick, wo Sie imstande sind zu sagen: »Dieser Kampf ist nicht unbedingt meiner, er betrifft mich nicht direkt, aber ich trete aus Solidarität mit dieser Bewegung in Streik.« In dem Augenblick, wo Sie zu anderen sagen: »Okay, euer Streik, ihr habt absolut recht, die Probleme, die ihr angeht, werden uns irgendwann alle betreffen, es sei denn, wir schließen uns euch und eurem Kampf an. Und dann können wir unsere Kraft als Klasse einsetzen.«

In vielen seiner Filme hält mindestens einer eine Rede darüber, warum es so wichtig ist, in die Gewerkschaft zu gehen. Nachdem Margaret Thatcher die Gewerkschaften Großbritannien hingerichtet hat, klang dies zugleich wie ein Abgesang und eine Beschwörung. In späteren Filmen ist die Resignation spürbar. 2016 kommt »Ich, Daniel Blake« in die Kinos. Blake, ein Zimmermann mit kaputtem Rücken, dem die Sozialhilfe verweigert wird, stirbt am Ende in den Toilettenräumen des Sozialamtes. Das funktioniert als Gleichnis, denn in den Sozialämtern der einstigen Wohlfahrtsökonomien ist man immer allein. Keine Gewerkschaft, die für einen kämpft, schließlich ist man arbeitslos. Best friends sind die Ehrenamtlichen bei der Tafel und in der Suppenküche.

Die vorbereitete Rede kann Blake dem Mann oder der Frau hinter dem Schreibtisch des Amtes nicht mehr halten. Sie wird die Grabrede, die eine Freundin spricht.

»Ich bin ein Mensch und kein Hund. Als solcher verlange ich mein Recht. Ich verlange respektvollen Umgang. Ich, Daniel Blake, bin ein Bürger. Nicht mehr und nicht weniger.«

Und Kate Tempest lässt Esther sagen: »So läuft das: Schufte zeitlebens für einen Hungerlohn, wenn's gut läuft, wirst du Abteilungsleiter, bettle um eine Gehaltszulage und streich die gehaltlosen Tage aus deinem Playmate-Kalender.«

Louis, Édouard; Loach, Ken: »Gespräch über Kunst und Politik«, S. Fischer 2023.

Tempest, Kate: »Let Them Eat Chaos. Sollen sie doch Chaos fressen«, edition suhrkamp 2018.

Rule, Britannia!

Wie englische Handelshäuser und Reedereien den globalen Seehandel unter ihre Kontrolle brachten

ANDREAS WASSERMANN

Wer die Wurzeln des globalen Kapitalismus sucht, beginnt in London, und beginnt lange vor der Industrialisierung, der Dampfmaschine, Friedrich Engels' Fabrik-Erfahrungen in Manchester und Karl Marx' Lesestunden im ehrwürdigen British Museum. Genau genommen beginnt die Suche in einem kleinen Kaffeehaus in der Tower Street zu einer Zeit, als der bittere Aufguss aus zerstampften Bohnen des enzianartigen Rötengewächses zum ersten Mal hip war, ein Schiffsausrüster mit 27 Fässern Schwarzpulver versehentlich die halbe City in die Luft jagte, und vermögende Kaufleute einen Putsch gegen den englischen König finanzierten, um einen fürs Geschäftsklima freundlicheren Throninhaber zu installieren.

Jenes Londoner Café, benannt nach seinem Gründer Edward Lloyd, war Ende des 17. Jahrhunderts ein beliebter Treffpunkt von Kaufleuten und Reedern, Glücksrittern und Spekulanten – eine Bühne fürs frühe Finanzkapital. Den Londoner Geldadel zog es vor allem in Edward Lloyds Kaffeestube, weil hier die brandneuesten Nachrichten über Schiffsunglücke, sichere Atlantikrouten oder gefährliche Piratennester kursierten. Bald wird der Kaffeebrauer sein Insiderwissen nutzen für den Einstieg ins maritime Business. Edward Lloyd und seine Nachfahren werden mit dazu beitragen, den frühen Welthandel zu revolutionieren.

Lloyd wurde mit der Versicherung von Schiffen und ihrer Fracht reich und ein Symbol des Aufstiegs Englands zu einer der führenden Wirtschaftsnationen. Denn jener Aufstieg basierte auf Schiffen, die alle Weltmeere kreuzten; auf Handelsflotten, die nach England transportierten, was der Neuen Welt auf der anderen Seite des Atlantiks abgeluchst, abgepresst oder schlichtweg geraubt wurde; und auf Seestreitkräften, die die Schiffe der Mitbewerber auf diesen neuen Märkten versenkten oder ihre Häfen in Schutt und Asche legten.

Die Herrschaft zu Wasser sollte schnelle Profite auf der britischen Insel sichern. Die Modernisierung von Produktion, Vertrieb und Rechnungswesen beschleunigten die maritimen Geschäfte ebenfalls. Und nicht zuletzt legte der schrankenlose Seehandel den Grundstein für den Finanzplatz London und jene Methoden der Profitmaximierung, die angelsächsische Finanzinvestoren so gewandt hinter gediegener Herrenclub-Smartness zu kaschieren wissen und die 2008 schließlich die globalen Finanzmärkte kollabieren ließen.

Bereits im 18. Jahrhundert wurde der globale Seehandel in einer Art und Weise zum Geschäft, die ein wenig an absurde Zins-Wetten aus der Hochzeit des Kasinokapitalismus erinnert. Das Zauberwort damals hieß »Bodmereivertrag«. Investoren liehen Reedereien oder Handelshäusern Geld für aufwendige und lange Seereisen, die nach erfolgreicher Rückkehr und lukrativen Geschäften entsprechend hoch verzinst wurden. Allerdings profitierten die Investoren auch dann, wenn die Reise scheiterte, das Schiff sank oder von Piraten überfallen wurde. Denn die Darlehensverträge waren in Regel rückversichert.

Die Versicherung musste zahlen, wenn das Schiff und die Ladung verloren gingen. Die Kosten für die Versicherungspolice waren dabei in den Darlehen bereits eingepreist. Für den Geldgeber rentierte sich das Geschäft auf jeden Fall. Investoren, die besonders clever waren, liehen sich das Geld dort, wo die Zinsen deutlich niedriger waren als in England, und konnten so ihren Deal machen, ohne eigenes Geld und Vermögen angreifen zu müssen. »Wir haben es hier mit einer Übertragung der damaligen Börsenpraktiken, deren Quintessenz darin bestand, ohne einen eigenen Pfennig Geld in der Tasche zu spekulieren, auf die Reederei zu tun«, schrieb der französische Wirtschafts-

und Sozialhistoriker Fernand Braudel in seiner »Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts«.

Wie viele Geschichten, auf die Engländer stolz sind, beginnt auch diese im Elisabethanischen Zeitalter, der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, als Elisabeth I., Tochter des frauenmordenden Heinrich VIII, begann, aus der feuchten Insel zwischen Nordsee und Atlantik ein Weltreich zu formen. Und wie die Protagonisten ihres Zeitgenossen, des Dramatikers William Shakespeare, kannte auch diese Queen da wenig Skrupel. Die Verwandte Maria, katholische Königin von Schottland, endete unter dem Hackebeitel auf dem Richtklotz und spanische Handelskoggen ausgeplündert in den Tiefen des atlantischen Ozeans. Elisabeth I. ließ Schiffe von Auftragspiraten überfallen und ihre wertvolle Fracht rauben, vor allem Gold aus Südamerika. Sir Francis Drake war so ein Auftragspirat. Der bankrotte Schiffer hatte die königlichen Lizenzen zum Morden, Plündern Brandschatzen und Versklaven. Einen Teil der Beute durfte der royale Korsar behalten, der Rest fiel an die Krone. Britanniens Einstieg in den neuen Markt erinnert an die Gepflogenheiten eines Mafiaklans, der vom Zigaretten-schmuggel in den weitaus gewinnträchtigeren Kokainhandel wechselt. Die Queen und ihr gieriger Adel professionalisierten zudem das Geschäftsmodell so, dass ihm auf den ersten Blick nichts Anrüchiges mehr anhaftete. Am 31. Dezember 1600 drückte Elisabeth ihr Siegel auf ein Pergament, das einer Gruppe von 125 Kaufleuten, die meisten davon aus angelsächsischen Adelsgeschlechtern, das Monopol für den gesamten Handel zwischen England, dem Indischen Ozean und dem Pazifik bis zur Magellan-Straße an der Südküste Chiles sicherte.

Es war die Geburtsstunde der British East India Company, einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von damals 72.000 Pfund, eine Summe, die heute etwa einem Wert 22 Millionen Pfund entspricht. Die erste Investition war der Bau einer kleinen Flotte von fünf Schiffen, die unter dem Kommando von Kapitän James Lancaster 1602 nach Sumatra segelten und vor allem Gewürze zurück nach England brachten.

In den darauffolgenden Jahren gab es mehrere solche Handelsexkursionen in den Indischen Ozean, und schließlich vereinbarte eine Delegation der Company mit dem Großmogul Jahangir die Gründung von Handelsniederlassungen auf den indischen Subkontinent. Es sollte dann aber noch mehrere Jahrzehnte dauern, bis die East India Company in Indien wirklich Fuß fassen konnte. Zuerst mussten die leidigen Konkurrenten aus Portugal vertrieben, dann die niederländische Ostindien-Gesellschaft ausgeschaltet werden. 1639 gingen die ersten Schiffe der Company in der Nähe von Madras vor Anker.

Innerhalb weniger Jahre entstand in Madras ein Handelszentrum der Company mit eigenem Warenlager, bewehrt mit 4 Meter dicken Mauern. Und bald darauf eine Kolonialmacht, die absichern sollte, dass sich die Geschäfte für die Company rechnet. 1661 hatte König Charles II das Monopol der Company für das Mittelasiens- und Fernostgeschäft nicht nur bestätigt, sondern die Händler mit Befugnissen ausgestattet, die sonst nur Fürsten und Staaten zugestanden wurden. Die Company konnte in Indien nun Recht in ihrem Sinne sprechen, eine eigene Armee aufstellen und Krieg führen, um neue Märkte zu erschließen: gegen Inder, Franzosen, Portugiesen, Niederländer, ganz wie es beliebte und den Profiten dienlich war. Und von diesem Recht machte die Company in den folgenden zwei Jahrhunderten reichlich Gebrauch, wie sich in der British Library nachlesen lässt.

Dort, in der Nähe des Londoner Bahnhofs St. Pancras in der Euston Road, lagern nicht nur das Original der Magna Carta oder Songtexte der Beatles, sondern auch interne und persönliche Dokumente der British East India Company. Insgesamt 100.000 Manuskripte,

Schriftstücke, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen von Kapitänen, Söldnern, Buchhaltern, Händlern, Glücksrittern und Abenteuern. Die Unterlagen füllen rund 14.000 Regalmeter. Der britische Historiker Robert Hutchinson hat sie über sechs Jahre lang ausgewertet. Es sind Zeugnisse aus einer eigenen Welt mit eigenen Gesetzen, die viel aussagen über die britische Gesellschaft des 18. und frühen 19. Jahrhunderts – der Zeit, als die heimliche Nationalhymne entstand: Rule, Britannia! Britannia, rule the waves. Der Zeit, als sich das Inselreich am Rande Europas als Zentrum der Welt fühlte.

Für die Company zu arbeiten, war in Großbritannien eine attraktive Sache: Die Löhne waren ordentlich und wer sich nicht ganz blöd anstellte, konnte nebenbei kräftig dazuverdienen. Kapitäne der Company-Flotte durften ganz offiziell einen Teil der aus Indien für England bestimmten Waren auf eigene Rechnung verticken. Buchhalter in Madras oder Bombay konnten Edelsteine, Gold und seltene Gewürze zu Company-Konditionen kaufen und mit Gewinn privat verkaufen. Das Leben in der Kolonie konnte schön sein – Tausende von Kilometern entfernt von zugigen Landhäusern und der anglikanischen Prüderie. Viele der Company-Mitarbeiter hatten indische Mätressen oder frönten gleich der landestypischen Polygamie. Kapitän Thomas Williamson hielt in seinem Tagebuch fest: »Einer meiner Gastgeber, ein älterer Offizier, hatte sage und schreibe 16 Frauen – jeden Typs und Größe.« Doch die Herren Wirtschaftskolonisatoren haben nicht nur wild geliebt, sondern auch viel gesoffen. Hektoliterweise wurde per Schiff Wein aus Europa herangeschafft. Und wenn die Importware ausgetrunken war, stiegen die Kolonialherren auf landestypische Alkoholika um, Palmwein und Arrak. Ein Anonymus notierte Mitte des 18. Jahrhunderts süffisant: »In Hindustan sterben mehr Engländer durch gepanschten Schnaps als durch das Schwert.« Beim Kirchenmann James Cordine heißt es angewidert: »Viele Briten pflegen ein ausschweifendes, alles andere als gottgefälliges Leben.«

Zugleich litten die Briten in Indien fürchterlich. Die Hitze, die hohe Luftfeuchtigkeit, die Mücken und unbekannte Bakterien machten den Company-Mitarbeitern arg zu schaffen. Die Sterberate war hoch, als durchschnittliche Lebenserwartung für Mitteleuropäer galten zwei Regenzeiten. Wer die überlebte hatte, dem konnte in Indien nicht mehr viel passieren. Viele aber überlebten sie nicht. Aus den Unterlagen in der British Library geht hervor, dass allein in Kalkutta während einer Regenzeit Ende des 18. Jahrhunderts ein Drittel der gesamten britischen Bevölkerung starb. Ein Company-Kapitän notierte: »Das ist der schrecklichste Ort, an dem ich jemals war, die Hölle auf Erden.«

Am 1. Januar 1874 wurde die British East India Company schließlich liquidiert. 274 Jahre nach ihrer Gründung war Indien nun nicht mehr Privatgeschäft, sondern Staatsaufgabe. Die Krone und die Regierung übernahmen die Kontrolle und die Ausbeutung der Kolonie. Die Company war schon Jahrzehnte vorher bei Politikern und Monarchen in Ungnade gefallen. Sie galt in London inzwischen vor allem als korrupt und ineffizient. Der globale Seehandel allerdings blieb bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter der Kontrolle von britischen Unternehmen. An jeder zweiten Fracht, die über die Weltmeere geschippert wurde, verdienten die Briten. Es gab im 19. Jahrhundert kaum eine der lukrativen Handelsrouten, die nicht von Schiffen mit dem Union Jack am Heck befahren wurden. Und wie schon im Indischgeschäft kämpften die Reedereien und Handelshäuser mit harten Bandagen. Illegale Preisabsprachen, Kartellbildung und Schmiergeld-Fonds gehörten zum britischen Geschäftsmodell im Überseehandel – geduldet und oft auch gefördert von Regierung und Monarchie.

PRIVILEGIEN-BRUTSTÄTTEN

Antonyme sind Wörter, die das Gegenteil dessen bedeuten, was logischerweise zu erwarten wäre. Wenn also beispielsweise die elitärsten Bildungseinrichtungen eines Landes als »öffentliche Schule« bezeichnet werden, wie es in England und Wales mindestens seit zweihundert Jahren üblich ist. »Public Schools«, diese irreführende Bezeichnung für die Kadenschmieden der herrschenden Eliten, bezog sich ursprünglich wohl lediglich auf ihr Einzugsgebiet: Die Internate Charterhouse, Eton, Harrow, Rugby, Shrewsbury, Westminster und Winchester sowie die höheren Schulen Merchant Taylors' und St. Paul's waren nicht an Schuldistrikte gebunden. Dafür aber umso stärker an Einkommen und sozialen Status der Eltern. Dienten sie ursprünglich vorrangig der Ausbildung des militärischen Führungspersonals, waren und sind sie bis heute die richtige Adresse für alle Eltern die sicherstellen wollen, dass ihr Nachwuchs so früh wie möglich Herrscher-Habitus lernt. Kollateralschäden an Körper und Seele sind dabei in Kauf zu nehmen, wie so mache Leidensgeschichte aus dem Jungenschlafsaal dokumentiert. Selbstverständlich gab es auch immer mal Versuche, über die Schulgesetzgebung Einfluss zu nehmen auf die staatlich anerkannten Privatschulen. Die erfanden dann auch pflichtschuldig ein paar Stipendien für besonders begabte Habenichtse, oder führten, wie mittlerweile alle außer Eton und Harrow, die Koedukation ein. Was seit dem »Public School Act« von 1868 niemals ernsthaft versucht wurde, war die Abschaffung dieser Privilegien-Brutstätten. Wie auch, wenn knapp 30 Prozent der Parlamentarier eine Privatschule besucht haben (bei den Tories 41 Prozent) und die Quote bei denjenigen, die Ministerämter bekleiden oder gar Premierminister werden, seit Ende des Zweiten Weltkriegs bei gut 75 Prozent liegt. Das lässt sich auf der schönen Wikipedia-Seite »List of Prime Ministers by Education« nachlesen, wo Eton seit drei Jahrhunderten unangefochten führt. Rishi Sunak war Internatschüler in Winchester, und Tony Blair im schottischen »Fettes College«, gegen jährliche Schulgebühren, die im mittleren fünfstelligen Bereich liegen. In Schottland nennen sie diese Einrichtungen allerdings unabhängig statt öffentlich, also »Independent Schools«. Wenigstens kein Antonym *sim*



Gut, aber mit Vorsicht zu genießen

Real existierender Liberalismus seit 180 Jahren und eine interessante Erfolgsgeschichte: »The Economist«

JOHN MALAMATINAS

Das Papier riecht wie immer gut und liegt angenehm in der Hand. Das Cover bringt die Weltlage ästhetisch prägnant auf den Punkt. Das Logo mit den weißen Lettern auf feuerrotem Hintergrund ist schon von Weitem zu erkennen. Für den erfahrenen Leser, der in der U-Bahn auf dem Weg zur geistig erfüllenden Lohnarbeit sitzt, ein Ausdruck von Prestige und ökonomisch-politischem Intellekt, für die anderen ein Hinweis, dass die Person Englisch kann. Und Freunde stellen immer wieder die Frage: Liest du ihn wirklich jede Woche komplett durch?

Für alle, die des hektischen täglichen Nachrichtenrhythmus überdrüssig sind, ist »The Economist« wie Frischluft. Das in London ansässige Wochenmagazin (obwohl es sich selbst als Zeitung bezeichnet) berichtet über globale politische und wirtschaftliche Themen. Es gilt als moderat, schrullig und unkonventionell. Die Vorstellung, dass man über das Weltgeschehen genau dann informiert sein muss, wenn es passiert, ist eine Marketingkreation von Medienmarken, die hier nicht gepflegt wird. Diese Haltung hat dem Magazin nie geschadet, ihm stattdessen eine treue Leserschaft und kontinuierlich steigende Auflage beschert – aktuell über 1,6 Millionen Print- und Onlineabonnements und bist zu 60 Millionen Follower. »The Economist« rühmte sich sogar einst mit seiner geringen Auflage: In den frühen 1990er Jahren verwendete er den Slogan: »Noch nie in der Geschichte des Journalismus wurde so viel und so lange von so wenigen gelesen.« Klingt elitär – aber die Sprache ist einfach und der Inhalt einsteigerfreundlich.

Die »Zeit« fragte denn auch: »Mal angenommen, jemand würde alles zusammentragen, was Medienberater Zeitungsmachern so empfehlen. Angenommen, die Ratschläge würden auf einer Liste stehen, jemand würde sich diese Liste schnappen und dann das genaue Gegenteil machen. Was für eine Zeitung käme dabei heraus?« Genau: »The Economist« macht alles

anders. Dazu gehört zum Beispiel, dass keiner der Artikel namentlich signiert wird, alle Texte in der Redaktion von allen kritisiert werden können und jede Ausgabe als kollektives Projekt erscheint. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich allerdings feste Regeln im Sinne von Stil und Ästhetik entwickelt.

Andererseits macht genau Letzteres möglich, dass sich das Magazin als Vertreter einer bestimmten Doktrin inszenieren kann. Und genau die Diffusität ermöglicht viele Allianzen: Es geht um nichts anderes als den Geist des Liberalismus, der die westliche Welt seit der Entstehung des Kapitalismus prägt. »The Economist« reiht sich stolz in diese kämpferische angloamerikanische Tradition ein und behauptet seit seiner Gründung energisch, die liberale Sache voranzutreiben. In »Liberalismus in seiner Gänze« (»Liberalism at Large«, Verso-Verlag) erzählt der Historiker Alexander Zevin nicht nur die Geschichte des Magazins selbst, sondern auch dessen Wirkung auf das Weltgeschehen. Seine Untersuchung der Verlautbarungen des »Economist« und der Politik derjenigen, die sie befolgten, ergibt eine Studie über verschiedene Liberalismen, wie sie im Laufe von hundertachtzig Jahren praktiziert wurden. »Das Magazin entpuppt sich als eine Kraft, von der man sagen kann, dass sie – dank der militärischen, kulturellen und wirtschaftlichen Macht Großbritanniens und später Amerikas – die moderne Welt geschaffen hat, wenn auch nicht auf die Art und Weise, die viele Liberale vermuten würden.« (»New Yorker«)

Der klassische Liberalismus britischer Prägung, wie er im 19. Jahrhundert entstanden ist, kombiniert ökonomische Freiheiten – das Recht auf Privatbesitz, geringe Steuern oder freien Handel – mit politischen Freiheiten – Gleichheit vor dem Gesetz, verantwortungsvolles Regieren, Presse- und Versammlungsfreiheit. Allerdings beantworten diese grundlegenden Werte bis heute nicht weitergehende und entscheidende Fragen des Kapitalismus: Wie weit geht staatliches Eingreifen? Wie frei darf das Finanzkapital agieren? Und wie soll der Umgang mit langfristigen Krisen aussehen?

Das erste Pamphlet von »The Economist«-Gründer James Wilson beschäftigte sich mit dem Gesetz zur Beschränkung von Kornimporten und war somit Teil der großen Kampagne der Anti-Korngesetz-Liga für Freihandel, nach dem Motto »Freie Kommunikation mit all den Teilen des britischen Empires ist gut, aber freier Handel mit allen Teilen der Welt noch besser«. Die theoretischen Paten waren politische Ökonomen von Adam Smith bis David Ricardo. Der Wirtschaftshistoriker Scott Gordon glaubte, in einem Porträt Wilsons, das ein Jahr vor seinem Tod entstand, die Kraft einer Idee zu erkennen, die beständig, wenn auch nicht gemäßigt ist: »Er sitzt stur in seinem Stuhl, die Hände in Endgültigkeit gefaltet. Sein rundes Gesicht ist wohlwollend, aber in seinen Augen, die fest und unbeweglich sind, und in seinem schmalen, festen Mund ist das unverkennbare Zeichen der Doktrin zu sehen. Es gibt keinen Unsinn bei mir, sagen sie. Ich weiß, was richtig ist, ich arbeite hart, und ich tue meine Pflicht. Was ist die Leidenschaft dieses Mannes? Man fragt sich, denn er hat sicher eine: gute Porträts lügen nicht. Ist es Mäßigung? Abschaffung der Sklaverei? Verhinderung von Tierquälerei? Bildung? Ist es all das und noch viel mehr, denn es ist die eine Sache, das eine Prinzip, das die ganze Welt zu einer harmonischen und segensreichen Ordnung machen wird. Es ist das Laissez-faire.«

So widersprüchlich die Facetten des Liberalismus sind, so sind es auch die Meinungen der Gegner über das Magazin. Es sei das »Zentralorgan der besitzenden Klasse«, ein anderer betitelte es als »Ecommunist«, weil es ihm offenbar zu links war. Das erste Zitat stammt von Karl Marx (genauer gesagt benutzt er im »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« das Wort »Finanzaristokratie«), das zweite von Silvio Berlusconi. Angriffe auf den Liberalismus sind nichts Neues. Im Jahr 1843, dem Gründungsjahr von The Economist, schrieb Karl Marx: »Die glorreichen Gewänder des Liberalismus sind abgefallen, und der abstoßendste Despotismus steht offen vor aller Welt.«

Der kanadische Autor John Ralston Saul beschreibt »The Economist« als eine »...[Zeitung], die die Namen der Journalisten, die ihre Artikel schreiben, verbirgt, um die Illusion zu erwecken, dass sie eine unparteiische Wahrheit und keine Meinung verbreiten. Diese Verkaufstechnik, die an den vorreformatorischen Katholizismus erinnert, überrascht nicht bei einer Publikation, die nach der Sozialwissenschaft benannt ist, die sich am meisten für wilde Vermutungen und imaginäre Fakten interessiert, die unter dem Deckmantel der Unvermeidlichkeit und Genauigkeit präsentiert werden. Die Tatsache, dass es sich um die Bibel der Unternehmensleitung handelt, zeigt, wie sehr die Weisheit der Vergangenheit das tägliche Brot der Managerzivilisation ist.« Dieses eher düstere Bild wird verstärkt durch die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse: »The Economist« gehört vor allem der bekannten Fiat-Autobauer Familie Agnelli, die 2015 ihren Anteil von 4,7 Prozent auf 43,4 Prozent erhöhte. Zu den kleineren Aktionären des Unternehmens gehören neben der Agnelli-Familie auch Cadbury, Rothschild, Schroder und Layton.

Das Magazin hat immer liberale Anliegen wie die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe und die Legalisierung von Drogen unterstützt und kritisiert offen den Brexit. Es befürwortet außerdem konsequent Arbeitsmigration, Amnestie oder die Waffenkontrolle. Die Positionen zu den wichtigsten aktuellen Themen zeigen, wo es langgeht: Real existierender Liberalismus at its best – immer schön pragmatisch bleiben!

Das Magazin ist ein interessantes Werkzeug – aber mit Vorsicht zu genießen. Manchmal wirkt »The Economist« wie ein Artefakt aus einer Zeit, da alles noch in Ordnung schien (in der Realität jedoch nicht war) und das Gefühl vorherrschte, die Welt noch im Griff zu haben. Die große Frage für das Magazin lautet: Wird es ihm gelingen, jetzige und kommende Generationen zu umgarnen und ihnen seine Theorie und seinen Blick auf die Welt zu vermitteln? Davon hängt nichts Geringeres als die Weiterexistenz des liberalen Empires ab.



Ein Spiel, ein Geschäft

Die Aufkündigung des Solidarprinzips beim Fußball korrespondierte mit dem neoliberalen Zeitgeist des Thatcherismus

DIETRICH SCHULZE-MARMELING

In England wurde Fußball deutlich eher professionell gespielt und auch als Geschäft verstanden als in Deutschland. Auch waren die Vereine schon sehr früh Unternehmen und befanden sich in Privatbesitz.

Englands Rekordmeister Manchester United begann als Team von Arbeitern einer Eisenbahngesellschaft. 1878 wird im Nordosten der Stadt der Newton Heath Lancashire and Yorkshire Railway Company (LYR) Football Club – kurz: Newton Heath FC – aus der Taufe gehoben. Geführt wird der Klub aber nicht von einfachen Arbeitern, sondern sogenannten Eisenbahnbeamten. Als der Newton Heath FC vor dem Bankrott steht, kommt die Rettung in Gestalt des wohlhabenden Brauereibesitzers John Davies. Dieser investiert 60.000 Pfund in den Bau des im ersten Industriekomplex der Welt gelegenen Old-Trafford-Stadions. Aus dem Stadtteilklub wird der Manchester United Football Club. Unter den Fußballfans firmiert er bald als »Moneybag United«.

Der Fußball und das Bier – das ist die älteste kommerzielle Verbindung in diesem Sport. Den FC Liverpool würde es ohne Bier möglicherweise gar nicht geben. Denn der Klub wurde gegründet, um die kommerziellen Interessen eines Bierbrauers zu befriedigen, der zwar ein Stadion besaß, aber keine Mannschaft. In den 1890ern waren mindestens 15 Prozent der Anteilseigner bei den Profiklubs Leute, die ihr Geld mit dem Verkauf alkoholischer Getränke verdienten. Bierbrauer, Hoteliers und Wirtshausbesitzer entdeckten im Profiklub eine Brücke zu ihrem wichtigsten Markt – der trinkenden Industriearbeiterschaft.

1885 ist England das erste Land, das den Profifußball legalisiert. Drei Jahre später wird in Manchester mit der Football League die erste nationale Fußballliga der Welt gegründet. Die Klubs der ersten Stunde kommen ausnahms-

los aus den Industrieregionen des Nordens und der Midlands und Städten, die durch die Eisenbahn miteinander verbunden sind.

Als Vorbild dient der League die 1876 in den USA gegründete National League of Professional Baseball Clubs (NLB). Die USA waren gewissermaßen das Geburtsland des Profisports, der sich dort nicht mit dem ideologischen Ballast einer aristokratischen Sportphilosophie herumschlagen musste. Die NLB ist die weltweit erste Profiligen und das erste Sportunternehmen und -bündnis der Welt. Anders als bei der Football League geht es bei der Baseballliga aber nicht nur um die Organisation und Finanzierung eines professionellen Spielbetriebs, sondern – wie bei sonstigen Unternehmen des Wirtschaftslebens – um das Erwirtschaften von Gewinnen.

1991 bringt der englische Verband einen Vorschlag mit dem Titel »The Blueprint for the Future of Football« in die Diskussion, dessen Kernstück eine finanziell komplett eigenständige Premier League ist, die nur noch über die Aufstiegs- und Abstiegsregelung mit dem Rest der League verbunden bleibt und folglich nicht mehr länger mit den Klubs der anderen drei Profi-Ligen TV-Einnahmen und Sponsorengelder teilen muss. Das Dokument gibt auch die soziale Richtung an, die der Fußball einschlagen habe. Die Klubs sollten sich »upmarket« orientieren, um sich die »wohlhabenderen Konsumenten aus den Mittelklassen zu erschließen«. Die Ausrichtung auf ein »nicht-proletarisches« Publikum, das andere Komfortansprüche und Konsumgewohnheiten pflegt und zahlungskräftiger ist, reflektiert den sozialen Wandel in den Gesellschaften Westeuropas, zumal in England, wo sich die traditionelle Industrie samt ihrer Belegschaften im Rückzug befindet, während der Dienstleistungssektor expandiert. In den Augen der konservativen »Sunday Times« hatte sich der Fußball zu einem »Slum-Sport« entwickelt, »gespielt in Slum-Stadien und verfolgt von Menschen aus

den Slums«. Für Margaret Thatcher war er ein soziales Ärgernis.

Am 20. Februar 1992 kündigen die Klubs der 1. Division ihre League-Mitgliedschaft auf. Drei Monate später wird die FA Premier League (seit 2007 nur noch Premier League) als »Limited Company« etabliert. Das traditionsreiche League-System, das wie kein anderes in Europa den Solidargedanken pflegte, ist nun Geschichte. Die Aufkündigung des Solidarprinzips korrespondiert mit dem neoliberalen Zeitgeist des Thatcherismus und wird durch neue technische Möglichkeiten wie Satellitenfernsehen und das sich anbahnende Pay-TV unterstützt. So gehen die TV-Rechte für die neue Liga an den Satelliten- und Pay-TV-Sender BSkyB, womit zunächst viele Haushalte von der Übertragung der Premier-League-Spiele ausgeschlossen sind. Die öffentlich-rechtliche BBC erhält nur den Zuschlag für das Highlights-Paket.

Im Jahr der Gründung der Premier League beträgt der Durchschnittspreis für ein Ticket etwa 8 Pfund. Bis 2005 steigt er auf fast 40 Pfund, auch durch die »Versitzplatzung« der Stadien. Aber trotz der Explosion bei den Eintrittspreisen steigt die Zuschauerzahl in allen Ligen des englischen Profifußballs auf ein Niveau, das seit den 1960ern nicht mehr erreicht wurde. 2004 melden einige Premier-League-Klubs Auslastungsquoten von über 99 Prozent. Für die gesamte Liga beträgt die Quote über 95 Prozent.

Mit den Eintrittspreisen verändert sich die soziale Zusammensetzung der Massen in den Stadien, entsprechend dem auch anderswo sichtbaren Wandel in der gesamten Gesellschaft. Zwar sind auf den Rängen weiterhin alle sozialen Klassen vertreten, aber es findet eine deutliche Verschiebung weg von den Arbeitern und hin zu den Mittelschichten statt – insbesondere in der Hauptstadt London. 2002 verdient mehr als ein Drittel der Chelsea-Dauerkarteninhaber mehr als 50.000 Pfund pro

STOLZ

Im Jahr 2014 feierte der britische Film »Pride« des Regisseurs Matthew Warchus bei den Internationalen Filmfestspielen in Cannes Premiere. Er geht zurück in das Jahr 1984. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher ist dabei, die streikenden Bergarbeiter plattzumachen. Tote werden billigend in Kauf genommen. Eine Schwulen- und Lesbengruppe aus London solidarisiert sich mit den Streikenden, sammelt Spenden für deren Familien. Die Männergewerkschaft ist nicht amüsiert. Aber ein walisisches Bergarbeiterdorf empfängt die Gruppe. Kitsch und Ernst halten sich die Waage, die Geschichte hat schließlich stattgefunden. 1985 kommen Bergarbeiter zum Gay Pride und bilden die Spitze des Zuges. epd Film schrieb: »Ein schillerndes Schauspielensemble löst große Themen wie Freundschaft, Toleranz und Solidarität in eine Fülle intimer, wahrhaftiger Momente auf, die auch die Klippen von Kitsch und Sentimentalität sicher umschiffen.« Das mit der Sentimentalität kann man anders sehen und was soll an ihr schlecht sein?

Wertkonservativ trifft Queer, Welten, die sich sonst kaum überschneiden – zu groß die Ressentiments, zu wenig Berührungspunkte. Die Eiserne Lady hat es mit ihrem Vernichtungsfeldzug gegen britische Arbeiterkultur möglich gemacht. »Pride« gewann zu Recht den Publikumspreis des Filmfestivals in Gent/Belgien und wurde mit anderen Preisen bedacht.

Die Niederlage der Streikenden nach einem langen Jahr des Widerstands war total. Gleichzeitig jedoch ist dieses Jahr ein Hohelied auf die Solidarität in Zeiten der politischen Pest. Die handelnden Personen im Film sind zum größten Teil historisch verbürgt. »Pride« ist auf jeden Fall ein auch heute sehr sehenswerter Film. kg

Jahr, das Zweifache des Durchschnittsverdienstes in England.

Der bemerkenswerte Imagewandel, den der Fußball nach der WM 1990 erfuhr, veränderte die Haltung der Politik gegenüber dem Spiel. Ende der 1980er Jahre, als sich der englische Fußball in seiner schwersten Krise befand und mehr durch verrottete Stadien, Hooligans und Katastrophen als durch sportliche Glanztaten von sich reden machte, kam kein englischer Politiker auf den verwegenen Gedanken, sich seinem Wahlvolk als Fußballfan zu präsentieren. In mittelständisch geprägten Wahlkreisen wäre dies einem politischen Selbstmord gleichgekommen. Aber bei den Unterhauswahlen 1997 übertreffen sich Labour- und Tory-Kandidaten gegenseitig in ihren Bekenntnissen zum »people's game«. Vor allem Labours Tony Blair, von Haus aus Newcastle-United-Fan, strapaziert das Spiel.

Die Attraktivität der Premier League lockt nicht nur ausländische Spieler und Trainer, sondern auch ausländisches Kapital an. Den Anfang machte Chelsea. Im Sommer 2003 übernimmt der russische Oligarch Roman Abramowitsch den Klub aus dem gediegenen Londoner Bezirk SW6. Bis zu seinem Ausscheiden in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine investiert der Oligarch etwa 1,5 Milliarden Pfund in den Klub, der auch als »FC Chelski« firmierte. Die Fans mögen den Russen. Aus welchen Quellen sich sein Reichtum speist, interessiert sie so wenig wie seine Nähe zu Wladimir Putin. An der Stamford Bridge singen sie: »Wenn ihr die Besten wollt, dann stellt keine Fragen, denn Roman ist unser Mann. Wo's herkommt, ist ein Rätsel. Sind es Waffen? Oder Drogen? Ist es Öl aus dem Meer?« Im Mai 2022 erwirbt ein US-amerikanisches Konsortium den Klub zum Preis von etwa 4,6 Milliarden Euro.

2005 kauft der US-amerikanische Sportunternehmer Malcolm Glazer Manchester United. Die Fans gehen auf die Barrikaden, einige von ihnen gründen sogar einen neuen Klub. Der Unterschied zwischen Abramowitsch und Glazer: Während der Russe in den Verein Geld hineinpumpt und dessen Mannschaft personell verstärkt, holt der US-Amerikaner aus dem Verein Geld heraus. Jahrelang investiert er nur wenig in die Mannschaft, während die Eintrittspreise steigen. Ein Großteil der Summe, die Glazer für den Kauf des Klubs aufbringen muss, wird von Banken und Hedgefonds geliehen. Die Schulden werden auf den Klub umgeschrieben. Mittlerweile steht United zum Verkauf. Der Kaufpreis: 5 Milliarden Euro.

Der FC Liverpool gehört seit 2010 der Fenway Sports Group (FSG), ebenfalls ein US-amerikanisches Sportunternehmen, das aber deutlich sensibler agiert als die Glazer-Familie. Arsenal Londons Eigentümer ist der US-amerikanische Unternehmer Stan Kroenke. Manchester City gehört der City Football Group (CFG), die sich mehrheitlich im Besitz der Herrscherfamilie des arabischen Emirats Abu Dhabi befindet. Newcastle Uniteds Eigentümer ist ein vom saudischen Staatsfonds Public Investment Fund angeführtes Konsortium. Manchester City und Newcastle sind »state owned clubs«, die, anders als die von Sportunternehmern geführten United und Liverpool, marktwirtschaftliche Gesetze ignorieren dürfen. Nicht finanzielle Gewinne sind das Ziel. Es geht um »sportwashing« und politische Einflussnahme. Für die Fans in Manchester und in Newcastle sind die Menschenrechtsverletzungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Saudi-Arabien kein Thema. Im Gegenteil: Die neuen Besitzer wurden bei ihrer Ankunft frenetisch gefeiert.

Von den prominenten Namen des englischen Fußballs befindet sich einzig und allein Tottenham noch in »englischen Händen«, nämlich in denen der Investmentgesellschaft ENIC des Milliardärs Joe Lewis.

Die Premier League ist heute de facto eine Weltliga. Der als »the Greatest Show on Earth« (größte Show der Erde) beworbene Wettbewerb wird heute in insgesamt 195 Ländern gezeigt und ist seit 2001 die weltweit am meisten verfolgte Sportliga. Die Einnahmen aus der Auslandsvermarktung übersteigen mittlerweile die aus den Verträgen mit den einheimischen TV-Anstalten. In der Rechteperiode 2022 bis 2025 kassiert die Premier League 6,2 Milliarden Euro von internationalen Networks und etwa 6 Milliarden aus der nationalen Fernsehvermarktung. Das »Mutterland des Fußballs« stellt nur noch die Bühne. Das Sagen haben andere.

Dietrich Schulze-Marmeling ist Sachbuchautor und schrieb zahlreiche Fußballbücher. <https://www.schulze-marmeling.com/>

Ökonomische Abhängigkeiten. Alter Machtglaube

Gewalt gegen Frauen gehört noch immer zum Alltag. Es mangelt an bedarfsgerechten Hilfen und politischem Willen, das zu ändern

PAULA HANSEN

Eigentlich möchte man so etwas weder lesen noch sich wirklich vorstellen: In den Kopf geschossen. Erstochen. Erstickt. Erwürgt. Erdrosselt. Erschlagen. Überfahren. So werden Frauen getötet. Jahr für Jahr. Nicht von Fremden, sondern vom eigenen Mann, dem Lebenspartner, dem Ex-Gatten oder einem Stalker. In Deutschland und Frankreich, so sagt die Statistik, tötet fast an jedem dritten Tag ein Mann die Frau an seiner Seite. Das sind im jeweiligen Land jährlich 120 getötete Frauen. Abrupt abgebrochene Leben. In der Türkei sind es fast viermal so viele. Doch das Phänomen Femizide – Frauen und Mädchen werden getötet aufgrund ihres Geschlechts – ist global. Es reicht von Lateinamerika über Afrika und Europa bis hin nach Asien. Und es ist auch nicht so, dass die Taten versteckt oder ausschließlich hinter den Türen privater Räume stattfinden, sondern mitten unter uns. An öffentlichen Orten, auf Straßen und Plätzen. Auch ist es nicht so, dass nichts darüber zu lesen, zu hören oder zu sehen ist. Ganz im Gegenteil, medial werden diese Grausamkeiten sehr wohl aufgegriffen. Von Boulevardmagazinen und -zeitungen gern auch ausgeschlachtet und als »Familiendrama« ausgeschmückt.

Natürlich ist es eine menschliche Tragödie, aber es steckt so sehr viel mehr dahinter, so Christina Clemm. Seit 1996 steht die Strafverteidigerin Frauen, denen Gewalt angetan wurde, die diese überlebt und angezeigt haben, zur Seite. Im Gerichtssaal erlebt sie nicht selten, dass immer noch vonseiten der Richter:innen den körperlich und seelisch verletzten Frauen die Frage gestellt wird, warum sie denn in der Gewaltbeziehung ausgeharrt hätten. Außerdem würde »den Frauen nicht geglaubt«. Dabei leben sie, so Clemm, »in starken, nicht zuletzt auch ökonomischen Abhängigkeiten«. Für die Frauen sei es »ein riesiges Problem«, nach der Flucht vor dem gewalttätigen Partner eine eigene Wohnung und für die Kinder einen Kita- oder Hortplatz zu finden. Das jedoch sei eine der »Voraussetzungen, um sich von einem gewalttätigen Partner auf Dauer zu lösen«. Die anhaltende Wohnungsnot, die kaum noch bezahlbaren Mieten, die Verdrängung – gerade in Ballungsgebieten – machen es den betroffenen Frauen fast unmöglich, eine räumliche Trennung aus eigener Kraft zu schaffen. Darüber hinaus bleibt die Frage für sie: Wie stemme ich allein das Leben danach finanziell?

Birgit Sauer, Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Governance und Geschlecht an der Universität Wien, ist davon überzeugt, dass Gewalttaten gegenüber Frauen nur dann erfolgreich bekämpft werden können, wenn auch die gesellschaftlichen Strukturen und Vorstellungen hinterfragt werden. Kaum ein europäisches Land, so die Expertin in einer EU-weiten Studie des Europäischen Instituts für Gendergleichheit (EIGE), arbeite wirklich gut präventiv zum Schutz der Frauen vor Gewalt.

Ausgenommen Spanien. In der Präambel des dortigen Gewaltschutzgesetzes heißt es: »Es ist Gewalt, die sich gegen Frauen richtet, weil sie Frauen sind, weil sie von ihren Angreifern als rechtlos angesehen werden: ohne Recht auf Freiheit, Recht auf Respekt, Recht auf eigene Entscheidung.« Erstaunliche Feststellungen in einem Land, das tief katholisch geprägt ist. Im Jahr 1997 gab es allerdings einen unvorstellbaren Anlass. Danach ging das bisherige Wegsehen, wenn es um Gewalttaten gegen Frauen ging, nicht mehr. Ana Orantes hatte in einer Fernsehsendung öffentlich gemacht, dass ihr Ex-Mann sie 40 Jahre lang geschlagen und vergewaltigt hatte. Zwei Wochen danach überzog er sie mit Benzin und zündete sie an. Sie, die sich endlich getraut hatte, aus der ehelichen Gewaltspirale auszubrechen, verbrannte bei lebendigem Leib. Es war eine Hinrichtung. Danach gingen die entsetzten und empörten Spanierinnen nicht mehr von der Straße, und es änderte sich vieles. Beispielsweise wurde das landesweite Hilfetelefon rund um die Uhr besetzt. Im 2004 beschlossenen Gesetz gegen häusliche Gewalt wurde die besondere Schutzbedürftigkeit von Frauen festgehalten. Man

liest dort, Frauen werden Opfer männlicher Gewalt, weil sie eben nicht gleichgestellt sind. Auch körperlich unterlegen und vielfach von den Partnern ökonomisch abhängig sind. Die linke Regierung richtete eigene Staatsanwaltschaften zu Verfolgung häuslicher Gewalt ein. Ein Punkt, den auch Christina Clemm als Juristin schon lange für die Bundesrepublik fordert. Richter:innen in Spanien müssen bei einer Gewalttat innerhalb von drei Tagen entscheiden, ob der Täter präventiv in Gewahrsam genommen wird. Die betroffenen Frauen mitsamt ihren Kindern erhalten bei Bedarf Polizeischutz. Und enorm wichtig: Im Fall einer Trennung und einer bestehenden ökonomischen Abhängigkeit erhalten die Frauen vom Staat Sozialhilfe. Prügelnde Väter laufen Gefahr, das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen zu bekommen. Staatliche, juristische und soziale Maßnahmen laufen hier zusammen. Und diese Koordination zeigt Wirkung. Die Femizide in Spanien gingen zurück.

Der Schutz der Frauen vor Gewalt braucht politischen Willen. Dann fließen auch Gelder in Strukturen, in Personal, in Unterstützungssysteme. Birgit Sauer, die österreichische Frauenforscherin, spricht von »tolerierter Tötung«, wenn staatliche Institutionen keine Gesetze und Mechanismen schaffen bzw. Maßnahmen ergreifen, um Femizide und andere Gewalttaten zu verhindern. Dann werde hingenommen, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts ermordet werden. Das alte Glaubensmuster, Männer hätten das Recht, über Frauen zu bestimmen, muss gebrochen werden. Auch die wie in Stein gemeißelten Vorstellungen, was Männer dürfen und wie Frauen zu sein haben. Es geht um Macht, um Kontrolle, um Besitz, um Verfügungsgewalt. Wenn Frauen den Schritt wagen und sich trennen, verlieren die Männer das alles. »Ausschlaggebend ist der Moment, in dem der Mann das unwiderrufliche Ende der Beziehung und damit auch den endgültigen Kontrollverlust über die Ex-Partnerin realisiert«, schreibt Rechtspsychologin Luise Greuel. Aus der Gewaltstudie von Monika Schröttle lässt sich erkennen, dass Männergewalt zwar alle Frauen in der Gesellschaft trifft, zwei Gruppen aber besonders häufig betroffen sind: »Frauen mit gar keinen Ressourcen und Frauen, die hoch gebildet sind und/oder materiell mit ihrem Partner auf Augenhöhe oder überlegen sind.« Zur ersten Gruppe gehören Frauen, die sich schlecht wehren können und oftmals, auch in finanzieller Hinsicht, vollkommen abhängig von ihren Männern sind. Die Gründe für die Gewalt der Partner in der zweiten Gruppe sieht Schröttle darin, dass »er frustriert ist und nicht erträgt, dass seine Frau erfolgreicher ist als er und sich nicht von ihm kontrollieren lässt«.

In Deutschland existieren Ankündigungen, um Frauen zu schützen. Der jetzige Koalitionsvertrag der Ampelregierung verspricht eine Regelfinanzierung der Frauenhäuser. Auch eine professionelle Arbeit mit den Tätern, bedarfsgerechte Hilfesysteme. Im Sommer 2022 kündigte Bundesjustizminister Marco Buschmann an, das Strafgesetzbuch ändern zu wollen, damit Gewalttaten gegen Frauen künftig strenger bestraft werden könnten. Was fehlt, ist ein den Gegebenheiten entsprechendes Gewaltschutzgesetz. Es liegt nach wie vor auf Eis. Deshalb noch einmal zur Erinnerung: Jährlich sterben in Deutschland mehr als 100 Frauen durch Femizide. Noch einmal so viele werden verletzt. Die betroffenen Kinder noch gar nicht mitgezählt. Gewalt gegen Frauen, so Christina Clemm in ihrem Buch »Akten-Einsicht«, sei seit Langem ein Problem, und doch ist die Dimension in der Öffentlichkeit bzw. außerhalb von Expert:innen- und Fachkreisen kaum bekannt. Es ist höchste Zeit, das zu ändern. Wir brauchen ein Hinschauen. Dringend

Clemm, Christina: »AktenEinsicht. Geschichten von Frauen und Gewalt«, München 2020.

Cruschwitz, Julia; Haentjes, Carolin: »Femizide. Frauenmorde in Deutschland«, Stuttgart 2021.

Zimmer, Gisela: »Femizide in Deutschland – (k)ein Einzelfall. Fakten und Hintergründe zur Gewalt gegen Frauen«, Dezember 2022, Rosa-Luxemburg-Stiftung.

»Der Staat ist Schutzengel des Finanzkapitals«

Fabio Vighi über die Rettung der Wirtschaft durch Covid und die damit einhergehenden sozialen Verwüstungen



Fabio Vighi ist Professor für Kritische Theorie und Italienisch an der Universität Cardiff, Großbritannien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Ideologiekritik, politische Ökonomie, theoretische Psychoanalyse, Hegel'sche Dialektik und Film. **Lena Bollinger** sprach mit ihm.

Während der Pandemie schien der Kapitalismus plötzlich ein menschliches Antlitz zu bekommen: Wir retten Menschenleben, selbst wenn es der Wirtschaft schadet! Sie sagen: Es war genau umgekehrt. Die Lockdowns haben die Wirtschaft gerettet und menschlich eine Verwüstung angerichtet. Wie kommen Sie darauf?

Der Grund ist ganz einfach: Der eigentliche Patient in dieser Krise ist der Kapitalismus. Unmittelbar bevor Covid auftauchte, standen wir vor einer weiteren großen Finanzkrise, deren Ausmaß die Krise von 2008 zu übertreffen drohte. Im Sommer 2019 veröffentlichten die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Vermögensverwalter Blackrock mehrere Berichte und Arbeitspapiere, in denen sie vor einem Crash warnten. Sie forderten »beispiellose Maßnahmen« und eine »unkonventionelle Geldpolitik«. Die Idee war, den Finanzsektor mit ungeheuerlichen Mengen Geld zu fluten, um einen Kollaps zu verhindern, wenn die Blasen anfangen zu platzen. Blasen entstehen, wenn die Vermögenswerte, nichts mehr mit dem tatsächlichen Wert zu tun haben. Man wettet bloß die ganze Zeit mit billigen Krediten auf künftige Gewinne. Irgendwann fliegen diese leeren Wetten auf. Der folgende Dominoeffekt reißt dann alles in den Abgrund. Es genügt ein kleiner Vorfall, zum Beispiel eine kleine Erhöhung der Zinsen, also der Kreditkosten, um die Blasen zum Platzen zu bringen. Im September 2019 geschah genau das. Die Zinsen im Repo-Markt – einem wichtigen Markt für sehr kurzfristige Kredite – stiegen sprunghaft an. Der Patient lag sozusagen schon auf der Intensivstation. Die Zentralbanken begannen sofort, riesige Summen Geld in den Finanzsektor zu pumpen. Zentralbanken haben dieses Privileg, Geld zu erzeugen, indem sie einfach eine Zahl in einen Computer tippen. Es war klar, dass keine Summe zu hoch sein würde, um den Patienten zu retten.

Aber was hat das alles mit den Lockdowns zu tun?

Wenn man so viel Geld per Mausklick aus dem Nichts in die Finanzökonomie pumpt, entsteht die Gefahr einer Hyperinflation in der Realökonomie mit unabschätzbaren Folgen. Diese Gefahr kann man kontrollieren, wenn man die Realökonomie drosselt. Je weniger produziert und konsumiert wird, desto weniger Geld ist im Umlauf und desto geringer die Inflation. Die Lockdowns hatten genau diesen Effekt. Sie zögerten die Inflation hinaus, die man durch die monetäre Flutung der Finanzmärkte verursacht hatte. Die Folgen der Geldschwemme ließen sich so besser kontrollieren. In dieser Hinsicht kam Covid mehr als gelegen. Man konnte die tickenden Bomben im Finanzsektor entschärfen und gleichzeitig den Inflationsschub hemmen.

Gleichzeitig hat der Staat aber auch viele Unterstützungsprogramme auf den Weg gebracht.

Da ging es weder um die Rettung der Finanzindustrie, noch machte man sich allzu viele Sorgen um die Inflation.

In der Tat dachten viele Menschen, vor allem auch viele Linke, der Staat stehe in dieser Krise schützend an ihrer Seite. Diese Vorstellung impliziert aber, dass der Staat irgendwie unabhängig vom Kapital sei. Das ist eine falsche und sehr naive Einschätzung, geradezu eine Fetischisierung des Staates. Unter Linken ist das leider kein neues Phänomen. In Wirklichkeit ist der Staat schon seit langer Zeit eine Art Schutzengel des Kapitals, insbesondere des Finanzkapitals. Der Staat und das Finanzkapital sind heute lediglich zwei Seiten derselben Medaille. Wir nennen das dann euphemistisch Private-Public-Partnership. Das ist bereits eine ideologische Verdrehung. Ihren Höhepunkt hat diese ideologische Manipulation aber in dem Kunststück gefunden, die Leute davon zu überzeugen, dass die Pandemiepolitik ethisch gut und im Interesse der Bevölkerung gewesen sei.

Und die Rettungspakete?

Man darf nicht vergessen, dass parallel zu diesen Hilfen kleine und mittlere Unternehmen dauerhaft pleitegingen. Ich spreche auch von einer kontrollierten Zerstörung. Da wurde nichts gerettet. Die Hilfen für die Bevölkerung sind ein paar Krümelchen, wenn man sie mit den gigantischen Summen vergleicht, die in den Finanzsektor gepumpt wurden. Es war also ein großer Fehler, vor allem der Linken, eine solche Hoffnung in den Staat zu setzen.

Die Linken haben versagt, weil sie die Krise falsch interpretiert haben?

Nicht nur das. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass paradoxerweise die Finanzindustrie beziehungsweise die Politik, die ihr in Krisenzeiten zu Hilfe eilt, ideologisch auf ehemals linke Slogans und Forderungen zurückgreifen. Solidarität, Schutz der Schwachen, Opfer bringen für das Gute – all diese Selbstbeschränkungen, moralischen Erpressungen und die Erzeugung von Schuldgefühlen weisen eine große Schnittmenge zur zeitgenössischen Linken auf. Es braucht diese humanitäre, ethische Rhetorik, um solch drastische Maßnahmen wie einen Lockdown durchzusetzen. In diesem Sinne haben die Linken nicht einfach nur etwas falsch verstanden, sondern sie spielten das kapitalistische Spiel, und zwar oft noch besser als die Rechten. Die Linken sind zu Komplizen einer neuen Form des Kapitalismus geworden, die ich Notfall-Kapitalismus nenne. Dieser Notfall-Kapitalismus hangelt sich von Katastrophe zu Katastrophe. Das gegenwärtige System bekämpft diese allgegenwärtigen Katastrophen nicht, es braucht sie.

Katastrophen waren seit jeher eine lukrative Angelegenheit für den Kapitalismus. Auch Krisen sind so alt wie der Kapitalismus

selbst. Was ist so neu an dem, was Sie »Notfall-Kapitalismus« nennen?

Dazu müssen wir uns anschauen, was seit den 1970er Jahren passiert ist. Hier wurde das Ende der Arbeitsgesellschaft und des Konsumkapitalismus eingeläutet. Aus zwei Gründen: Erstens waren die Grenzen der Profitsteigerung erreicht, die lukrative Kombination aus Massenproduktion, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat rentierte sich nicht mehr, das Wachstum stagnierte. Zweitens begann zu diesem Zeitpunkt die Dritte industrielle Revolution. Die sogenannte Digitalisierung führte zu einer sukzessiven Ersetzung menschlicher Arbeitskraft. Diese Entwicklung trifft uns heute mit voller Wucht. Es stehen immer weniger Menschen am Fließband. Die Arbeit wird von Maschinen gemacht. Sie montieren Autos in Fabriken, führen Operationen in Krankenhäusern durch, sortieren Bücher in Bibliotheken oder kassieren in Supermärkten. Das ist ein Problem, nicht nur für die Leute, die ihre Jobs verlieren, sondern auch für das Kapital. Denn Profite im klassischen Sinne entstehen nur dort, wo menschliche Arbeitskraft verwertet wird und das Kapital Mehrwert abzwicken kann. Maschinen sparen zwar Lohnkosten, erzeugen aber keinen Mehrwert. Es findet keine Wertschöpfung statt. Das Kapital kann also in der Realökonomie keine Profite mehr machen und flüchtet sich in die Finanzspekulation.

Und dort entstehen dann die Notfälle?

Sozusagen. Der heutige Kapitalismus investiert nicht in Arbeit, sondern in Finanzprodukte. Aber die Spekulation erzeugt natürlich auch keinen »echten Wert«. Stattdessen bilden sich Blasen. Drohen sie zu platzen, intervenieren die Zentralbanken mit einer Geldschwemme. Aus der Geldschwemme folgt die Gefahr einer Hyperinflation, die sich nur mit irgendwelchen Notfallmaßnahmen oder Ausnahmezuständen bewältigen lässt. Es geht nicht darum, punktuell aus irgendwelchen Notständen Profit zu schlagen. Vielmehr muss der Notfall möglichst durch immer neue Katastrophen auf Dauer gestellt werden, um den Finanzmarktkapitalismus künstlich am Leben und die Inflation im Zaum zu halten. Das ist eine Verlängerung der Agonie, ein Kollaps in Zeitlupe. In einer solchen Situation sind Katastrophen, Ausnahmezustände und Lockdowns keine wirtschaftliche Gefahr, sondern nützlich für das Inflationsmanagement. In den 1960er Jahren, als der Konsumkapitalismus noch boomte, hätte man sich angesichts einer Gesundheitskrise niemals entschlossen, eine florierende Wirtschaft zu gefährden. Das Virus konnte eine solche Wirkung nur im Finanzmarktkapitalismus entfalten.

Manche sagen, Big Data bietet einen Ausweg aus der leeren Finanzmarktspekulation. Die

Digitalisierung, so das Argument, schaffe neue Branchen, die auch der Realökonomie zu einem Aufschwung verhelfen könnten.

Ich denke, die Bewirtschaftung von Daten hätte im Konsumkapitalismus sehr gut funktioniert. Die ganze Datenverwertung hängt von Konsumgewohnheiten und Werbung ab. Das heißt, man braucht eine Bevölkerung, die viel konsumiert. Genau das ist heute aber nicht mehr der Fall. Die Leute werden immer ärmer und können sich immer weniger Produkte leisten. Warum dann viel Geld für personalisierte, zielgenaue Werbung ausgeben? Aus meiner Sicht geht es bei der Digitalisierung nicht so sehr ums Geschäft, sondern eher um Überwachung. In einer digitalisierten Gesellschaft lässt sich die Bevölkerung sehr viel leichter kontrollieren – und das wird nötig sein, wenn sie immer weniger Jobs und Konsumgüter in Aussicht hat und immer mehr verelendet. Es kann allerdings auch sein, dass sich die Leute mit Freude ihre eigenen Fesseln anlegen, wenn sie das Gefühl haben, es diene einer guten Sache. Man sieht ja, wie begeistert sich viele in die Selbstisolation begeben haben, die Heizung runterdrehen oder die eigene Armut als nachhaltige Selbstgenügsamkeit gutheißen.

Das sind düstere Aussichten.

Ja, wir befinden uns in einer Sackgasse. Aus kapitalistischer Sicht gibt es keinen Ausweg. Wenn man noch mehr Geld in den Finanzsektor pumpt, hat man ein Problem mit der Inflation oder sogar Hyperinflation und muss irgendwie die Realökonomie runterfahren. Wenn man hingegen die Zinsen erhöht, also Geld teurer macht, wie es derzeit vorsichtig versucht wird, riskiert man einen Crash, denn das ganze System basiert auf billigen Krediten. Es ist also eine Lose-lose-Situation. Der Patient kann sich lediglich aussuchen, welchen Tod er sterben will. Falls man in einer solchen Lage überhaupt noch etwas tun kann, gilt es zu verstehen, was vor sich geht. Erst dann kann man sich der großen Frage widmen, wie das gesellschaftliche Leben anders organisiert werden könnte – jenseits der kapitalistischen Kategorien, die obsolet geworden sind.

»Wer die Wirtschaft kontrolliert, ist letztlich eine Klassenfrage«

In den USA haben sich im Kalten Krieg die militärische Agenda und keynesianische Ideen zum Militärkeynesianismus verbunden

Herr Barker, Sie haben zum Militärkeynesianismus promoviert. Könnten Sie Ihre Definition des Keynesianismus erläutern? Wie unterscheidet er sich von anderen Wirtschaftstheorien?

Der Begriff Keynesianismus bezieht sich auf den britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes. Ich verwende jedoch eine umfassendere Definition des Keynesianismus, die sowohl ein Verständnis der Funktionsweise der Wirtschaft als auch eine politische Idee zur Lösung wirtschaftlicher Probleme beinhaltet. Dem Keynesianismus zufolge sind die grundlegenden makroökonomischen Variablen wie Beschäftigung, Produktion und Wirtschaftswachstum mit der aggregierten Nachfrage verbunden. Dies steht im Gegensatz zu der älteren, in der konservativen Wirtschaftswissenschaft immer noch vorherrschenden Vorstellung, dass sich Angebot und Nachfrage auf lange Sicht automatisch ausgleichen. Der Keynesianismus geht von der Prämisse aus, dass es den Fall geben kann, dass die Nachfrage nicht ausreicht, um alles zu konsumieren, was produziert wird oder produziert werden könnte. Als Reaktion auf dieses Nachfrageproblem befürwortet der Keynesianismus eine politisches Nachfragemanagement, bei dem der Staat entweder direkt für Nachfrage durch staatliche Investitionen oder Konsum sorgen und Anreize für Investitionen der Privatwirtschaft schaffen kann.

Was ist die Beziehung zur Vollbeschäftigung?

Der Keynesianismus kann nur als Reaktion auf die globale Krise des Kapitalismus in den 1930er Jahren verstanden werden, die zu einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit führte. Diese Arbeitslosigkeit konnte mit der bestehenden Wirtschaftstheorie einfach nicht erklärt werden. Die Krise führte zu einer neuen Politik, in deren Mittelpunkt die Notwendigkeit stand, Vollbeschäftigung notfalls mit politischen Mitteln zu garantieren. 1946 übernahm die US-Regierung mit dem Employment Act offiziell die Verantwortung für die Schaffung maximaler Beschäftigung, was den Beginn der Regierungsverantwortung für die Steuerung der Gesamtwirtschaft über die Nachfrage markierte. Dieser Zeitpunkt war auch deshalb von Bedeutung, weil er mit dem Beginn des Kalten Krieges zusammenfiel, mit der Truman-Doktrin für Griechenland und die Türkei, dem Marshallplan, der Gründung der NATO und dem Koreakrieg. All das hatte einen großen Einfluss auf die Wirtschaft. Diese historische Verflechtung der keynesianischen Nachfragesteuerung und des Kalten Krieges war der Ausgangspunkt für mein Forschungsprojekt.

Beeindruckt hat mich das Zitat eines Generals der US-Luftwaffe, der sagte: »Solange wir unter der Vollbeschäftigung liegen, kann ein Defizit positive Auswirkungen haben.« Ich war überrascht, ein

Mitglied des Militärs so offen über die Wirtschaftspolitik sprechen zu hören.

Ich liebe dieses Zitat! Generäle haben in der Geschichte schon immer mehr Geld gewollt, aber dieses Zitat ist ein spezifischer theoretischer Bezug zu keynesianischen Ideen. Ich habe mich gefragt, wie es sein kann, dass ein General der Luftwaffe nicht nur mehr Geld fordert, sondern dafür auch diese spezielle keynesianische Argumentationsform verwendet. Ich glaube, dass sich die Gründer der Air Force in den späten 1940er Jahren, als die USA eine unabhängige Luftwaffe schufen, sehr bewusst waren, dass die Luftstreitkräfte eine breite Basis von Unterstützern brauchten. Zu diesem Zeitpunkt schloss die Luftwaffe Bündnisse mit der Flugzeugindustrie. Innerhalb der Regierung vertraten die Wirtschaftswissenschaftler, die eine starke Aufrüstung des Militärs anstrebten, das keynesianische Argument, dass sich die USA eine Aufrüstung leisten und sogar davon profitieren könnten, solange es ungenutzte Ressourcen gebe. So fanden verschiedene Gruppen, die ihre eigenen Ziele verfolgten, in diesem Argument eine gemeinsame Basis.

Ist Militärkeynesianismus also nur die Verbindung zwischen einer militärischen Agenda und keynesianischen Ideen? Oder verschmelzen beide zu einem neuen Ganzen?

Das ist die knifflige Frage. Es handelt sich nicht um eine einfache Verschwörung, wie einige radikale Linke meinen. Niemand hat sich in einem Raum zusammengesetzt und das alles gemeinsam geplant. Es ist auch kein reiner Zufall, wie in der liberalen Sichtweise, in der all diese Ausgaben nur aufgrund unkontrollierbarer internationaler Ereignisse entstanden sind. Der Kalte Krieg wurde nicht begonnen, um Arbeitsplätze in den USA zu schaffen, aber seine Auswirkungen wurden als starkes Argument für ihn anerkannt. Das Dokument NSC 68 (Anm. d. Red.: ein geheimes US-Strategiepapier aus dem Jahr 1950) ist ein Beispiel dafür, wie ausdrücklich militärisch-keynesianische Argumente vorgebracht und verwendet wurden, um Unterstützung für den Kalten Krieg zu gewinnen. Dies zeigt, dass der Kalte Krieg eine wirtschaftliche Dimension hatte und dass sich die Beteiligten dessen bewusst waren.

Sie sind Historiker. Geben Sie mir ein paar Daten.

Die Geschichte des militärischen Keynesianismus lässt sich bis in die späten 1930er Jahre zurückverfolgen, als das Konzept der Militärausgaben als Wirtschaftsanreiz Gestalt annahm. John Maynard Keynes schrieb 1940 einen Aufsatz, in dem er feststellte, dass eine kapitalistische Demokratie das, wovon er spricht, nur unter Kriegsbedingungen tun würde. Die totale Mobilisierung während des Zweiten Weltkriegs bewies, dass seine Theorien im Großen und Ganzen zutrafen. Nach dem Krieg wollte man jedoch

zu Friedensbedingungen zurückkehren. So kam es erst 1950 zu einem Konsens über eine große Aufrüstung im Kalten Krieg, die den Militärkeynesianismus zu einem dauerhaften Aspekt der US-Wirtschaft machte. Von 1950 bis 1970 waren die Militärausgaben der dominierende makroökonomische Einfluss. Nach dem Vietnamkrieg und den wirtschaftlichen Turbulenzen der 1970er Jahre wurden sie zurückgefahren. Dennoch ist der US-Militärhaushalt, gemessen an verschiedenen Faktoren, auch heute noch höher als im Jahr 1948. Er ist nie wirklich auf das Niveau von vor 1950 zurückgegangen.

Doch die Umsetzung der keynesianischen Ideen verlief nicht ohne Reibungen. Das Bretton-Woods-System war nicht wirklich in Keynes' Sinne.

Ich stimme mit Ihnen zu. Die Vorstellung, dass es während der Bretton-Woods-Periode einen breiten Konsens über die keynesianische Politik gab, ist ein Missverständnis. Keynes' eigene Ideen wurden nicht in vollem Umfang übernommen, und das internationale Währungssystem, das sich herausbildete, war stärker von den USA bestimmt, als er es sich vorgestellt hatte. Darüber hinaus glaubte Keynes an eine wichtigere Rolle öffentlicher Investitionen, während die entstandene Form des Keynesianismus privaten Investitionen mehr Gewicht verlieh. Der Einsatz von Militärausgaben zur Unterstützung privater Unternehmen und des Arbeitsmarktes war eine Möglichkeit, staatliche Gelder in den privaten Sektor zu leiten. Aufgrund der möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaft, wie niedrige Arbeitslosigkeit, Inflation und staatliche Bürokratie, war sie allerdings umstritten. Obwohl es sich um die am meisten privatisierte Version des Keynesianismus handelte, stieß sie sowohl bei den Republikanern als auch bei einigen Demokraten auf Widerstand, was zu wiederholten Versuchen führte, den Militärhaushalt zu kürzen. Kapitalistische Geschäftsleute standen oft hinter diesen Bemühungen, da sie einen starken Staat fürchteten.

Ist der Keynesianismus heute noch mit Militärausgaben verbunden?

Ich denke, dass in den USA und weltweit das Interesse an der Industriepolitik wieder auflebt. Industriepolitik hat große Überschneidungen mit dem Keynesianismus, aber sie sind nicht genau dasselbe. Beim Keynesianismus geht es darum, sich von einer Rezession zu erholen oder die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, während die Industriepolitik eher von einer Strategie geleitet wird, wie die Wirtschaft aussehen soll. Sie ergänzen sich jedoch, da die Industriepolitik eine Form öffentlicher oder privater Investitionen ist, die makroökonomische Auswirkungen hat. Diese Wiederbelebung der Industriepolitik wurde durch die zunehmenden Spannungen mit

China ausgelöst und durch den Einmarsch Russlands in der Ukraine verstärkt. In den USA wurden Ideen, die zum Beispiel im Zusammenhang mit einem Green New Deal völlig inakzeptabel wären, akzeptabler, wenn sie im Rahmen eines militärischen Wettbewerbs präsentiert wurden. In den USA herrscht das Gefühl, dass die Regierung die Wirtschaft für kein anderes Ziel als die globale militärische Vorherrschaft gestalten sollte.

Glauben Sie, dass ein linker Keynesianismus ohne die Verbindung zu Militärausgaben möglich ist?

Ich versuche immer, mich im Raum zwischen marxistischen und keynesianischen Ideen zu bewegen. Theoretisch ist es möglich, einen zivilen und sozialen Keynesianismus zu haben. Es gibt jedoch starke Hindernisse, die nicht nur im allgemeinen Sinne politisch sind, sondern in der Klassenpolitik wurzeln. Ein dauerhafter ziviler Keynesianismus würde voraussetzen, dass diejenigen, die es gewohnt sind, die Wirtschaft durch private Investitionen zu kontrollieren, viel Macht entzogen wird. Dies würde nicht nur einen ideologischen Kampf oder politische Manöver erfordern, sondern einen Kampf darum, wer die Wirtschaft kontrolliert, was letztlich eine Klassenfrage ist.



Tim Barker, Historiker und Autor, lebt in New York. 2022 promovierte er an der Harvard-Universität. Er ist Mitglied der Redaktionen von »Dissent« und des Blogs »Phenomenal World«. Seine Texte erscheinen außerdem in Zeitschriften wie »The London Review of Books«, »Harper's« und »n+1«.

Philip Blees sprach mit ihm über seine Doktorarbeit.

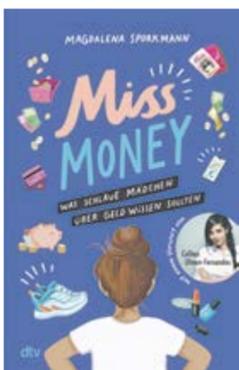
LASSEN SIE UNS ÜBER ÖKONOMIE REDEN ...

Finanzen? Das kann ich nicht!



Foto: Barbara Dietel

Magdalena Sporkmann war gerade Mitte zwanzig, als sie fast in eine Finanzfalle gestolpert wäre. Warum wissen Mädchen und junge Frauen so wenig über Geld und ökonomische Eigenständigkeit, fragte sich die damalige Studentin. Inzwischen hat sie einen Masterabschluss in Allgemeiner und Vergleichender Literaturwissenschaft, arbeitet als Autorin und freie Journalistin und lebt in Berlin. Bei dtv, im Jugendsachbuchverlag, veröffentlichte Magdalena Sporkmann jetzt »Miss Money – Was schlaue Mädchen über Geld wissen sollten«. Darüber sprach **Gisela Zimmer** mit ihr.



Als ich Ihr Buch in den Händen hielt und ein wenig über Ihren beruflichen Werdegang gelesen hatte, dachte ich, Literatur ist ja nicht unbedingt auf den ersten Blick die Schwester der Ökonomie. Wie sind Sie denn aufs Geld gekommen?
Mit Mitte 20 war ich bereits verlobt. Sechs Wochen vor der Hochzeit legte mir mein damaliger Verlobter einen Ehevertrag vor. Mein Bauchgefühl sagte mir, irgendetwas stimmt damit nicht. Aber wirklich durchdringen konnte ich den Inhalt nicht. Deshalb holte ich mir bei mehreren Expertinnen Rat, habe selbst viel gelesen und am Ende hat sich dann tatsächlich herausgestellt, dass dieser Ehevertrag mich in einen goldenen Käfig gesperrt und in eine extreme finanzielle Abhängigkeit gebracht hätte. Letztendlich habe ich den Vertrag nicht unterschrieben, den Mann verlassen, geblieben aber ist die Faszination für Finanzen.

Was macht die aus?

Ich habe einfach gemerkt, wie viel man selbst tun kann. Finanzen sind viel mehr als nur »ich studiere, kriege einen Job und der wird schon irgendwie bezahlt« – bei Geisteswissenschaftlerinnen zum Beispiel häufig leider gar nicht so gut. Meine Mutter hat mir immer gesagt, du musst als Frau finanziell unabhängig sein. Wie existenziell das im Alltag sein kann oder ja auch ist, habe ich damals begriffen. Die Welt dann auch mit völlig anderen Augen gesehen. In unserer Gesellschaft durchdringt die Wirtschaft alles. Der Kapitalismus reicht bis in die privaten Beziehungen hinein. Oder die Abhängigkeiten insgesamt in der Welt. Wenn hier neue Klimamaßnahmen entschieden werden, welche Konsequenzen hat das für die Wirtschaft? Und was bedeuten wirtschaftliche Interessen wiederum für die Politik? Meine eigene Wirklichkeit hat eine andere Dimension bekommen. Das zu erkennen, war faszinierend.

Das Sachbuch »Miss Money« ist gedacht für schlaue Mädchen so ab 12 Jahre, nach oben hin gibt es keine Altersgrenze. War es dieses eigene Nichtwissen, das Sie angetrieben hat, in Sachen Geld speziell etwas für Mädchen und junge Frauen zu schreiben?

Ich selbst habe erst spät angefangen, mich für Geld zu interessieren. Ich hatte sogar das Gefühl, das grenzt eigentlich schon an Verantwortungslosigkeit, so kurz vor Eintritt ins Berufsleben nichts über Finanzen zu wissen. Ich wusste nicht einmal, wie viel Zinsen ich zahlen müsste, wenn ich mein Girokonto überziehe. Seitdem habe ich auch häufiger mit Freundinnen über Geld gesprochen. Das sind alles hochgebildete Frauen, aber auf so einer basalen Ebene wie Finanzen trauen sie sich nichts zu. Das überlassen sie ihren Männern. Dabei ahnen sie, sie müssten etwas für sich selbst tun, wollen sich aber nicht damit beschäftigen. Ironischerweise haben diese Freundinnen ausschließlich Töchter. Ich will, dass ihre Töchter mit einem anderen Bewusstsein aufwachsen. Ich habe dann nach einem Finanzbuch gesucht, das sich explizit an Mädchen richtet. Ich habe keins gefunden und deshalb selbst eins geschrieben.

Das Buch liest sich leicht, hat eine verständliche Sprache. Einprägsame Erläuterungen, gute Beispiele. Was ist Ihnen wichtig?
Zuallererst die Einsicht, Finanzen sind nicht schwierig. Ich glaube, bei vielen fällt immer noch die Klappe, wenn Wörter wie Aktien, Vermögenswerte oder Geldanlage fallen. Das ist schade, denn Finanzen sind kein Hexenwerk. Es ist wirklich leicht zu verstehen, das Wissen ist sogar frei und größtenteils kostenlos verfügbar. Natürlich braucht man eine gewisse Medienkompetenz, um einschätzen zu können, wie vertrauenswürdig die Quellen sind. Aber die wichtige Erkenntnis ist, finanzielle Bildung braucht kein Hochschulstudium. Sie ist für jeden und jede möglich, sogar notwendig.

Etliche Kinder in dem Alter, die Sie mit diesem Sachbuch ansprechen wollen, kennen gar kein Taschengeld. Deren Eltern arbeiten Vollzeit, trotzdem muss jeder Cent umgedreht oder beim Amt sogar aufgestockt werden. Da ist nichts mit Beiseitelegen oder Sparen. Was sagen Sie diesen Jugendlichen?

Es tut mir leid, dass in einem reichen Land wie Deutschland Menschen in Armut leben müssen. Diesen Kin-

dern sage ich, dass eine Investition in die eigene Bildung eine Investition ist, die sich immer auszahlt. Später auch monetär. Das ist natürlich eine riesige gesellschaftliche Ungerechtigkeit – aktuell lebt jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut. Sie müssen darin leben, weil die Gesellschaft nicht bereit ist, den Beruf der Eltern, auch in Vollzeit, angemessen zu entlohnen. Da ist die Politik gefordert. Am Ende des Buches gibt es ein Kapitel zu Reichtum und Armut. Da sage ich ganz klar, die Armut, in die man hineingeboren wurde, allein zu überwinden, ist unglaublich schwierig. Das heißt nicht, dass es unmöglich ist. Es gibt Anreize, Impulse und ich denke, das Gefühl zu haben, dass man selbst etwas tun kann, ist ganz wichtig dabei. Aber letztendlich ist es unheimlich schwer, da rauszukommen. Da ist die Gesellschaft gefragt, auch diejenigen, die nicht in Armut leben. Die es sich leisten können, über den Teller rand zu gucken und etwas abzugeben.

Sie sind mit diesem Debütbuch zu Lesungen und Vorträgen unterwegs. Wie reagieren die Mädchen, die Auszubildenden, die Studentinnen?

Da fällt mir sofort eine 10-Jährige ein. Ihr Lehrer hatte mir geschrieben, sie hätte innerhalb von zwei Tagen das Buch komplett durchgelesen, sei total begeistert und möchte mit mir für den Schulfunk ein Interview führen. Sie sei dankbar, dieses Wissen jetzt zu haben, denn in der Schule würde es ja nicht vermittelt. Das ist übrigens ein Feedback, das ich immer wieder bekomme. So etwas Praktisches über Geld lernen wir nicht in der Schule. An der Hochschule Hamm-Lippstadt habe ich in einem Vortrag darüber gesprochen, wie man die Kosten einer zweiten Ausbildung steuerlich geltend machen kann. Da kamen im Anschluss unheimlich viele Fragen. Gefühlt hatten die Studentinnen Eurozeichen im Auge und überlegten, wie viele tausend Euro sie später zurückbekämen, wenn sie im Beruf anfangen. Wie funktioniert eine freiwillige Steuererklärung schon zu Studienzeiten? Ist die schwierig? Wie lange brauche ich dafür? Sie waren dankbar für die Tipps,

und den Hinweis, dass sie im Prinzip sofort anfangen können, die Abrechnungen von ihren Vermietern zusammenzutragen und die Nebenkostenabrechnungen aufzulisten.

Niemand dabei, die so miese Erfahrungen gemacht hat wie Sie noch vor gut einem Jahrzehnt?
Eine Studentin mit zweijähriger Tochter, dazu alleinerziehend, erzählte von dem Studienkredit, den sie aufgenommen hatte. Wahrscheinlich zu horrenden Zinsen, sie wusste es selbst nicht so genau. Sie hatte angefangen, Medizintechnik zu studieren, arbeitet nebenbei als Krankenschwester. Als ich ihr sagte, ein Studienkredit sei wegen der hohen Zinsen die ungünstigste Lösung, ein Studium zu finanzieren, fiel ihr gefühlt alles aus dem Gesicht. Das war auch für mich ein unheimlich bitterer Moment. Rückblickend, denke ich, war es trotzdem gut, sie zu Studienbeginn darüber aufgeklärt zu haben. Noch kann sie etwas ändern. Meine Empfehlung war: Geh zum Studentenwerk, lass dich beraten, vielleicht kannst du BAföG bekommen, eventuell ein Stipendium beantragen, versuche auf jeden Fall, diesen Kredit loszuwerden. Denn das ist doch fürchterlich – alleinerziehend, ein kleines Kind, irgendwann ist man mit diesem Studium neben der Arbeit fertig, muss aber einen Riesenkredit abzahlen. Wie soll man da jemals frei werden mit dieser »Schuld« im Nacken? Mich hat das total bestärkt, weiterzumachen und die jungen Frauen aufzuklären. Sie müssen wissen, dass unter Umständen bestimmte Entscheidungen den Rest ihres Lebens bestimmen.

ANZEIGE

#leavenoonebehind

Je verkauftem Liter MAZI-Ölivenöl geht 1 Euro an:

»stand by me lesvos«



Jetzt kaufen unter:
www.solidaritrade.de/moria

KOLUMNE

Absurde Blüten der Verdrängungsgesellschaft

CHRISTIANE KLIEMANN

Gäbe es eine intelligente außerirdische Spezies, der es irgendwie gelänge, die menschliche Zivilisation wissenschaftlich zu beobachten, könnte sie wohl nur ungläubig den Kopf schütteln, so sie denn einen hätte. Denn rational ist nicht zu erklären, dass die Menschheit sehenden Auges immer schneller auf den ökologischen Suizid zurast, ohne ernsthafte Schritte zu unternehmen, diesen zu stoppen. Und das, obwohl Menschen zumindest theoretisch bestens in der Lage sind, a) ihre Situation zu erkennen und zu analysieren, b) zu kooperieren, wenn es nützt, und c) kreative Lösungen zu entwickeln und zu kommunizieren. Eine naheliegende Erklärung dafür, dass die große Mehrheit trotz dieser verzweiferten Situation nicht schon längst gegen die Statthalter des Status quo aufbegehrt hat, ist psychologischer Art, weshalb der Klimaaktivist Tazio Müller hier sehr treffend von »Verdrängungsgesellschaft« spricht: das Thema Klimaschutz ist zwar in aller Munde, aber gleichzeitig wird alles getan, um zu rechtfertigen, warum wir Maßnahmen, die wirklich zu Klimaschutz führen würden, nicht ergreifen wollen oder können.

Die Studie »Discourses of Climate Delay« (Diskurse der Klimaverschleppung) von 2020 hat ebendiese Rechtfertigungen systematisch untersucht und kategorisiert und hilft, die uns überall entgegenschlagenden Ver-

schleppungs- und Verdrängungsstrategien zu erkennen und zu entlarven. Egal ob die Argumente aus Wirtschaft, Politik oder aus bestimmten gesellschaftlichen Gruppen kommen, können sie in vier Kategorien zusammengefasst werden:

Zuerst ist da die Zurückweisung von Verantwortung, die besonders dramatisch ist, wenn sie aus dem Mund derer kommt, die eigentlich Verantwortung übernehmen sollten, z. B. Politiker:innen. Gängige Argumente hierfür sind: »Bevor andere Länder nichts tun, tun wir auch nichts, um selbst nicht benachteiligt zu sein«, oder: »Unsere Emissionen machen doch global betrachtet gar nicht so viel aus«, oder: »Es liegt in der Verantwortung der Einzelnen, ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.«

Dann ist da die Präsentation von Scheinlösungen, die suggeriert, dass grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen nicht nötig sein würden. Hierzu zählt ein blinder Technikoptimismus, der darauf vertraut, dass uns ein Deus ex Machina in Form von noch nicht existierenden Zukunftstechnologien aus der Klemme holen wird. Oder viel Blabla um zukünftige Klimaziele und die Erklärung eines Klimanotstands, ohne tatsächlich ad hoc entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Dies ist gerne gepaart mit Gerede von fossilen Brennstoffen als »Brückentechnologien«, die ja immer effizienter würden und uns auf dem Weg in eine kli-

maneutrale Wirtschaft begleiten müssten. Schließlich ist da die gezielte Verunglimpfung von strikten und sofort wirksamen Maßnahmen wie zum Beispiel Verboten, bei der gleichzeitigen Behauptung, positive und freiwillige Anreize reichten aus.

Die dritte Strategie konzentriert sich darauf, die potenziellen negativen Seiten einer effektiven Klimapolitik zu betonen, nach dem Motto, die dadurch eingeleiteten Veränderungen seien furchtbar, Klimaschutz würde extrem teuer und ginge auf Kosten der Ärmsten unserer Gesellschaft, und ohne fossile Energien beraubten wir die Ärmsten auf dem Planeten ihrer Chance auf eine moderne Entwicklung. Bezeichnend, dass solche Argumente gerne aus dem Mund derer kommen, deren Handlungen nahelegen, dass ihnen die sozial Benachteiligten hier und anderswo eigentlich herzlich egal sind. Eine auf den ersten Blick nicht ganz so offensichtliche Ausprägung dieser Kategorie ist das scheinbare Streben nach den perfekten politischen Lösungen und die Behauptung, erst dann effektive Maßnahmen einleiten zu können, wenn diese wirklich von absolut allen Beteiligten unterstützt würden.

Unter die letzte Kategorie fällt die Behauptung, es sei einerseits sowieso schon zu spät, und andererseits liefe effektiver Klimaschutz der menschlichen Natur zuwider und könne in demokratischen Gesellschaften nicht durchgesetzt werden. Dies ist beson-

ders zynisch, weil zum Beispiel die Fossilkonzerne schon vor Jahrzehnten angefangen haben, die ersten drei Strategien anzuwenden, um es überhaupt so weit kommen zu lassen.

Beispiele dafür, dass all diese Strategien erfolgreich waren, sowohl im Schüren von irrationalen Ängsten als auch im Wiegen in falschen Sicherheiten, gab es in den letzten Monaten leider zuhauf. Statt zu einem rationalen und faktenbasierten Diskurs eingeladen zu werden, werden Klimaaktivist:innen gehasst, kriminalisiert und bedroht, einfach weil sie auf das völlig Offensichtliche hinweisen. Die absurdeste Blüte kam vor einigen Wochen von Verkehrsminister Wissing, der ernsthaft behauptete, der Bau von mehr Autobahnen führe zu mehr Klimaschutz, da die Autos deshalb weniger im Stau stünden. Hätten Außerirdische Fernsehen mit Satireformaten – ich bin mir sicher, der klimapolitische Diskurs in westlichen Gesellschaften wäre ihnen ein Fest.



Christiane Kliemann ist Journalistin und Degrowth-Aktivistin. Ihre Schwerpunkte sind Postwachstum, alternatives Wirtschaften, Gesellschaftswandel. Sie hat das Webportal www.degrowth.info mit aufgebaut.

KOLUMNE

Unterschreibe nix, lies alles

ELMAR WIGAND

Leute, die Bücher schreiben, genießen in Deutschland ein hohes Sozialprestige. Merkwürdigerweise: Denn eigentlich gibt es zu viele davon; die Buchhandlungen quellen über, nur wenige können gut davon leben. (Und nur Einzelne können sich davon wie Günter Wallraff in Köln-Ehrenfeld mehrere Häuser kaufen.)

Anders als in benachbarten Ländern haben deutsche Literaten auch keine besondere Position in der Debatte, etwa als kritische Intellektuelle, deren Wortmeldung aufhorchen lässt – Günter Grass und Heinrich Böll sind lange tot. (Und Grass war in der SS.) Was macht eigentlich Habermas? Wen interessiert, was Ingo Schulze über die Ukraine denkt? (Außer mir.) Oder Thea Dorn über den Klimawandel? (Mich nicht.) Und dann gibt es diesen geschmeidigen Schlauberger mit den langen Haaren, der im Fernsehen zu wohnen scheint, so oft wird er ins Scheinwerferlicht gezerrt als talkshow-kompatibler Intellektueller »light«. Den Namen habe ich vergessen. (Wird nachgereicht.)

Woher also das hohe Ansehen? Das Buch macht ein wenig unsterblich. Man wird es in 500 Jahren noch lesen können, anders als eine CD oder einen USB-Stick oder den Datenmüll in der Cloud. Der Grund für das hohe Sozialprestige ist aber vermutlich, dass viele davon träumen, irgendwann mal eins zu schreiben, aber es doch nicht machen. Meine Kollegin Jessica Reisner und ich sind auch von der Sorte. Dabei hätten wir es dringend nötig. Um unseren kleinen, wackeren Verein voran zu

bringen. Mindestens alle zwei Jahre. So läuft das Business. Siehe Sahara Wagenknecht. (Wie schafft sie das bloß ohne Ghostwriter?) Unsere ganze Initiative hat sich auf einem Buch und einer viel beachteten Broschüre begründet: »Die Fertigmacher« + »Union Busting in Deutschland«. Das war 2014. Es wird also Zeit. Als kleine, talkshow-inkompatible Lichter werden wir damit vermutlich kein Geld verdienen. (Die Hoffnung stirbt zuletzt.) Aber wir kämen ins Gespräch, könnten Lesereisen organisieren, Leute kennenlernen.

Ein Buch zu schreiben ist leichter gesagt als getan. Zunächst: Wo anfangen? An Material mangelt es uns als Kosmonauten der dunklen Seite des abnehmenden Mondes namens Sozialpartnerschaft weiß Gott nicht. Im Gegenteil. Stoff ist eher zu viel vorhanden. Und wo die Zeit finden? Seit letzter Woche haben wir allerdings das Wichtigste: das Thema. Und den Ansatz. Und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Es kam so: Carlo, ein junger Antifaschist und Handwerker von Anfang 20, zu dem ich ein freundschaftliches Verhältnis pflege – wir können über Politik, Fußball, sogar die Liebe reden –, Carlo ist gefeuert worden. Ich hatte es kommen sehen. Er nicht. Darüber, wie er sich hinauskomplimentieren ließ, hatten wir schweren Streit. Ich muss irgendwas gebrüllt haben wie: »Was hast du? Bist du eigentlich bescheuert?« Und ich meinte es auch so. Er legte mitten im Gespräch auf. Inzwischen haben wir uns vertragen, weil ich eingesehen habe, dass der Bockmist, den Carlo gebaut hat, auch

meine Schuld war. Gäbe es das Überlebenshandbuch der Aktion gegen Arbeitsunrecht schon, das er hätte in der Tasche gehabt haben können, hätte er am Ende nicht noch einen Aufhebungsvertrag unterschrieben und dem verdammten Arsch von Chef zum Abschied mal eben einen halben Monatslohn geschenkt.

Dieses Buch wird zwölf goldene Regeln und Gebote enthalten. Dos and Don'ts. Eine davon gilt nicht nur für die Arbeitswelt: Unterschreibe nix. Schon gar nicht unter Druck. Nicht vor Ort, nicht am selben Tag. Du hast immer mindestens drei Tage bis eine Woche Zeit, dir Rat zu holen. Alles andere ist Nötigung.

Ein Aufhebungsvertrag ist bei Licht betrachtet nichts anderes als eine Kapitulationserklärung. Damit gibst du die Rechte auf, die du aus dem Arbeitsvertrag hattest. Ein Aufhebungs- oder Auflösungsvertrag ist eine beidseitige Abmachung zwischen Unternehmer und Beschäftigtem. Er ist das Gegenstück zum Arbeitsvertrag: Während dieser das Arbeitsverhältnis einvernehmlich begründet, löst der Aufhebungsvertrag es einvernehmlich wieder auf. Wenn der Boss dich loswerden will, soll er halt kündigen. Damit musst du nicht einverstanden sein. Und dagegen kannst du möglicherweise klagen. Wenn es tatsächlich einmal sinnvoll sein sollte, einen Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen – was wir zunächst einmal bezweifeln –, dann muss der Boss zumindest Zugeständnisse machen, die die Aufgabe deiner Rechte aufwiegen. Vielleicht eine Abfindung.

Carlo, der wackere Antifaschist, der sich auf der Straße unerschrocken Nazis und Polizei entgegenstellt und Bücher über vergangene Revolutionen und Anleitungen zur Revolte liest, hat aber tatsächlich einen Aufhebungsvertrag unterzeichnet, mit dem er auf mindestens zwei Wochen Lohn verzichtete. Die zweiwöchige Kündigungsfrist, die er in der Probezeit hatte, wird mit seinen Urlaubsansprüchen verrechnet. Normalerweise hätte er sich für die zwei restlichen Wochen einen Krankenschein aufgrund hoher seelischer Belastung holen können und den Resturlaub hätte er oben drauf bekommen. Dumm gelaufen. Offenbar hat das noch nicht geschriebene Buch mit dem Arbeitstitel »Überleben im Betrieb. Als Arbeiter*in den aufrechten Gang lernen, ohne gefeuert zu werden« viel zu lange auf sich warten lassen. Wir werden es jetzt angehen.

Lektion zwei kommt ebenfalls aus Carlos Beispiel und greift auf Bert Brecht zurück: »Es hat keinen Sinn, den falschen Leuten das Richtige zu erzählen«, oder: »Warum es dir nix bringt, mit dem Chef zu streiten«. Mehr dazu vielleicht beim nächsten Mal.



Elmar Wigand ist Pressesprecher der [aktion./arbeitsunrecht](http://aktion.arbeitsunrecht.org) und berät Betriebsräte und Gewerkschaften in strategischer Konfliktforschung. Außerdem erforscht er, gemeinsam mit anderen, Organisierung am Arbeitsplatz.

**Weiterhin
Wirtschaft
anders denken!
Jetzt Abo
abschließen!**

O**XI****I**

WIRTSCHAFT
ANDERS DENKEN

OXIBLOG.DE

